

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. November 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Interkons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Stellgebühren) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis: 3 Mark pro Nummer: 10 Pfg. monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe Montag.

## Parteienossen!

Der geschäftsführende Ausschuss der preussischen Landeskommission beruft den 3. Parteitag der preussischen Sozialdemokratie auf

- Montag, den 3. Januar 1910  
vormittags 9 Uhr
- Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:
    1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Berichterstatter: Eugen Ernst.
    2. Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Berichterstatter: Hugo Heimann.
    3. Die Wahlrechtsfrage in Preußen. Berichterstatter: Heinrich Ströbel.
    4. Die Verwaltung Preußens. Berichterstatter: Karl Liebknecht.
    5. Das Kommunalprogramm für Preußen. Berichterstatter: Paul Girsch.
    6. Sonstige Anträge.

Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen und finden statt im Berliner Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Parteienossen Preußens! Nehmt möglichst bald Stellung zum preussischen Parteitag durch Wahl von Delegierten und Aussprache über die bevorstehenden Verhandlungen. Die Anträge müssen bis spätestens

6. Dezember 1909

an die Adresse:

Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69,

gelaugt sein, wenn sie entsprechend § 7 des preussischen Organisationsstatuts rechtzeitig veröffentlicht werden sollen.

Anträge einzelner Parteien bedürfen der Gegenzeichnung des Vorstandes der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Anmeldung der Delegierten, Verlangen um Logis ist an die Adresse

Leopold Riepmann, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Mit Parteigruss  
Der Parteivorstand.  
Der geschäftsführende Ausschuss.

## Die Vertretung gegen das Volk.

Heute tritt der Reichstag zusammen, diese Schöpfung der nationalen Lüge von 1907. Aber selbst jenen bürgerlichen Parteien, denen er bei seiner Geburt eine Hoffnung war, ist dieses Parlament des Steuerraubzuges, in dem der schwarze Schnapsblock seine Herrschaft aufgerichtet hat, zum Ekel und Ueberdruß geworden und es ist nur die Angst vor der Rechenschaftsablegung, das sie alle in dem gemeinsamen Grauer vor der Auflösung eint.

Die völlige Aenderung der politischen Situation forderte einen neuen Reichstag, neue Verfassung der Wähler. Dem Volkswillen hat freilich dieser Reichstag nie gesprochen, der nur einer Ueberumpelung und Ueberbötelpelung der Wähler sein Dasein verdankt. Aber so lange der Block bestand, mußte diese Strafe für die politische Inaktivität des deutschen Volkes ertragen werden. Darf man dafür doch hoffen, daß diese Strafe wenigstens den Zweck der Besserung wirklich erreichen werde, und diese Hoffnung hat ja auch nicht getäuscht. Die Erfahrung, weissen die bürgerlichen politischen Parteien von Naumann bis Normann fähig sind, wird nicht vergessen werden.

Aber schließlich — für den Block hatte das Wahlgeld entschieden, wenn es auch ein durch alle Mittel der amtlichen Wahlmacht, der afrikanischen Prospektreden, der Reichsverbandslügen korrigiertes Glück gewesen war. Aber die neue Majorität, die sich zur Erhaltung der Steuerfreiheit der Reichen und der Liebesgabe zusammengesunden hat, kann sich nicht einmal auf die Bestätigung durch den Wahlschwindel berufen. Kein Mensch von politischem Urteil zweifelt daran, daß diese Majorität in jedem künftigen Reichstage unmöglich ist, daß sie selbst in diesem Reichstage nur dadurch möglich geworden war, daß die einfältigen Liberalen ihren gefährlichsten Gegnern, den Konservativen, so viel Mandate zugeschanzt hatten, daß diese mit Zentrum, Polen und der Bruhn-Schad-Partei die Majorität bilden konnten. Die geringsten Zweifel, daß ihre Majorität eine Vergewaltigung des Volkswillens ist, haben die Mitglieder dieser Majorität selbst. Wissen sie doch sehr genau, daß die große Anzahl von Wahlen in Stadt und Land und Reich

ebensoviel vernichtende Mißtrauensvoten waren gegen ihre Politik. Nicht das geringste moralische Recht steht auf der Seite dieser Majorität, und als unerträgliche Annahme muß es empfunden werden, daß diese Herren sich unterfangen wollen, noch zwei Jahre lang Volksvertreter zu spielen und das Geschick der Nation zu bestimmen, die so deutlich erklärt hat, daß sie nichts von ihnen wissen will. Das Verlangen nach Auflösung dieses Reichstags, der zur Vertretung der Junker und Pfaffen gegen das deutsche Volk geworden ist, das ist die einzige Begründung, die diesem Parlament bei seinem Zusammentritt entgegensteht. Und mögen auch die Herren, die im Besitze zuhören, aber fürwahr nicht im Recht, sich heute noch taub stellen, je länger diese dringende Forderung des deutschen Volkes an seinen Reichstag ungehört bleibt, der schließlichen Rechenschaftsablegung können sie doch nicht entgehen und je später, desto gründlicher wird diese Abrechnung ausfallen.

Das Bewußtsein des bevorstehenden Gerichtstages lastet wie ein Alp auf allen bürgerlichen Parteien und wird zum Glück auch die Gefahr mindern, daß die reaktionäre Majorität ihrem Latendrang die Zügel schießen läßt. Das Zentrum namentlich muß in Sorge sein, ob den katholischen Arbeitern nicht doch endlich der beständige Verrat an ihren wichtigsten Interessen zuviel geworden ist. Es ist nicht unmöglich, daß die geschickten Zentrumdemagogen den Versuch unternehmen möchten, durch einige sozialpolitische Forderungen — wie die Salbe — den drohenden Sturm zu beschwören. An Gelegenheit zu sozialpolitischer Arbeit würde es ja auch wirklich nicht fehlen. Die großen Kapitalmagnaten Rheinlands-Bestfalens, die vermöge der Monopolisierung der nationalen Bodenschätze die ganze Nation tributpflichtig gemacht haben, schänden sich eben an, die Freizügigkeit ihrer Lohnsklaven durch Einführung des Zwangsarbeitssystems nachzuweisen aufzuheben. Die einzige Freiheit, die das Kapital bisher dem Lohnarbeiter gönnen mußte, die Freiheit, seine Arbeitsstätte zu wechseln, soll ihm jetzt geraubt werden. Doch diese Aushebung der Freizügigkeit ist nicht Endzweck, ist bloß Mittel zum Zweck der Vernichtung der Koalitionsfreiheit und der Zerstörung der Arbeiterorganisationen. Der Zwangsarbeitsschein tut jeden Arbeiter, der den Unternehmern mißlieblich wird — und jeder Arbeiter, der für das Interesse seiner Klasse und seiner Organisation eintritt, wird zum Mißliebigen — in Acht und Bann, bedroht ihn mit monatelanger Arbeitslosigkeit oder mit der Verbannung. Wegen dieses Attentats erheben sich alle Arbeiter ohne Unterschied und verlangen vom Reiche Schutz gegen die private Willkür, die sich Hoheitsrechte anmaßt, die kein moderner Staat mehr anzuwenden wagen dürfte.

Werden sie diesen Schutz finden? Wird das Zentrum, das heute seinen sehnlichen Wunsch erfüllt sieht und ausschlaggebende Regierungspartei geworden ist, seine Pflicht gegenüber den Arbeitern tun? Und wird es von seinen Verbündeten, den Konservativen, den Protektoren aller Scharfmacher, den schlimmsten Feinden jeder Arbeiterbewegung und aller Arbeiterrechte, die Erlaubnis erhalten, mit der notwendigen Energie für das bedrohte Koalitionsrecht eintreten zu dürfen? Wenn das Zentrum wirklich will, dann kann der Zwangsarbeitsschein verhindert werden, kann in kürzester Zeit die Frage des Reichsarbeitsscheines gelöst werden. Wird es es wagen dürfen?

Das Koalitionsrecht bedarf aber des Schutzes nicht nur gegen die kapitalistischen Scharfmacher, sondern ebenso gegen deren ergebene Sachwalter, die Regierung. Der Standal vor Mansfeld hat gezeigt, daß diese Regierung sofort bereit ist, Maschinengewehre aufzufahren, wenn irgend ein Fabrikdespot die Arbeiter zur Verzweiflung treibt. Auch hier sind die Arbeiter in den Streik gezwungen worden, um ihr Staatsbürgerrecht der Koalitionsfreiheit zu wahren. Und die angebliche Vertretung der Staatsbürger, die Regierung, wußte nichts anderes als gegen die Kämpfer für ihr Recht Militär auszubieten! Wir sind begierig, mit welcher Energie das Zentrum Rechenschaft für dieses unerhörte Vorgehen fordern wird; begierig auch, mit welcher Schärfe sich das Zentrum gegen seine konservativen Verbündeten wenden wird, wenn diese das Vorgehen der Regierung preisen werden. Wird es dem Zentrum gestattet sein, Arbeiterinteressen gegen die konservativen Arbeiterfeinde zu vertreten?

Eine Reihe anderer sozialpolitischer Aufgaben hatten der Erledigung. Da ist zunächst die Einführung der Witwen- und Waiserversicherung. Als der Zollwucher perfekt wurde, da wurde von den Zollwucherpartei, vor allem von dem Zentrum, das damit zugestand, daß der neue Zolltarif die schwerste Schädigung der Arbeiterinteressen bedeutete, die gesetzliche Verpflichtung übernommen, diese Versicherung bis zum 1. Januar 1910 einzuführen. Schon jetzt sieht fest, daß dieses feierliche Versprechen schon da gebrochen wird. Ein eigenes Notgesetz soll dem Reichstage vorgelegt werden, um dem Bruch des Versprechens die nötige gesetzliche Form zu geben und den Ausschuss dieser dringenden Reform zu sanktionieren.

Wir könnten noch davon sprechen, daß die Erledigung des Arbeitsamtergesetzes, die Neugestaltung der Unfallversicherung, die Gewerbeordnungsnovelle, die Ausdehnung der Sonntagsruhe, die Aufhebung der Ausnahmegerichte gegen die Landarbeiter, die Regelung der Feimarbeit, die Ordnung der Rechtsverhältnisse der Techniker und Werkmeister dringende Anforderungen an die Arbeit des Reichstags stellen. Aber

wir meinen, daß diesem Reichstag vielleicht die Kraft zum Bösen, sicher der Wille zum Guten mangelt. Ueber diesen Reichstag haben die Junker ihre Diktatur aufgerichtet und das Zentrum hat sich durch das Verbrechen des Steuerraubes auf Gedeih und Verderb den Junkern verbündet. Da kann gute sozialpolitische Arbeit nicht gedeihen und die Konferenzen werden schon dafür sorgen, daß dieser Reichstag keine „positive Arbeit“ für die durch Zollwucher und Steuerraub ausgeplünderten Volksmassen leisten wird. Schon hat sich ja auch das Zentrum mit diesem Gedanken vertraut gemacht, schon plädieren seine führenden Organe für eine kurze Session, die nicht durch große Vorlagen überlastet werden soll. Wenn es Gesetze für das Volk gilt, dann wird der schwarze Schnapsblock, der seine Arbeitswilligkeit beim Steuerraubzug und der Durchführung der Liebesgabe nicht genug rühmen konnte, plötzlich arbeitslos sein. Die Herren, die sonst so für positive Arbeit schwärmen, treiben jetzt Sabotage. Handelt es sich doch auch nur um Interessen der Arbeiter!

Wendet man sich von den Parteien der Majorität zu den Parteien der bürgerlichen Opposition, so bedarf es nicht vieler Worte. Die Nationalliberalen und Freisinnigen plagt der Kagenjammer nach dem, ach so kurzen Rausch der Blockpolitik, als sich Herr Wassermann als Staatsmann und Herr Biemer wenigstens als Kutscher des Staatskarrens fühlte. Und die letzten Wahlen haben diesen Kagenjammer nur gemehrt. Bewiesen sie doch, daß die Massen durchaus nicht geneigt sind, zu vergeffen, daß die Liberalen gern bereit waren, die 400 Millionen indirekter Steuern für die Fortsetzung der Blockpolitik zu zahlen und daß nur konservative Kassier und Kerisale hinterlistig, nicht aber liberale Standhaftigkeit die Liberalen aus der Gemeinschaft der Steuerträger ausgeschlossen hat.

Man kann daher den nationalliberalen Politikern nur dankbar sein, wenn sie in diesen trüben Zeiten auf Erhellung der Welt bedacht sind und endlich ein politisches Problem entdeckt haben, das ihrer staatsmännischen Begabung würdig ist. Wir meinen natürlich die Präsidienfrage. Der Reichstag muß ein neues Präsidium wählen; das Zentrum ist mit der Wiederwahl des konservativen Grafen Stolberg natürlich einverstanden; aber es erhebt als stärkste Partei Anspruch auf Vertretung im Präsidium und fordert den Sitz des ersten Vizepräsidenten, den bisher die gewichtige Gestalt des nationalliberalen Paasche ausgefüllt hatte. Da entsteht aber das Problem, ob es ersiens der „Würde“ der Nationalliberalen entspricht, sich um eine Stufe degradieren zu lassen und sich mit dem zweiten Vizepräsidenten zufrieden zu geben. Zweitens wird behauptet, daß die Nationalliberalen im Präsidium nicht vertreten sein dürfen, weil sonst die Herrschaft des Schnapsblocks nicht klar in die Erscheinung träte. Wir müssen gestehen, daß wir auf die Lösung dieses Problems verzichten müssen. Wir würden die Nationalliberalen als Oppositionspartei nicht ernster nehmen, ob sie nun im Präsidium sitzen oder nicht, und der Deutsche Reichstag ist ein viel zu ohnmächtiges Parlament, als daß ein Sitz in seinem Präsidium viel mehr als dekorative Bedeutung hätte. Nur als Ausdruck der größeren oder geringeren Lust, wieder mit Konservativen und Zentrum anzubandeln, wird die Entscheidung der nationalliberalen Fraktion ein gewisses Interesse bieten. Wie wir die Nationalliberalen kennen, werden sie froh sein, die dritte Stelle von Gnaden des Schnapsblocks zu erhalten.

Die neue Session findet auch jocosagen eine neue Regierung und in der bürgerlichen Presse wird seit einiger Zeit die Frage erörtert, ob Herr v. Bethmann Hollweg sein „Programm“ entwickeln und was er sagen wird. Daß diese Frage überhaupt aufstehen kann, zeigt den ganzen Jammer unserer Verfassungszustände, die tatsächliche Unverantwortlichkeit der Bureaucratie-Regierung der Volksvertretung gegenüber. Aber selbst wenn der neue Kanzler sprechen sollte, wird er nichts sagen. Was sollte er auch? Die Wahrheit, daß nämlich die Regierung seit ihrer Kapitulation vor der Steuermehrheit mehr als je der Gefangene der Junker ist, kann und darf er nicht aussprechen. So bleibt nichts übrig, als die üblichen Versprechungen und Verführungsbemühungen, die diesmal wohl mit philosophischer statt mit belletristischer Garnierung serviert werden dürften.

Ob diese Mahnungen viel fruchten werden, steht dahin. Die bürgerlichen Parteien möchten zwar am liebsten den alten Streit begraben. Immer lauter ertönen in letzter Zeit die Sammlungsrufe, immer einschmeichlicher die Veröhnungslockungen. Doch diesmal ist die Erbitterung selbst in den Reihen des bürgerlichen Parteienangeses zu groß, als daß die Führer ganz so könnten, wie sie gerne möchten. Aber wie immer sich die bürgerlichen Parteien verhalten mögen, für die Sozialdemokratie bedeutet die bevorstehende Session die erwünschte Gelegenheit, tüchtige Aufklärungsarbeit zu leisten. Vielleicht findet sich auch ein Anlaß, die Vorgänge des Kanzlerwechsels endlich vor das Forum der Volksvertretung zu ziehen und dabei die konservativen und Kerisalen Führer, die das Verdienst, Bülow beseitigt zu haben, so gerne verbergen möchten, zu fragen, ob es wahr ist, was sie in ihrer Presse behaupten liehen, oder ob es eine gemeine Verleumdung war, als sie den früheren Kanzler beschuldigt hatten, sein Amt mißbraucht und in den Novembertagen das deutsche Volk bewußt irreführt



zu haben. Die politische Moral der Steuerräuber verdient schon eine genauere Beleuchtung und es wäre interessant festzustellen, ob diesen patetischen Lügenbrodtern und Staatsfäulen politische Ehrabschneiderei als geeignetes und erlaubtes Kampfmittel gegen einen unbeliebten Reichsanfänger gilt.

Im übrigen wird die Sozialdemokratie alles daran setzen müssen, um die drängenden sozialpolitischen Fragen auf die Tagesordnung zu bringen und mit aller Kraft dahin wirken, bei der Beratung der Strafgesetznovelle und der Strafprozeßordnung, die nach Januar dem Reichstag vorgelegt werden sollen, den Forderungen nach einem modernen Rechtsverfahren zum Durchbruch zu verhelfen und den reaktionären Regierungsvorschlägen ihre volksfeindliche Spitze abzubrechen. Sie wird es dem Herrn in nicht ersparen, sich klipp und klar zu entscheiden und den geplanten demagogischen Wahlvorbereitungsschwindel gründlich aufzudecken. Sie wird auch im Reichstag die brennendste Frage unserer gesamten inneren Politik stellen, die Frage nach dem gleichen Wahlrecht in Preußen. Vor allem aber wird sie die bevorstehende Staatsberatung dazu benützen, um den herrschenden Klassen ein Spiegelbild ihrer Politik vorzuhalten. Eine halbe Milliarde neuer Steuern sind bewilligt, eine halbe Milliarde neuer Schulden bilden die nächste Ergänzung der glorreichen Finanzpolitik und der nächstjährige Etat weist vorläufig als Defizit nach den Vorschlägen die hübsche Summe von 150 Millionen auf. Offener kann der Bankrott der Finanzpolitik wirklich nicht zugegeben werden, deutlicher die Gefahr eines neuen Steuerraubzuges nicht vordemonstriert werden!

Wie denn auch anders! Ist doch diese Finanzwirtschaft die Folge des neudeutschen Regierungssystems, die Folge der eiteln Illusion, gleichzeitig zu Wasser und zu Lande die stärkste Kriegsmacht ausstrahlen zu können, die Folge einer ziel- und richtungslosen Weltpolitik, der das Prestige ihr ein und alles ist. Die Sozialdemokratie wird nicht verfehlen, der Schuldenrechnung der Herrschenden die Schuldenrechnung des Volkes entgegenzusetzen. Die Vergleichung wird das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen besorgen.

## Mittelstand und Hanfband.

Wegen der Frage, wie sich die Organisationen des Mittelstandes zum Hanfbande zu stellen haben, sind lebhafteste Zwistigkeiten unter den Mitgliedern der mittelständischen Organisationen ausgebrochen. Es ist über bemerkt worden, daß Kahardt, der Vorsitzende der Deutschen Mittelstandsvereinigung und andere Vorstandsmitglieder dieses Verbandes dem Hanfbande beigetreten sind und lebhaft für ein Zusammengehen des Mittelstandes mit dem Hanfbande wirken. Während man in Berlin mit dem Verhalten Kahardts einverstanden zu sein scheint, macht man ihm in der Provinz starke Opposition. Die Opponenten sind der Ansicht, daß der Hanfband, weil er eine Organisation der Großindustriellen darstellt, die Interessen des gewerblichen Mittelstandes nicht vertreten kann und wird. Kahardt und seine Freunde werden wegen ihrer Beschlüsse zum Hanfbande als zur Vertretung des Mittelstandes ungeeignet betrachtet und arg angefeindet. Es ist wegen dieser Streitfrage schon zu heißem Aufreiß in den Kreisen der Mittelstandsorganisationen gekommen. Die schlesischen, anhaltischen und thüringischen Ortsgruppen der Deutschen Mittelstandsvereinigung haben sich verärgert auf die Seite gestellt und der Zentralleitung in Berlin die Gefolgschaft aufgesagt. Andere, der Deutschen Mittelstandsvereinigung nicht angeschlossene Mittelstandsorganisationen gefaßen sich in bestigen Angriffen auf die Leitung der Deutschen Mittelstandsvereinigung.

Auf Veranlassung der Sächsischen Mittelstandsvereinigung hat kürzlich in Leipzig eine große Protestkundgebung gegen Kahardt und seine Freunde stattgefunden und es ist ein Aufruf mit der Gründung einer neuen Mittelstandsorganisation beauftragt worden. Wegen dieser Vorläufige wird den Opponenten Kahardts von der „Deutschen Mittelstandszeitung“ der Text gelesen.

Die Streitfrage um das Verhältnis zum Hanfbande bildete den hauptsächlichsten Gegenstand der Erörterungen in der am Sonntag in Berlin abgehaltenen

### ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Mittelstandsvereinigung.

Die Deputierten in Schlesien, Anhalt und Thüringen sind der Gesamtorganisation schon so weit entfremdet, daß sie keine Delegationen zur Generalversammlung gesandt hatten. Die grundsätzliche Opposition gegen jede Verbindung mit dem Hanfbande war also nicht vertreten. Deshalb wurden auch keine Einwendungen gegen ein gewisses freundschaftliches Verhältnis zum Hanfbande erhoben. Nur darüber war man verschiedener Meinung, wie sich dieses Verhältnis zu gestalten habe.

Trotz dieser Uebereinstimmung in den Grundgedanken wurde Herr Kahardt und seinen Freunden manches Wort des Tadels wegen seiner allzu großen und gar zu schnell bedenkenden Freundschaft zum Hanfbande gesagt. Besonders nahm man es Herrn Kahardt übel, daß er im Auftrage des Hanfbandes Vorträge gehalten hat. Kahardt rechtfertigte sich gegen diesen Vorwurf, indem er sagte, in mehreren Ortsgruppen sei ihm das Wort verweigert worden. Namentlich habe sein langjähriger Freund Pauli in Potsdam hinterläßt gegen ihn gearbeitet. Um in diesen Orten überhaupt reden zu können, habe er im Auftrage des Hanfbandes gesprochen. Kahardt fällt auch ein sehr absprechendes Urteil über die jetzigen Führer der Handwerkerbewegung. Er sagte, die Führung der Handwerker liege jetzt in den Händen einer „Cliqua von Sekretären und Syndici“. Von dieser Führung müsse das Handwerk befreit werden.

So sehr die Redner in der Generalversammlung auch für eine gewisse Freundschaft mit dem Hanfbande sprachen, wurde doch die Befürchtung ausgesprochen, die kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden würden das Vertrauen zur Mittelstandsorganisation verlieren, wenn diese sich mit den Großkapitalisten im Hanfbande zu eng befreundete. Man fürchtet, unter solchen Umständen würden die wegen der neuen Steuerbelastung ohnehin erregten Mittelstandsangehörigen die Zahl der Mitläufer der Sozialdemokratie vermehren. Um das zu verhindern, müsse die Mittelstandsorganisation ihre Selbstständigkeit wahren. Andererseits veranlaßte man nicht, daß die Organisation des Mittelstandes für sich allein zu schwach ist, um die wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes in der gewünschten Weise zu vertreten. Da die konservativ-agrarischen Freunde des Mittelstandes bei der Reichsfinanzreform sich als falsche Freunde erwiesen haben, so hofft man, im Hanfbande trotz seines großkapitalistischen Charakters einen neuen Freund gefunden zu haben. Der Vorstand der Deutschen Mittelstandsvereinigung glaubt den Versicherungen der Führer des Hanfbandes, daß sie die gemeinsamen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe, also auch die Interessen des Mittelstandes vertreten können und werden.

Kahardtbeschlüsse wurden einstimmig angenommen:

Die unbedingte Selbstständigkeit der Deutschen Mittelstandsvereinigung ist aufrecht zu erhalten. Ein Zusammengehen der

Deutschen Mittelstandsvereinigung mit dem Hanfbande in den allen Schichten von Handel, Gewerbe und Industrie gemeinsamen Fragen liegt im wohlverstandenen Interesse des Mittelstandes. Wir haben das Vertrauen zu unserem Vorstande, daß er die richtigen Maßnahmen treffen wird, um die Deutsche Mittelstandsvereinigung zu einer den gesamten Mittelstand umfassenden Vertretung auszubauen.

Von den übrigen Punkten der Tagesordnung interessiert und noch

die Stellung des Mittelstandes zur preussischen Wahlreform.

Die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung hat die Kleinrentner-treibenden zu der Erkenntnis gebracht, daß sie geschäftliche Nachteile zu befürchten haben, wenn sie sich bei den Wahlen offen als Gegner der Sozialdemokratie zu erkennen geben. In einer vom Vorstande eingebrachten Resolution, die gegen eine Stimme angenommen wurde, fordert die Versammlung deshalb das direkte Wahlrecht zum Landtage und die heimische Abstammung bei den Landtags- und Gemeindevahlen.

Gegenüber den Beschlüssen einiger reaktionärer Heißhörner, die in der Resolution die Forderung einer für den Mittelstand nicht nützlichem Demokratisierung des Wahlrechts erklärten, betonte Kahardt ausdrücklich, daß ja nur die direkte und geheime Wahl, aber nicht das gleiche Wahlrecht gefordert wird.

Ferner erklärte sich die Versammlung gegen jede Mehrbelastung des gewerblichen Mittelstandes durch die Sozialgesetzgebung, besonders gegen die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Aronentlastungsbeiträge und Errichtung von Rentenversicherungsdämern. Die Lasten der sozialen Gesetzgebung müßten von der Gesamtheit der Steuerzahler getragen werden.

## Der Handelsminister und der Zentralarbeitsnachweis des Zechenverbandes.

In ihrer Erregung über den Beschluß des Zechenverbandes, für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier einen ausschließlich unter Aufsicht und Leitung der Unternehmerschaft stehenden Zentralarbeitsnachweis nach dem Muster des bekannten Arbeitsnachweises des Hamburger Arbeitgeberverbandes einzurichten, hatten sich am 19. Oktober die Bergarbeiterorganisationen des Ruhrreviers, nämlich der Freie Verband der Bergarbeiter, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, die Polnische Berufsvereinigung und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein mit einer Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe gewandt, in der sie ihn um seine Vermittlung ersuchten und ihn baten, zugunsten eines paritätischen Arbeitsnachweises einzuwirken.

In der Eingabe wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die Einrichtung des Zentralarbeitsnachweises schwere Nachteile für die Bergarbeiter sowohl in bezug auf das Recht der Freizügigkeit und das Recht der freien Verfügung über die Arbeitskraft, als auch hinsichtlich des Rechts der Koalition nach sich ziehen würde. Begründet wurden diese Befürchtungen damit, daß, wenn der Arbeitsnachweis in der beabsichtigten Weise eingerichtet werden sollte, außer den Zechenverwaltungen auch die Nachweisstellen nach eigenem Ermessen darüber zu befinden haben würden, ob sie die Arbeitsuchenden annehmen wollen oder nicht, daß ferner dem Arbeiter der freie Wechsel der Arbeitsstelle erschwert werde, und daß er durch Zuweisung einer anderen Arbeitsstelle gezwungen werden könne, seine Wohnung zu wechseln. Ferner wurde in der Eingabe ausgesprochen, daß durch den Arbeitsnachweis das den Bergleuten nach § 83 des Allgemeinen Berggesetzes zustehende Recht zu einer sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses illusorisch gemacht werde.

Fast sechs Wochen haben die Bergarbeiter auf eine Antwort gewartet. Jetzt haben sie endlich einen Bescheid erhalten — natürlich, wie nach den guten Beziehungen des Handelsministers zur rheinisch-westfälischen Großindustrie nicht anders zu erwarten war, eine strikte Ablehnung.

Nach der „Nordd. Allgem. Zig.“ heißt es in dem ministeriellen Bescheid:

„Da die zuerst durch die Presse bekannt gewordenen Mitteilungen über die beabsichtigten neuen Bestimmungen mir zu Bedenken wegen ihrer Tragweite Anlaß boten, bin ich zum Zwecke der Klarstellung mit dem Zechenverband in Verbindung getreten. Nach den mir gewordenen Erklärungen sollen bei der Einrichtung des Arbeitsnachweises folgende Vorschriften gelten:

1. Die einzelnen Nachweisstellen sollen gehalten sein, jedem Arbeitsuchenden, der im Besitz der vorgeschriebenen Legitimationspapiere ist, einen Nachweisschein zu erteilen, sofern für Arbeiter der in Frage kommenden Art Arbeitsgelegenheit vorhanden ist.

2. Sie sollen ferner verpflichtet sein, jedem Arbeitsuchenden einen Nachweischein für diejenige Arbeitsstelle zu erteilen, auf welcher er beschäftigt zu werden wünscht, vorausgesetzt, daß auf dieser Arbeitsstelle Arbeitsgelegenheit für Arbeiter der in Frage kommenden Art vorhanden ist; sie dürfen also den Arbeitsuchenden auf keine, ihm nicht genehme Arbeitsstelle verweisen.

3. Dem Bergarbeiter, der seine Arbeit wechseln will, soll auch nach dem Inkrafttreten des Arbeitsnachweises das Recht und die Möglichkeit erhalten bleiben, sich schon vor Kündigung seines bisherigen Arbeitsverhältnisses an den ihm zulagenden Arbeitsstellen nach Arbeit zu erkundigen. Der Betriebsführer der von ihm gewählten Zeche darf dem Arbeiter, schon bevor dieser seine alte Zeche gekündigt hat, die Annahme zur Arbeit zulagen unter dem Vorbehalt, daß der Arbeiter binnen einer bestimmten Frist den von der Nachweisstelle auszufüllenden Nachweischein beibringt.

4. Wird ein Arbeitsuchender von derjenigen Zeche, der er von der Nachweisstelle zugewiesen ist, nicht angenommen, so soll er auf Verlangen ohne weiteres von der Nachweisstelle sofort einen anderen Nachweischein bekommen.

5. Als Legitimation eines von einem Verbandeswert kommenden Arbeitsuchenden dient entweder die Bescheinigung der erfolgten Kündigung oder der Nachweis der letzten Lösung des bisherigen Arbeitsverhältnisses; als solcher Nachweis gilt besonders bei in jedem einzelnen Falle, also auch in den Fällen des § 83 Allgemeinen Berggesetzes dem Arbeiter zu erteilende Ablehnungsschein (§ 84 ebenda). Die Nachweisstelle darf also beim Vorliegen dieser Papiere den Schein nur verweigern, wenn der Arbeiter die angekommene Stelle nicht angetreten hat oder wenn der Fall des Kontraktbruchs vorliegt. In beiden Fällen ist die Verlegung des Scheines auf die Dauer von zwei Wochen befristet. Besteht Meinungsverschiedenheit, ob diese Voraussetzung vorliegt, so entscheidet nicht die örtliche Nachweisstelle, sondern die Hauptstelle, und auf Verlangen der Vorstand.

Nachdem in dieser Weise die Tragweite der von dem Zechenverbande für den Arbeitsnachweis vorgesehene „Bestimmungen“ begrenzt ist, erachte ich die in der Eingabe vom 19. Oktober d. J. ausgedrückten Befürchtungen über die Ziele dieses Arbeitsnachweises — Vereinstätigung des Koalitionsrechts, des Rechts der Freizügigkeit und des Rechts der freien Verfügung über die Arbeitskraft — im wesentlichen für beseitigt, insbesondere auch die Befürchtung für nicht mehr zutreffend, daß der beabsichtigte Arbeitsnachweis zu einem Lohnbruch führen werde. . .

Im übrigen enthält die neue Einrichtung noch zwei Richtungen wesentliche Verbesserungen im Interesse der Bergarbeiter. Die Beschaffung von Arbeitern durch Agenten wird zunächst für das Inland gänzlich beseitigt und dadurch ein im Sinne des Lohnbruchs wirkendes Moment ausgeschaltet. Ferner wird die Frist für die Nachnamnahme nach dem Kontraktbruch, die jetzt 6 Monate beträgt, auf 2 Wochen herabgesetzt. . .

Eine Vermittlung zum Zwecke der Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises vorzunehmen, erscheint mir nach Lage der Sache so lange unzulässig, als nicht im Ruhrrevier die Voraussetzungen für ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorliegen. Ohne dies wechselseitige Vertrauen vermag ich mir auch von einem Zwange zur Errichtung eines solchen Nachweises keinen Erfolg zu versprechen. Nebenbei liegt die Sache hinsichtlich der Tarifverträge, deren zweckmäßiger Ausgestaltung übrigens gerade bei den eigenartigen Verhältnissen des Ruhrreviers bergbaues noch besondere Schwierigkeiten entgegenstehen.“

Der Herr Handelsminister lehnt also jedes Eingreifen ab. Der Zechenverband hat ihm auf seine Anfrage erklärt, daß der geplante Zentralarbeitsnachweis die Rechte der Bergarbeiter nicht beeinträchtigt, und Herrn Sydow genügt diese Erklärung.

Die Angelegenheit wird voraussichtlich recht bald im Reichstag zur Sprache kommen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. November 1909.

Vor Tischge laß man's anders!

Als die deutsche Regierung zu Anfang dieses Jahres den bürgerlichen Parteien die „Finanzreform“ schmachtlich machen wollte, da ließ sie allerlei hübsche Zahlen und Summen aufmarschieren, die das Reich aus den neuen Steuern zu erwarten haben sollte.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten und Zeitungen haben gleich damals darauf hingewiesen, daß die Regierung mit zu großen Zahlen operiert und daß — von allem anderen abgesehen — schon die unausbleibliche Konsumminderung die Aufstellung der Finanzkünstler über den Haufen werfen müsse.

Jetzt stellt sich heraus, daß die Regierung in der Tat mit Vergrößerungsgläsern gearbeitet hat. Vergleicht man nämlich die in den neuesten Etat eingestellten Zahlen bei den Einnahmen aus den neuen Steuern mit den Zahlen, die bei Einbringung der „Finanzreform“ amtlich ankalkuliert waren, so ergibt sich eine Differenz von nicht weniger als

199 Millionen Mark!

zuzunehmen jener optimistischen Aufstellung aus der Zeit des Ringens um die „Finanzreform“! Wenn die Regierung den Parteien damals nicht mit Verwünscheln blauen Dunst vorgegaukelt hat, dann ist sie also durch die Macht der Tatsachen gezwungen worden, in ihren Etat an 200 Millionen weniger hineinzuschreiben, als sie vor einem halben Jahre noch von den neuen Steuern erwartete oder zu erwarten vorgab.

Eine kleine tabellarische Aufstellung wird am besten zeigen, wie bis die Theorie der Regierung durch die Praxis über den Haufen gerannt worden ist:

Die Regierung erwartete eine Erhöhung:	In den neuen Etat hat die Regierung eingestellt:	Die Differenz beträgt:
von der Branntweinsteuer 80 Millionen	60 Millionen	20 Millionen
von der Biersteuer 100 Millionen	56 Millionen	44 Millionen
von der Tabak- und Zigarettensteuer zusammen 43 Millionen	13 Millionen	30 Millionen
von der Lohnmittelssteuer 30 Millionen	15 Millionen	5 Millionen
von der Handwarensteuer 25 Millionen	15 Millionen	10 Millionen
von der Umsatzsteuer 40 Millionen	25,5 Millionen	14,5 Millionen
von der Schenksteuer 20 Millionen	7,3 Millionen	12,7 Millionen
von der Wechselstempelsteuer 5 Millionen	2 Millionen	3 Millionen
von der Wörten- einschließlich Zalonsteuer 63 Millionen	27,5 Millionen	25,5 Millionen
von der Schammweinsteuer 5 Millionen	4,8 Millionen	0,2 Millionen

Kurz und gut: die Differenz beträgt, falls sie sich schließlich nicht als noch größer herausstellen sollte, gegen 200 Millionen Mark.

Eine niedliche Pleite! Zumal wenn man berücksichtigt, daß dem Reichstage auch noch ein Nachtragsetat von ungefähr 34 Millionen für die Verwaltung des Reichsherceres zugehen soll. —

### Der sozialdemokratische Pumphonds.

Jährlich läuft durch die bürgerlichen Blätter eine Notiz über die Existenz eines sozialdemokratischen „Pumphonds“, aus dem, wie diese Blätter versichern, die „bevorzugten Mitglieder“ der sozialdemokratischen Partei auf ihr Erluchen zinsfreie Darlehen erhalten, die sie nur in den wenigsten Fällen zurückzahlen, so daß das Geld auf immerwiedersehen in die Taschen der Parteiführer verschwindet. Auch jetzt taucht, neu frisiert, diese Notiz in der anständigen Presse vom Schlage der „Nöln. Zig.“ und der Nippelschen „Tägl. Rundschau“ wieder auf, und es ist anzunehmen, daß sie in den nächsten Tagen in Hunderten von kleinen Provinzblättern Aufnahme findet mit dem bekannten Zusatz: „So wird das Geld der Arbeiter verschwendet!“

Erzählt wird in der Notiz: „Zum 1. August 1908 bis 31. Juli 1909 sind nach einer Aufstellung der „Deutschen Wirtschaftl. Korr.“ 122 200 M. Darlehen vergeben und 66 271 M. zurückgezahlt worden. Es wurden also 55 927 M. mehr verborgt als zurückgezahlt. Im Jahre 1908 wurden 223 701 M. verborgt und 130 597 M. zurückgezahlt. Im Jahre 1907 wurden 208 093 M. verborgt, 94 930 M. zurückgezahlt. In den drei Jahren seit 1906, als das Wort „Pumphonds“ bekannt wurde, hat der Pumphonds 553 899 M. verborgt, 311 500 M. zurückgezahlt, mithin 242 399 M., also rund 2/3 Million mehr verborgt als zurückgezahlt erhalten. In den Jahren 1904 bis 1909 sind 1 118 840 M. verborgt und 625 261 M., also noch nicht die Hälfte, zurückgezahlt worden. Nun wissen die Arbeiter wenigstens, warum sie zur sozialdemokratischen Parteifolge steuern müssen.“

Was es mit diesem Schwindel auf sich hat, haben wir schon wiederholt gesagt. Trotzdem wird immer weitergelogen.



Um den Verleumdungen die Spitze abzubreaken, wollen wir erneut feststellen, daß ein „Bumpfonds der Sozialdemokratie“ nicht existiert; wohl aber besteht eine Zentralkasse der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie hat zur Aufgabe, neben der Regelung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten auch die erfreulichen Fortschritte, die die Parteipresse seit einer Reihe von Jahren macht, zu beachten und zu unterstützen. In den bestehenden Parteidruckereien muß nicht nur der Maschinenbestand verbessert und vermehrt werden, die Zahl der eigenen Betriebe nimmt auch ständig zu. Deshalb ist es notwendig, daß in der Partei eine Institution existiert, die hier helfend eingreift. Die gegebenen Darlehen sind nun durchaus nicht auf Nimmerwiedersehen „verbüßt“, wie in der betreffenden Notiz wider besseres Wissen behauptet wird. Aus den alljährlichen schriftlichen und mündlichen Berichten des Parteiführers an den Parteitag geht hervor, daß die Beträge zurückgezahlt werden; auch wenn es nicht mit einem Male geschieht. Wenn in den letzten Jahren die Summe der Darlehen gestiegen ist, so erklärt sich das einfach daraus, daß die Verbreitung und Ausdehnung der Parteipresse mächtig gewachsen, daß daher in verschiedenen Orten neue Gebäude, Maschinen usw. angeschafft werden mußten, und da die Genossen an den betreffenden Orten nicht die dazu nötigen Mittel hatten, die Zentralkasse helfend mit Darlehen einspringen mußte. Von einem Verlorensein dieser Summen kann nur reden, wer von diesen ganzen Dingen nichts versteht, denn für das Darlehen haftet das Inventar, dessen Wert durchweg den des Darlehens um das Mehrfache übersteigt.

Wir hoffen, daß in den nächsten Jahren die Darlehen weiter anwachsen, denn dieses Anwachsen beweist, daß unsere Parteipresse sich weiter und weiter ausdehnt.

### Vom Hansabund und seinen Geldgebern.

Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht ein vertrauliches Schriftstück, das vom Generalsekretär Dr. Alexander Lilla an die Mitglieder der beiden Verbände der Industriellen im Saarrevier verschickt wurde. Es wird darin versucht, dem Hansabund mit nennenswerten Beiträgen beizutreten, und zugleich mitgeteilt, daß verschiedene Schuldlose dem Hansabund 60 000 M., der Stahlwerksverband 50 000 M. überwiesen hätten. Die fünf Saarländer zahlen außerdem noch jede einen Jahresbeitrag von 1000 M., die beiden industriellen Verbände des Saarreviers je 500 M.

### Anormal — und 15 Jahre Zuchthaus!

Kürzlich wurde vom Kriegsgericht ein Einjähriger freigesprochen, obwohl er im Laufe eines Jahres fünf Verbrechen begangen. Am 29. November wurde von dem Kriegsgericht des 116. Regiments in Gießen der Russetier Kreuz zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er — ebenfalls im Dämmerzustande — in der Verunkenheit den Fahnenträger Debus erschossen hatte.

Der Fall trug sich folgendermaßen zu: Der Angeklagte Kreuz stand vor seiner Entlassung zur Disposition, als er wegen eines Streites mit einem anderen Russetier mit drei Tagen strengen Arrestes bestraft wurde. Wegen des Unteroffizier Waldtrott, der ihm zu dieser Strafe verurteilt war, geriet er in heftige Wut, die ihn am 19. September in schwerem betrunkenem Zustande zu einem Messerattentat verleitete, dem der genannte Fahnenträger zum Opfer fiel. Der Angeklagte war schon um 5 Uhr angetrunken, weil in der Wirtschaft, in der er einquartiert war, ein Faß ausgelegt war. Er geht dort mit jungen Burschen zusammen, denen gegenüber er seiner Wut Luft machte. Von einem dieser Burschen, einem 10jährigen unansehnlichen Knirps, ließ er sich eine Arbeitsbluse und einen Schlapphut verschaffen. Damit versehen, stellte er sich auf die Lauer, um sich an dem Unteroffizier Waldtrott zu rächen. Als ein Unteroffizier vorbeikommt, sprang er auf ihn zu und versetzte ihm mit offenem Messer einen Hieb gegen die Brust. Als der Angeklagte sah, daß er sich in der Person geirrt hatte, ließ er scheinunglos davon, um jedoch wieder zurückzukehren und in der gleichen Weise den Fahnenträger Debus anzufallen, den er für den Unteroffizier Waldtrott hielt. Debus wurde durch den gegen seine Brust geführten Stoß dem Tode verleiht, daß er schon nach wenigen Stunden eine Leiche war.

Als Täter wurde der Angeklagte mit Leichtigkeit entbedt, da er in seinem besinnungslosen Zustande gar nicht daran gedacht hatte, die Spuren der Tat zu verwischen und sich auch nur der geliebten Kleidungsstücke zu entledigen.

Die Zeugenvernehmung ergab, daß Kreuz tatsächlich angetrunken gewesen war. Sein Hauptmann stellte dem Angeklagten das Zeugnis aus, daß er ein gutmütiger, ruhiger Mann war, wenn er nicht getrunken hatte, in der Angetrunkenheit jedoch leicht gewalttätig wurde. Der Vater des Angeklagten schildert seinen Sohn als gut und fleißig. Arreststrafen habe er sich demütig zu Dingen genommen, daß er einmal einen Selbstmordversuch gemacht habe, um nicht eine vierzehnjährige Arreststrafe abtun zu müssen.

Der Sachverständige Professor Dr. Sonnemann-Gießen bezeichnete den Angeklagten als einen jener abnorm veranlagten Menschen, die durch den Genuß von Alkohol besonders leicht zu Gewalttaten gebracht werden. Bei solchen Gemütszuständen würden dann aus Bagatellen tragische Geschehnisse. Aus einem Angestricheligen begingen diese Leute Taten, die sie nicht verantworten könnten, wie das ja der Selbstmordversuch des Angeklagten beweise. Der Angeklagte sei eine leicht erregbare Persönlichkeit. Er habe pathologische Affektzustände und auch Dämmerzustände. Der Angeklagte habe nach der Meinung des Sachverständigen aus einer Erregtheit heraus gehandelt, die sich im allgemeinen gegen Unteroffiziere richtete. Er habe in einem akuten Rauschzustande gehandelt. Gegen sein volles Bewußtsein spreche, daß er vor allem Wille sich damit brüüste, daß er einen etwas antun wolle, und daß er die Spuren der Tat nicht zu verwischen suchen würde. Dagegen könne dem Angeklagten nicht zugestanden werden, daß sein Zustand ein solcher war, daß er einen Strafausschließungsgrund bilde. Was die Trunkenheit anlangt, so kenne ja das Strafgesetzbuch beim Militär diese als Milderungsgrund überhaupt nicht. Einem Zivilrichter würde er den Rat geben, die Straftat milder zu wägen, nicht die Strafdauer.

Der Angeklagte wurde zur höchsten zulässigen Strafe von 15 Jahren verurteilt. Daß er anormal war und die Tat offenbar in einem Dämmerzustand verübt hatte, wurde von den Richtern völlig außer Betracht gelassen.

Der Einjährige, der im gleichen Zustand einen Menschen tötete, wurde vom Kriegsgericht freigesprochen — der gewöhnliche Russetier Kreuz erhält 15 Jahre Zuchthaus!

### Wieder eine skandalöse Ausweisung.

Der „Kulturstaat“ Preußen hat wieder einmal eine große Tat vollbracht. Soeben hat der Arbeiter Zepson zu Dichtenberg die Oder erhalten, innerhalb 11 Tagen die preussischen Lande zu verlassen.

Zepson hat zirka 38 Jahre in Berlin gewohnt und ist kürzlich nach Dichtenberg übergesiedelt. Er ist gebürtig aus Schweden. Wodurch er sich „lästig“ gemacht hat, ist wohl der Polizei selber nicht bekannt. Zepson ist unter seinen Kollegen als ein sehr rechtschaffener und braver Mensch bekannt. In der Schwelle des 7. Jahrzehnts wird er nun ausgewiesen, wird seine Existenz zerstört! Was aus dem fast 70jährigen wird, der mehr als ein Menschenalter lang Niemand und niemandem Grund gegeben hat, ihn als „lästigen Ausländer“ zu betrachten, das ist der Behörde anscheinend ganz gleich! Diese Ausweisungspraxis muß jedem Deutschen, der etwas auf das Ansehen seines Volkes in der Welt gibt, die Röte der Scham ins Gesicht treiben!

### Wahlrechtsdemonstration in Hessen.

Der Protest der hessischen Sozialdemokratie gegen die Weise, wie Regierung und bürgerliche Mehrheit im Landtage „Wahlreform“ unter Preisgabe der Rechte der Zweiten Kammer machen wollen, hat am Sonntag in zwei großen Versammlungen im Wahlkreis Darmstadt seinen Ausdruck gefunden. Die eine tagte in Darmstadt selbst, die andere in Vilsbichheim. In der Residenzstadt schloß sich an die Versammlung eine imposante Strahendemonstration.

Ein vieltausendköpfiger Demonstrationzug bewegte sich durch die Straßen der Stadt, dem Schlosse zu. Vor dem Neuen Palais, in dem gegenwärtig der Großherzog Ernst Ludwig wohnt, wurden brausende Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausgebracht. Dann zog die Menge vor das Staatsministerium, wo die Demonstranten gleichfalls das freie Wahlrecht verlangten und den dritten Vers der Marschparole: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen“ sangen. Nach dem Passieren einiger Hauptstraßen löste sich der gewaltige Zug vor dem Gewerkschaftshaus auf.

Die Polizei verhielt sich musterhaft; man sah fast keinen Schußmann.

### Kommunalwahlen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Eisenberg (Sachsen-Altenburg) erzielte die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Zwei Genossen wurden mit großer Mehrheit gewählt. Die Gegner, Reichsverein, Liberaler Verein und Handwerkerverein, verloren rund 60 Proz. ihrer bisherigen Stimmen. Die Wahlbeteiligung war eine sehr starke.

Bei der Gemeinderatswahl in Unterhans (M. J. L.) eroberte die Sozialdemokratie zwei Mandate. Nur wenige Stimmen fehlten noch, und alle acht sozialdemokratischen Kandidaten waren gewählt.

In Coswig (Anhalt) hat die Sozialdemokratie, wie wir dieser Tage melden, bei der letzten Gemeinderatswahl die große Mehrheit im Gemeinderat erlangt. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, wollen nun die bürgerlichen Vertreter ihre Mandate niederlegen, weil sie im Gemeinderat nichts mehr auszurichten vermögen.

In Gärlich ist gegen die Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung, in der sämtliche Sozialdemokraten gewählt wurden, Einspruch erhoben worden.

### Schiffahrtsabgaben auf den gemeinsamen Strömen in Deutschland.

Unter diesem Titel veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ vom 29. November eine kleine Denkschrift über die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein, der Weser und der Elbe. Begründet werden die Abgaben damit, daß an den drei Strömen neue große, zum Teil sehr kostspielige Hafenanlagen gebaut werden müssen. Die Einnahmen aus den Schiffahrtsabgaben sollen lediglich zum Zweck der Verbesserung der Ströme dienen.

### Ostböhmer Polizeistellen.

Die „moderne Erregungssucht“ des „liberalen“ Verordnungsgebers hat angeht auch mit der Volkswirtschaft in Ostböhmen gründlich aufgeräumt. Wie Bethmann-Hollweg im Reichstage versicherte, sollte das Gesetz nicht schland angewendet und die Ausübung des verfassungsmäßig garantierten Versammlungswortes endlich selbst im preussischen Wildwesten zur Wahrheit werden. Bei der bald im Reichstage folgenden Abrechnung mit dem ungeniert nach der alten Schablone weiter wurstelnden Polizeidirektoriums, fand man am Regierungstisch die vorgebrachten Klagen wenig belangreich. Einige „Irrtümer“ seien der Polizei bei dem Übergange in den neuen Rechtszustand zwar passiert, aber zu verzeihen. Nun ist ja leider nur zu selten möglich, gewisse polizeiliche „Schwächen“ ganz einwandfrei nachzuweisen. Deshalb erwartete sich die Polizeiverwaltung in Hammerstein in Westpreußen ein besonderes Verdienst, als sie den dokumentarischen Beweis dafür lieferte, wie leicht die ostböhmer Polizeipraxis „Irrt“. Eine öffentliche Versammlung, in der unser Parteisekretär Horn-Stein am 14. November in Hammerstein sprechen sollte, wurde gesehlich bei der Polizei angemeldet und unter ausdrücklicher Verurteilung auf den § 5 des Vereinsgesetzes die Versammlung der Anmeldung gefordert. Die Versammlung erfolgte jedoch nicht. Die Hochmohlschliche schickte vielmehr einfach die Anzeige mit der sicher sehr interessanten Anfrage: „Was für eine Versammlung findet statt?“ zurück. Sie wurde ihr sofort durch die Mitteilung, daß es sich um eine öffentliche Versammlung handele, ergänzt, zurückgeschickt. Aber jetzt war die gesehliche Versammlung erst recht nicht zu erlangen. Wieder schickte die Polizeiverwaltung die Anmeldung und zwar mit folgender höchst wunderbaren „Verfügung“ zurück:

Hammerstein, den 13. 11. 1900.

1. Befehlen.

2. Uebersicht.

Zurück mit dem Erwidern, daß nach Mitteilung des Inhabers des Lokals „zum Kronprinzen“ derartige Versammlungen in seinem Lokale nicht stattfinden läßt.

Die Polizeiverwaltung.

(Unterschrift unleserlich.)

Gleichzeitig erschien am 13. November in der „Hammersteiner Zeitung“ ein ebenso geheimnisvolles Interat ohne Unterschrift mit der Erklärung, daß die Versammlung nicht stattfinden werde, weil es eine sozialdemokratische sei! Als dann die Genossen zur Versammlung erschienen, verweigerte der Wirt das Lokal und ließ die Einlassforderung trotz der entgegenstehenden Vereinbarungen nicht tagen! Zu der darauf nicht mehr auf händischen Polizeigebiet gehaltenen Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins hatte der zuständige Amtsvorsteher einen Gendarmen mit

mit einem schriftlich auf Vorrat angefertigten Auflösungsbeehl zur Überwachung kommandiert. Zu dieser Staatsbreitung kam es aber nicht, weil der unbefugte anwesende Gendarm ohne viel Federleses aus der Versammlung hinauskomplimentiert wurde.

Die Versammlung für die öffentliche Versammlung haben unsere Genossen von der Polizei trotz ihrer gesehlichen Pflicht noch immer nicht erhalten. Natürlich werden alle gesehlichen Schritte unternommen werden, um die „Irrtümer“ der Hammersteiner Polizei zu forrieren.

### Die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter.

Die Ausführungsbestimmungen für die Entschädigungen an Tabakarbeiter sind vom Bundesrat verabschiedet worden. Wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, sollen die Unterstützungen nicht nur den Tabakarbeitern, sondern allen Arbeitern, die in verwandten Berufen beschäftigt sind, gewährt werden. Darunter fallen namentlich auch die Kistenmacher und Kistenfleber. Unterstützungsberberechtigt sind alle Arbeiter, die in der Zeit zwischen 15. August 1900 und 14. August 1910 infolge des neuen Tabaksteuergesetzes entlassen oder geschädigt worden sind. Voraussetzung ist, daß der Geschädigte vor dem 15. August 1900 ununterbrochen mehr als 300 Tage beschäftigt gewesen ist. Bei Bewerdern über die Ablehnung eines Bewandes können die Arbeiter-Vertrauensmänner gehört werden. Der Berechnung der Unterstützung wird der Tageslohn zugrunde gelegt. Die Unterstützung beträgt bei Verdienstschädigung die Differenz, hinter der der Gewinn unter Dreiviertel des vorjährigen Arbeitslohnes zurückbleibt, bei Arbeitslosigkeit Dreiviertel des durchschnittlichen Lohnes, im Falle besonderer Bedürftigkeit ausnahmsweise der volle Betrag des früheren Durchschnittslohnes.

### Die besondere Offizierschere

Wielte in einer Verhandlung des Landgerichts Färth als Berufungsdinstanz eine große Rolle. Der Redakteur Erwin Barth von der „Frankfurter Tagespost“ in Arnberg war von dem Artilleriehauptmann v. Ranke in Erlangen wegen Verleumdung verklagt. Sie wurde in einem Artikel der „Tagespost“ erbildt, in dem das Verhalten des abeligen Offiziers gegen ein armes Dienstmädchen besprochen wurde. v. Ranke hatte das Mädchen engagiert, dieses wollte aber nachträglich vor Dienstantritt die Abmachung wieder rückgängig machen und glaubte aus dem Verhalten des Hauptmanns annehmen zu dürfen, daß er damit einverstanden sei. Als das Mädchen jedoch den Dienst nicht antrat, ging der Herr gegen es vor. Er ließ es vor das Säbneamt zitieren, wo es veranlaßt wurde, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie verpflichtet gewesen sei, den Dienst anzutreten oder für den entstehenden Schaden Ertrag zu leisten. Sie unterschrieb erst dann, als der Säbnebeamte ihr erklärte, der Hauptmann habe gesagt, das solle nur ein „Schreckschuß“ sein. Der Offizier war nicht persönlich beim Termin erschienen, doch ist erwiesen, daß er dem Beamten eine derartige Erklärung abgegeben hat. Als er die Unterschrift in Händen hatte, ging er gegen das Mädchen vor, indem er einen Schaden von 43 Mark nebst 4 Prozent Zinsen gegen das Mädchen einlagte. Die Art, wie die Unterschrift erlangt wurde, hatte die „Frankfurter Tagespost“ als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnet mit der Bemerkung, daß sie die sonstige Handlungsweise des Hauptmanns, der einem armen Dienstmädchen entgegen seinem Verbrechen die arbeitslosen Sparpennige pfändete, neben die Offizierschere hänge. Das Schöffengericht Erlangen hatte eine formale Verleumdung angenommen und Barth zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt, aber in der Begründung bemerkt, am gravierendsten für den Hauptmann seien die Vorgänge bei Erlangung der Unterschrift des Mädchens, da er entgegen seinem Versprechen die vollen Aussagen eingeklagt habe. In diesem Punkte sei dem Vorklagten der Wahrheitsbeweis gelungen. Der Hauptmann ergriff gegen dieses Urteil Berufung mit dem Erfolg, daß das Landgericht das erstinstanzliche Urteil aufhob und auf sechs Wochen Gefängnis erkannte. In der Begründung wird bemerkt, die Strafe rechtfertige sich dadurch, daß es sich um einen Offizier handle, dessen Stellung durch die Angriffe erschüttert werden könnte!

Also durch die Angriffe könnte die Stellung des Offiziers erschüttert werden — nicht durch seine unschöne Handlungsweise gegen das arme Dienstmädchen. Eine saubere Ehrenaufassung. Und durch die höhere Verstrafung des Redakteurs, der dem Hauptmann den Bruch seines Wortes und a. m. nachgewiesen hat, werden die Feststellungen der Beweisaufnahme aufgehoben? Auch eine Auffassung. Soll man die Offiziere um diese Ehrenaufassung beneiden oder die Richter, die dafür Verständnis haben?

### Italien.

#### Freigesprochene Arbeitermörder und angeklagte Arbeiter.

Rom, 25. November. (Fig. Ber.) Der Wöllichen Bewohnliche der italienischen Gerichte entsprechend, sind in der Voruntersuchung vor dem Gericht von Lucera die Arabinieri freigesprochen worden, die während der letzten Wahlen in Manfredonia auf vier Meter Distanz auf eine demonstrierende Menge geschossen haben, wobei mehrere Verletzt wurden. Die Arbeiter, die gegen eine ungerechtfertigte Verhaftung protestierten und dabei nach den Aussagen eines Grundbesizers und früheren Unteroffiziers 30 bis 40 Steine warfen, sind unter Anklage gestellt worden. Die Unglücklichen befinden sich seit neun Monaten in Untersuchungshaft und haben auf alle Fälle schon eine längere Freiheitsstrafe erlitten, als sie im Falle der Verurteilung zum höchsten Strafmaß verurteilt müßten. Und gegenüber solchen Tatsachen wagen es diese Menschen, von Rassenjustiz zu sprechen!

### England.

#### Zur Krise.

London, 29. November. „Daily Telegraph“ berichtet, daß die Auflösung des Parlaments wahrscheinlich am 3. Januar erfolgen werde; die Neuwahlen dürften dann am 15. Februar stattfinden.

### Rußland.

#### Vom Versammlungsrecht.

Petersburg, 29. November. In der vergangenen Nacht nahm die Polizei bei der Auflösung einer unangemeldeten Versammlung etwa hundert Verhaftungen vor. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Dumaabgeordneter.

### Die Vergewaltigung Finnlands.

Petersburg, 29. November. Der finnländische Senat erhielt den kaiserlichen Befehl, Maßnahmen zur Aufhebung des finnländischen Obermilitärgerichts zu treffen.

### Marokko.

#### Beendigung des Feldzuges.

Madrid, 28. November. Infolge der Befehle des Berges Alalater beschloß der Ministerat, unverzüglich eine Kommission von Technikern nach Melilla zu entsenden, die für vorläufige Befestigungen der neuen Stellung Sorge tragen soll. Ferner wurde beschlossen, die Truppen in dem Verhältnis und zu der Zeit, wie General Marina es für richtig befindet, nach der Heimat zurückzubefördern und, sobald die Truppen wieder in Spanien eingetroffen sind, die Reservisten zu entlassen.



# Gewerkschaftliches.

## Arbeitsnachweise der Unternehmerverbände.

Reichlich spät erscheint jetzt in der neuesten Nummer der „Arbeitgeberzeitung“ ein Bericht über die im Oktober abgehaltene Arbeitsnachweiskonferenz der Unternehmerverbände. Die Frist des Berichtes hat gewiß lange Zeit gebraucht. So enthält er denn auch wenig, was für die Öffentlichkeit neu oder besonders interessant wäre; besondere scharfmacherische Pointen bleiben sicher Internas der Teilnehmer, die durch Ausschluß der Öffentlichkeit dafür gesorgt hatten, daß profane Ohren keine genaue Kenntnis von den neuesten Plänen der Scharfmacher erhielten. Die Sache hat für uns nur noch deswegen Interesse, weil die Unternehmerverbände gegenwärtig mit besonderem Nachdruck die Errichtung der Zwangsnachweise betreiben und weil die auf dieser Konferenz anwesenden 70 Herren, die 80 Unternehmerverbände vertreten, dieser Scharfmacheridee wohlgefällig zustimmten. Für die Uneingeweihten muß noch dem frischen Bericht der Unternehmerverbände ziemlich harmlos erscheinen, denn die Ausführungen des Herrn Syndikus Reichlich-Chemnitz klangen in das Gehör für die Unternehmensnachweise aus, die, von sachkundiger Hand geleitet, sich des Vertrauens der Arbeiter erfreuen würden, dessen die paritätischen und gewerkschaftlichen Nachweise ermangeln; hielten sie sich von den Schwächen dieser paritätischen und gewerkschaftlichen Nachweise frei, so würden sie ihnen dauernd ein Uebergewicht bieten. Das sieht nach einer Proklamation einer Art freien Konkurrenz zwischen den genannten Arbeitsnachweisen aus. Wenn es weiter nichts wäre, so könnte die Arbeitererschaft diesem freien Spiel der Kräfte getrosten Mutes entgegensehen, denn auf weissen Seite da der Erfolg bliebe, kann keinen Augenblick zweifelhaft erscheinen. Herr Ingenieur Thielow-Damburg ging schon ein bißchen stärker ins Geschrei. Er betonte, daß der Arbeitsnachweis der Unternehmer nicht nach einer Schablone arbeite, sondern daß die Arbeitssuchenden bei ihrer Einstellung nach ihrer Brauchbarkeit und Tüchtigkeit berücksichtigt werden, auch daß die Arbeitsnachweise dazu berufen seien, einen erzieherischen Einfluß auf die Arbeiter auszuüben und sie zu angemessener Leistungsfähigkeit bringen.

Wie Figura zeigt! Der Arbeitsnachweis in Mannheim-Ludwigshafen, dessen Geschäftspraktiken wir vor einigen Tagen zeigten, übt wirklich erzieherischen Einfluß auf die Arbeiter aus. Er verfolgt eine Art Erziehungsmethode gegen den freien Arbeiter, wie sie etwa der Hausvater Kolander gegen die ihm anvertrauten Jünglinge geübt hat. Wenn das das Muster sein soll, nach dem die Arbeiter in ganz Deutschland mit Unternehmererziehung beglückt werden sollen, dann kann die Wirkung dieser Erziehung nicht ausbleiben. Den Herren Scharfmachern wird es ob dieser Wirkung wohl doch noch gehörig in die Bude regnen und sie werden in nachfolgenden Konventionen, unbedrängt über die Erfüllung ihres neuen Planes, über neue Maßnahmen zur Niederzwingung der Gewerkschaften beraten müssen, so wie sie es auch jetzt wieder taten, als sie berieten, ob die totale, die prozentuale oder die Aussperrung nur der organisierten Arbeiter am wirksamsten sei. Ehedem wurde die Absperrung und die nach Altersklassen geordnete über den grünen Alee gelobt.

Ja, auch unsere Herren Scharfmacher müssen sich dem Zwange der wirtschaftlichen Machtverhältnisse beugen, die ja von den starkgeordneten deutschen Gewerkschaften mitgestaltet werden, so daß die Leppigkeit dieser Herren nicht gar zu sehr in die Salme sprechen kann.

### Berlin und Umgegend.

#### Abermals eine gelbe Niederlage.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Delegiertenwahl der Ortskrankenkasse für das Schlächtergewerbe entfielen auf die Liste des Zentralverbandes der Fleischer 558 Stimmen, die Selben brachten es nur auf 111. Alle Bemühungen der Innung sowie der übrigen Meistervereine waren vergebens. Der Verband hat gegenüber dem Vorjahre 173 Stimmen gewonnen, während die Selben 54 verloren haben. Die Wahlbeteiligung war eine so starke, wie noch nie zuvor. Noch am Sonntagvormittag glaubten verschiedene schlaue Meister, die bisher die Kassenbeiträge selbst bezahlten, dadurch dem Verband den Todesstoß zu geben, daß sie ihren Gesellen das Krankengeld abzogen und erklärten, dafür sollten sie sich beim Zentralverband bedanken, der sei schuld. Wüßig fügten sie hinzu, heute sei ja doch Gelegenheit, sich dafür zu rächen. Nach diesem Resultat dürfte es der Innung und den Selben klar sein, daß sie keine Gelegenheit mehr haben werden, die Mißstände, die in der Innungsüberbörge und auf dem Arbeitsnachweis herrschen, auch in der Krankenkasse einzuführen. Auch wird für die Innung die Gelegenheit nicht wieder kommen, die Innungsbeiträge von den Kassierern der Kasse einzufrieren zu lassen.

#### Steigende Arbeitslosigkeit in der Berliner Brauindustrie.

Infolge des Rückganges des Bierverbrauches in den Fabrikantinnen ist der Umsatz des Flaschenbieres seit längerer Zeit erheblich gefallen, wodurch namentlich auch die Flaschenstellereiarbeiter sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. Um Entlassungen in größerer Zahl so lange als möglich zu verhindern, erklärten sich die Flaschenstellereiarbeiter solidarisch zum abwechselnden Aussetzen bereit. Gegenwärtig feiern circa 800 Flaschenstellereiarbeiter tageweise, halbe und auch ganze Wochen. Diese Zahl wird sich in den nächsten Tagen auf circa 600 erhöhen und dann noch weiter steigen, da einzelne Betriebe mit dem Aussetzen bisher noch zurückgehalten haben.

**Achtung, Glasbläser!** Bei der Firma Röder u. Maher, Hochstr. 23, sind sämtliche organisierten Kollegen wegen Zugehörigkeit zum Verbands am Montag früh entlassen worden. Da die Firma verliert, aus anderen Verufen Arbeiter als Hilfskräfte einzusetzen, um dieselben anzulernen, weisen wir darauf hin, daß die Firma nach wie vor gesperrt ist. Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

Die Brauereiarbeiter in Frankfurt a. M. haben beschlossen, den seit 1905 bestehenden Tarifvertrag, der am 1. April 1910 abläuft, zu kündigen und zu gegebener Zeit neue Forderungen einzubringen. Die Organisation der Arbeiter hat sich während der Tarifzeit gut entwickelt, gegen 1200 Mitglieder zählt die Hauptstelle des Brauereiarbeiter-Verbandes. Auch die Brauereiarbeiter in Köln-Mülheim haben der Brauereivereinigung einen neuen Tarif unterbreitet. Die Brauereiarbeiter in Goschen sind schon länger in Lohnbewegung; die Brauereien lehnten auch kürzlich wieder eine Unterhandlung ab, bis die Belastung durch die in Aussicht stehende Erhöhung der Branntweinsteuer feststehe. Die Stimmung der Brauereiarbeiter gegen diese ablehnende Haltung ist keine angenehme.

### Ausland.

Die Dreher der Waffenfabrik in Suda pest (Ungarn) sind nach einem an die Berliner Filiale des Metallarbeiterverbandes gelangten Telegramm ausgeperrt. Da zu befürchten ist, daß in Deutschland Arbeitswillige für die Fabrik gesucht werden, ist Zugzug ferngehalten.

Verantw. Redakt.: Richard Baris, Berlin. Inzeratenteil verantw.: E. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

## Der schwedische Gewerkschaftskongress.

Nachdem die ersten drei Kongrestage von den geschäftlichen Angelegenheiten und vor allem von dem Bericht sowie der Diskussion über die Tätigkeit der Landesorganisation in Anspruch genommen waren, stand am Donnerstagvormittag zunächst der Klassenbericht zur Debatte. Von antiparliamentarisch gesinnten Delegierten wurde Widerspruch dagegen erhoben, daß das Landessekretariat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 3000 Kronen überweisen hatte, die zur Bearbeitung bestimmter Fragen der Sozialgesetzgebung gebracht wurden, unter anderem zu einer gründlichen Arbeit über die Frage des Normalarbeitstages. Der Kongress beschloß jedoch mit allen gegen wenige Stimmen, das Verhalten des Landessekretariats auch in diesem Punkt durchaus gut-zubeurteilen, und so wurde dem Landessekretariat für die gesamte Klassenführung Decharge erteilt.

Dann kam die wichtigste Frage des Kongresses, die der Umgestaltung der Landesorganisation, zur Verhandlung. Bekanntlich war und ist die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften bis jetzt ihrem ganzen Statut nach eine Verteidigungsorganisation, die den angeschlossenen Verbänden nur bei großen Verteidigungskämpfen, bei Aussperrungen Unterstützungen gewährt, aber nicht bei Angriffskämpfen. Es handelt sich nun hauptsächlich darum, sie zu einer Angriffsorganisation zu machen. Dieses Bestreben ist nicht etwa erst infolge des Großstreiks zutage getreten, sondern schon lange vorher waren dem Landessekretariat in großer Zahl Resolutionen zugegangen, die eine derartige Umgestaltung verlangten. Dem Kongress lagen zu diesem Punkt nicht weniger als 48 Anträge und Resolutionen vor. Sie geben teils darauf hinaus, daß die bestehenden Berufsverbände überhaupt beseitigt, die örtlichen Fachvereine sich direkt in der allgemeinen Landesorganisation zusammenzuschließen sollen, teils darauf, daß die Ortsstellen für die beste Organisationsform erklärt werden; teils wird eine Zusammenlegung der Verufe zu großen Industriebereichen vorgeschlagen und eine Ausdehnung der Kompetenz der Landesorganisation bei der Entscheidung über Lohnkämpfe.

Allgemein ist die Forderung, daß die Landesorganisation auch Angriffsorganisation werden soll. Das Landessekretariat hat alle diese verschiedenen Vorschläge geprüft und legte nun dem Kongress eine Resolution vor, die in ihren Hauptpunkten besagt, der Kongress möge dem Landessekretariat Auftrag erteilen, nach bestimmten Grundzügen neue Statuten für die Landesorganisation sowie gleiche und gemeinsame Statuten für die ihr angeschlossenen Verbände und ebenfalls solche für die Ortsabteilungen der Verbände auszuarbeiten. Diese Statutenentwürfe sollen dann zunächst von den einzelnen Verbänden gründlich geprüft werden und schließlich soll der nächste Kongress der Landesorganisation, der in drei Jahren stattfindet, endgültig über die Umgestaltung der Organisationsform beschließen. Als Grundlinien für die neuen Statuten wird vorgeschlagen:

Daß die der Landesorganisation angeschlossenen Verbände teils Fachverbände, einen Beruf oder bestimmte nahe verwandte Verufe umfassen sollen, teils Industriebereiche;

Daß die Landesorganisation die Verantwortung für alle Kämpfe übernehmen soll, die vom Landessekretariat oder der Repräsentantschaft im Einverständnis mit den Verbänden vorzunehmen sind;

Daß ein bestimmter Beitrag von 20 Öre die Woche für vollzahlende, von 10 Öre für halbzahlende Mitglieder aus allen Verbänden der Landesorganisation zufließen soll; 16 Öre sollen dem Referendatsfonds, 3 dem Administrationsfonds und 1 Öre dem Wohlfahrtsfonds überwiesen werden;

Daß die Unterstützung bei Konflikten direkt aus der Kasse der Landesorganisation in statutarisch bestimmten Sätzen gezahlt wird;

Daß der Minimalbestand des Referendatsfonds der Landesorganisation 5 Millionen Kronen betragen soll;

Daß ein durchweg besoldetes Landessekretariat angefaßt wird, bestehend aus 7 Personen, das die Tätigkeit der Landesorganisation in Uebereinstimmung mit den Kongressbeschlüssen zu leiten hat;

Daß die Kündigung von Tarifverträgen, die Eröffnung von Arbeitsstellen sowie ihre Beendigung Sache des Landessekretariats sein soll;

Daß eine Repräsentantschaft, bestehend aus je einem Vertreter der angeschlossenen Verbände, wenn das Sekretariat oder ein Verband es verlangt, über Fragen der Tarifkündigung, der Arbeitsstellen und des Abschlusses von Lohnkämpfen entscheiden, sowie überhaupt in der Zeit zwischen den Kongressen die höchste Behörde der Landesorganisation bilden soll.

Die Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung, die von dem Vorsitzenden der Landesorganisation Hermann Lindquist eingeleitet wurden, kamen erst am Sonnabend zum Abschluß. Sie endeten damit, daß ein Komitee eingesetzt wurde, das zusammen mit dem Landessekretariat die Frage unterzuchen und dem nächsten Kongress eventuell Vorschläge machen soll. Als Leitfaden für die Arbeit des Komitees erklärt der Kongress, daß die Landesorganisation in der Zukunft nicht lediglich Verteidigungs-, sondern auch Angriffsorganisation bilden müsse.

Des weiteren gab der Kongress der Landesorganisation den Auftrag, zu unterzuchen, ob die Herausgabe eines Wochenblattes der Gewerkschaftsorganisation möglich und zweckmäßig ist. Kommt das Landessekretariat zu einem zustimmenden Beschluß, so soll es selbst den Zeitpunkt für das Erscheinen des Blattes bestimmen. — Der Kongress wird vor Dienstag nicht beendet sein.

## Das Ende des Gasarbeiterstreiks.

Rom, 25. November. (Eig. Ver.) Nach 22tägiger Dauer ist der Gasarbeiterstreik in Mailand, Genua, Sampierdarena, Alexandria und Modena mit einem Kompromiß beigelegt worden, der den Arbeitern in allen prinzipiellen Fragen den Sieg sichert. Die Gasgesellschaft hat ihre Forderung, die den Arbeitern das Verdrängen auf jeden Streik, politischen wie wirtschaftlichen, aufzulegen wollte, fallen lassen müssen. Auch ist die Unternehmerforderung, die die Entlassungen ganz vom Gutachten der Gesellschaft abhängig machte, aufgegeben worden. Wenn wegen vermindeter Arbeitsgelegenheit Entlassungen erfolgen müssen, so dürfen von ihnen nur Arbeiter von weniger als fünf Dienstjahren betroffen werden, und jeder der Entlassenen kann an die Schweregerichtscommission appellieren. In keinem Falle können Verurteilungen wegen politischer Vergehen Entlassungsgrund sein. Alle Streikenden ohne Ausnahme werden wieder eingestellt, und die Gesellschaft verpflichtet sich, im Laufe der nächsten sechs Monate keine Entlassungen vorzunehmen. — Wenn die Arbeiterchaft nur mit großen Opfern den Kampf weiter fortsetzte, so war auch die Lage der Unternehmer äußerst kritisch geworden. Am letzten Tage befanden sich drei Viertel von Mailand in völliger Dunkelheit. Das zu industriellen Zwecken verteilte Gas war durch die Verwendung von Benzin bei seiner Herstellung gefährlich geworden, so daß die Konsumenten zum großen Teil erklärt haben, sie würden es überhaupt nicht bezahlen. Von 6300 Straßenlaternen waren 2411 gar nicht angefaßt, wofür je 2 Lire Strafe verhängt wurden; 2642 funktionierten schlecht und wurden mit je 70 Cent. Strafe bedacht. Schließlich wurden 1902 Lire Strafe wegen mangelnder Heizkraft und 634 Lire wegen allzu geringer PreSSION verhängt. Im ganzen wurden allein in Mailand über 100 000 Lire Strafen erhoben, wozu noch die hohe Ausgabe für die Streikbrecher, der Einnahmeausfall und die Einbuße an Material und Maschinen kommen, die durch die minderwertige Arbeit der Streikbrecher entstanden ist.

## Verfammlungen.

„Eisphusarbeit“ oder „Ehternacher Springsproffion“? — Ist Gewerkschaftsarbeit Eisphusarbeit? Ueber diese Frage sprach Genosse Eduard Verstein am Sonntag in einer zahlreich besuchten Brandenburger Versammlung der Werkzeugmacher, die den großen Saal der „Arminhallen“ füllte. Der Redner legte zunächst

dar, wie die Meinung, die Gewerkschaftsarbeit sei eine Eisphusarbeit, eine Arbeit, die ihr Ziel nie erreiche, weil die Lohnhöhe abhängig sei von Angebot und Nachfrage, schon in den ersten Zeiten der englischen Gewerkschaftsbewegung bei Sozialpolitikern und Nationalökonomien auftauchte, die der Arbeiterchaft keineswegs feindlich gesinnt waren; wie dieselbe Ansicht bei den Frühsozialisten, z. B. Robert Owen in England, Fourier und Proudhon in Frankreich zutage trat und wie selbst Marx um dieselbe Zeit erklärte, daß die Gewerkschaften die sinkende Tendenz der Löhne wohl aufhalten, aber nicht beseitigen könnten, falls 1863 äußerte, daß er die deutsche Arbeiterchaft vor dem Elend der englischen Gewerkschaften bewahren wollte. Ferner führte der Redner aus den Jahren 1893 und 1894 Ueherungen von Parteigenossen wie Clara Zetkin, Debel usw., die eine der englischen entsprechende starke Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung damals nicht für möglich hielten, und zeigte dann, wie sich die deutschen Gewerkschaften seitdem tatsächlich entwickelt haben, ihre Mitgliederzahl von 250 000 auf über 1 800 000 gestiegen ist. In Wirklichkeit seien sie nun stärker als die englischen, denn in England rechne man manche Vereine zu den Trades-Unions, die nicht als Kampfsorganisationen im Sinne der deutschen Gewerkschaften gelten können. Wenn man nun zum Beweise dafür, daß die durch die Gewerkschaften erzielten Lohnhöhungen mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht Schritt hielten, die amerikanischen Verhältnisse heranziehe, sei das ein irreführendes Beispiel, denn in Amerika habe man jetzt fort-dauernd mit einer starken Einwanderung aus Ländern zu rechnen mit wirtschaftlich tiefstehendem Proletariat. Ein weit brauchbareres Material gäben die deutschen Gewerkschaften. Der Redner führte dann die jüngst im „Correspondenzblatt“ der deutschen Gewerkschaften veröffentlichten Berichte über die in den verschiedenen Verufen im Laufe der Jahre erzielten Lohnhöhungen an und erklärte, daß diese mit der Verteuerung der Lebenshaltung mindestens Schritt gehalten hätten. Die pessimistischen Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung seien also nicht gerechtfertigt. Aber die geistig hochstehenden Leute und Parteigenossen, die solche Ansichten hegten, hätten sie keineswegs aus der Luft gegriffen, sondern auf Grund von Tatsachen, verloren gegangenen Gewerkschaftskämpfen jener Zeiten gewonnen. Inzwischen habe man einsehen gelernt, daß Kämpfe, die scheitern mit Niederlagen enden, doch schließlich nicht als verloren anzusehen seien. Allerdings sei die Macht der Gewerkschaften beschränkt. Sie könnte den Unternehmerprofit nicht aus der Welt schaffen und ebensowenig das Gesetz der Bodenrente. Auf einem Gebiete aber seien die Erfolge der Gewerkschaften unbestreitbar und dauernd und das betreffe die Verkürzung der Arbeitszeit. Was hier einmal in einem Gewerbe Sitte geworden sei, das sei sehr schwer wieder abzuschaffen. Die Arbeitgeiter-fürsorgung bedeute aber mehr Freiheit, mehr Bildungsmöglichkeit für die Arbeiter. Dauern seien auch die Erfolge in der Ausbildung des Arbeiterrechts in dem Sinne, wie es die Gesetzgebung nicht geben könne, daß der Arbeiter in den Betrieben als Mensch behandelt werde. Die Gesetzgebung könne hier nur allgemeine Normen schaffen, den Geist in die Betriebe zu bringen, müsse den Arbeitern selbst überlassen bleiben. Je größer nun die Betriebe werden, je mehr sich das Kapital koalieren, um so größer müssen auch die Lohnkämpfe werden, aber um so mehr werde auch die Öffentlichkeit an diesen Kämpfen interessiert. Dann spiele die Arbeiterchaft, um so mehr, wenn politische Macht hinter ihr stehe, eine solche Rolle im öffentlichen Leben, daß die Allgemeinheit sich einmischen müsse. Die Lohnkämpfe der Gewerkschaften seien auch da keine Eisphusarbeit, man könne sie besser mit der Ehternacher Springsproffion vergleichen, wo bekanntlich zwei Schritt vorwärts und ein Schritt rückwärts gemacht werde, man also doch vorwärts komme. Nachdem der Redner noch auf die Bedeutung der politischen Bewegung hingewiesen und namentlich betont hatte, daß die Arbeiterchaft auch die Beseitigung des Dreifachemachtbrotts in Freiheit durchsetzen werde, schloß er seinen inhaltreichen Vortrag mit den Worten: Die Gewerkschaftsbewegung ist keine Eisphusarbeit, kein Zugbild, sondern eine nützliche und notwendige Kulturbewegung, ein mächtiges Glied in der großen Emancipationsbewegung unserer Zeit. Der Vortrag fand lebhaften Beifall, hatte jedoch eine Diskussion nicht zur Folge. Es fanden sodann Ersatzwahlen zur Agitationskommission der Branche statt; gewählt wurden Paul und Hoffmann. Sodann berichtete der Branchenvorstand über einige Lohnbewegungen innerhalb der Branche. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß in letzter Zeit teils mit, teils ohne Streik in mehreren Betrieben Lohnhöhungen erzielt worden sind. Die Bewegungen haben alle mit Erfolg geendet.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 20. November. (W. L. B.) Die Deputiertenkammer lehnte einen von der Regierung bekämpften sozialistischen Antrag betreffend Wiederernennung des Lehrers Regre in sein Amt ab. Regre war wegen eines für die Regierung beleidigenden öffentlichen Anschlages seiner Stelle entbunden worden.

### Sum englischen Budget.

London, 20. November. (W. L. B.) Die Debatte über das Finanzgesetz wurde heute von Lord Morley im Oberhaus wieder aufgenommen. Er führte aus: Mit Annahme der Resolution Lansdowne würden sich die Lords die Kontrolle über die Besteuerung anmaßen sowie die Befugnisse über die Auflösung des Unterhauses zu erlangen. Nach der Resolution müßte stets ein anderes Parlament gewählt werden, wenn das gerade tagende Parlament das Mißgeschick hätte, dem Hause der Lords zu mißfallen. Die Resolution würde die ganze finanzielle Maschinerie des Jahres umstürzen. Das Oberhaus entferne sich damit von einer nie gebrochenen Tradition und einem feststehenden konstitutionellen Brauch. Die Resolution Lansdowne sei ein Spielerey. Er (Morley) glaube nicht, daß durch Ablehnung des Budgets das Oberhaus für die Vollrechte eintrete. Er frage, wie die Peers durch Annahme der Resolution dem Sozialismus Einhalt gebieten wollten, und ob, wenn man annehme, daß die sozialistische Flut im gefährlichen (1) Wasser sei, das Oberhaus weise oder politisch Zug handle, einen Standpunkt einzunehmen, der es dem Vorwurf aussetzen müsse, als Vorkämpfer der Reichen gegen die Armen einen Druck auf die Verfassung ausüben zu wollen. Es gibt Ministerien in Europa, die ihre eigenen Kämpfe auszuweichen haben und mit Interesse und Furcht zugleich die Budget- und konstitutionellen Kämpfe beobachten, in denen wir uns jetzt befinden. England ist für viele Generationen ein festes und weisheitsreiches Muster für Reformen gewesen. Jede Verkennung unserer faktischen oder konstitutionellen Politik würde für die reaktionären Parteien auf dem Kontinent ein schwerwiegender Gewinn sein. Die Resolution Lansdowne und ihre Folgen müßten zu einer Revision der Verfassung führen. Sie würde ein erster Schritt auf einem gefährlichen Wege sein und nach der Trennung morgen abend würden Sie sich alle vergegenwärtigen, daß das Signal zu einem sehr erbitterten und vielleicht langwierigen Kampfe gegeben wurde. (Beifall bei den Ministeriellen.)

### Opfer des Wintersports.

Strassund, 20. November. (W. L. B.) Auf dem Eise des Nierper-teiches brachen zwei Knaben von 13 und 11 Jahren ein. Ein junger Mann näherte sich mittels einer Leiter der Unfallstelle, konnte aber nur noch die Leichen bergen.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Sterz u. Beilagen u. Unterhaltungss.



Eine höchst überflüssige Polemik.

Inserere Bemerkungen zum Abschluß der Gompers-Polemik, worin wir ganz kurz die Gründe darlegten, warum wir die verschiedenen Ansichten über Gompers widerlegen, hat uns die Unkunde der Redaktion des „Correspondenzblattes“ der General-Lammission zugezogen. Es schreibt:

In dem von Kautsky angezettelten Streit um Gompers und die Civic Federation hatte sich völlig unüberufen der „Vorwärts“ eingemischt, indem er die Kautsky-Angriffe fleißig nachdruckte. Unserer Aufforderung, seinen Lesern auch unsere Entgegnungen zur Kenntnis zu bringen, ist er nur teilweise und mit Verschönerungen unserer Artikel nachgekommen. Auf unsere letzte Entgegnung läßt er aber eine Nachschrift Kautskys folgen, damit diesem unter allen Umständen das letzte Wort bleibe. Auf diese Nachschrift eingegangen, lohnt sich wirklich nicht der Mühe, — sie ist nur interessant durch das, was sie nicht enthält. Dem „Vorwärts“ wollen wir jedoch noch einige Worte widmen.

Als der „Vorwärts“ sich in diesen Streit einmischte, glaubten wir seine Redaktion selbständig genug, um die Debatte ohne fremde Hilfe schließen zu können. Die Nachschrift Kautskys zeigt uns aber, wer in Wahrheit „Vorwärts“-Redaktion ist. Nachdem uns dieser Kaufalzusammenhang klar geworden, sind wir um eine gute Erfahrung reicher. Wir können indes diese Debatte schließen mit der Bemerkung, daß der eigentliche Zweck des Kautsky-Konfortiums, den nach Europa delegierten Repräsentanten der A. F. of L. in den Augen der deutschen Genossen zu verächtlichen und dadurch den Ansehens der A. F. of L. an das Internationale Sekretariat zu hintertreiben, täglich mißlungen ist. So sicher wir uns auf Gompers Zusage, für diesen Ansehens einzutreten, verlassen dürfen — so sicher dürfen die amerikanischen Gewerkschaften von uns erwarten, daß wir ihren Delegaten bis zur Vermeidung seiner Mission nicht verunglimpfen werden.

Der Vorwurf, wir hätten die Artikel des „Correspondenzblattes“ verstimmt, ist zwar schwerwiegend, aber völlig unrichtig. Selbst wenn die aufgeregte Redaktion und soviel Schlechtigkeit zutraute, sollte sie unsere Vorsicht nicht so niedrig einschätzen. Wir wissen, mit wem wir es zu tun haben und haben uns sehr gehütet, irgend etwas Wesentliches auszulassen.

Unsere Selbständigkeit zu wahren, muß das „Correspondenzblatt“ schon uns überlassen, wir würden sie erst dann bedroht sehen, wenn über das, wozu wir berufen sind oder nicht, die Redaktion des „Correspondenzblattes“ entscheiden würde. Da dies nicht der Fall ist, läßt uns das Diktum, wir hätten uns ganz unüberufen in den Streit eingemischt, sehr kühl. Wir denken, daß die Wahrung der Interessen unserer jungen mit den größten Schwierigkeiten kämpfenden amerikanischen Bruderpartei einfach die Erfüllung unserer internationalen Pflichten war. Freilich, dürfen wir uns noch auf unsere Internationalität berufen? Das „Kautsky-Konfortium“ (wirklich eine nette Ausdrucksweise!) hat ja keine anderen Absichten als den Anschluß der amerikanischen Arbeiter an das Internationale Sekretariat zu hintertreiben, behauptet wenigstens die Redaktion des „Correspondenzblattes“. Zwar beweist die ganze Stellungnahme des „Vorwärts“ das Gegenteil. Gatten wir doch den Anschluß der amerikanischen Gewerkschaften mit Freuden begrüßt. „Ueber die Tatsache des Beitrittes zur Internationalen wird sicher überall unter den Arbeitern ungeheilt Freude herrschen“, schreiben wir wörtlich in Nr. 278. Und daß wir daran die Hoffnung knüpfen, daß sich dadurch auch die Beziehungen der Gewerkschaften zur Partei in Amerika und zu den europäischen Organisationen bessern werden, wird doch wohl auch das „Correspondenzblatt“ noch gestatten. Ebenso ist es lächerlich, uns oder Kautsky als Gegner des internationalen Zusammenschlusses des Proletariats hinzustellen. Vielmehr wünschten wir ebenso sehr wie alle Gewerkschaftler in und außerhalb Deutschlands diesen Zusammenschluß, der nur durch die engstirnige Absperrungspolitik der amerikanischen Gewerkschaften erschwert ward. Was tut's? Die Redaktion bedurfte eines Arguments und sie nahm das erste, schlechteste. Aber uns gegen solche Vorwürfe, die auf uns wenig verständliche Aufregung zurückzuführen sind, im Ernst zu verwahren, kann und nicht zugemutet werden. Die Auslassung des „Correspondenzblattes“ spricht genügend gegen sich selbst.

Generalversammlung des Kreises Spandau-Potsdam-Osthavelland.

In der am Sonntag, den 28. November, in Spandau im Lokale von Köpnick abgehaltenen Kreisgeneralversammlung gedachte der Vorsitzende Genosse Paris, nachdem der Arbeitergefangenen-Hoffnung zwei stimmungsvolle Vieder zum Vortrag gebracht hatte, der verstorbenen Genossen Riemann-Potsdam, Köhler-Velten und Reiff-Spandau. Sodann gab Genosse Paris den Geschäftsbericht. Da die letzte Kreisgeneralversammlung Ende Juli abgehalten worden ist, die heutige Generalversammlung aber durch den Vreuztag notwendig wurde, so ist die Berichtszeit nur kurz. Die Verteilung der Kalender ist erfolgt, ebenso die Agitation für die Parteipresse; zur letzteren wurden Flugblätter benutzt. Einzelne Ortschaften hatten besondere Flugblattverbreitungen vorgenommen, namentlich für die Stadtverordnetenwahlen. Die Presse habe wieder einen kleinen Rückgang zu verzeichnen. Die „Kadei“ erfüllt sehr gut ihren Zweck. Der Kreisvorstand hat 14 Sitzungen abgehalten. Allgemein wurden im Kreise abgehalten 45 Vorstandssitzungen, 41 Wahlvereinsversammlungen und 17 öffentliche Versammlungen. Der Besuch der öffentlichen Versammlungen war allgemein gut. Als Referent wurde vielfach der Genosse Dr. Karl Liebknecht gewünscht. Ueber die Organisation sind nicht alle Berichte eingegangen. Es ist eine kleine Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen. In der Lokalfrage hat sich wesentlich nichts geändert. Bei den Stadtverordnetenwahlen sei in Potsdam und Nauen ein erheblicher Stimmengewinn zu verzeichnen, dort stehen je zwei Genossen in Stichwahl. Bei den Wahlen für die Landgemeinden bleibe noch sehr viel zu tun übrig. Der Referent meint, für die Zukunft müsse die Agitation im verstärkten Maße betrieben werden, denn die Ansichten seien durchaus nicht trübe, da verschiedene Orte, wie Spandau, Velten und Hennigsdorf sich in aufsteigender Bewegung befinden insofern, als hier eine große Erweiterung der Industrie zu erwarten ist. Es sei dies der letzte Bericht, den der alte Kreisvorstand gebe, und glaube derselbe alles getan zu haben was ihm möglich war. Mit der Aufforderung, den Wahlfonds zu stärken, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Der vom Kassierer erhaltene Kassenbericht ergab eine Einnahme infolge des Bestandes vom letzten Quartal von 3225,13 M. und eine Ausgabe von 1420,88 M., so daß ein Bestand von 1804,27 M. verbleibt. Bei der nun einsetzenden Diskussion wurden folgende Anträge mit verhandelt:

- 1. Die Wahl der Delegierten zu allen Korporationen hat durch Stimmzettel zu erfolgen.
2. Die Delegierten sehen in den Konsumvereinen einen wichtigen Faktor zur Hebung der wirtschaftlichen Interessen der gesamten Arbeiterklasse und verpflichten sich, unter Berücksichtigung der obwaltenden örtlichen Verhältnisse, tatkräftig für die Genossenschaftsbewegung einzutreten.
3. Der Kreisvorstand wolle statistische Erhebungen zwecks Gründung einer Parteipresse für den Kreis Potsdam-Spandau-Osthavelland vornehmen.
4. Der Kreisvorstand wolle beschließen, den Zusammenschluß aller im Kreise bestehenden Bildungsausschüsse resp. Kommissionen anzustreben, zwecks gegenseitiger Aussprache und Information.

Nach längerer Debatte, die sich auch noch nach der Mittagspause fortsetzte, bei welcher von einzelnen Ortschaften, so Falkenhagen-Seegefeld und Spandau, über die erschwerte Zustellung und die hohen Transportkosten des „Vorwärts“ geklagt wurde, wurde der Antrag 1 abgelehnt, die Anträge 2-4 angenommen. Ferner gelangte ein Antrag des Genossen Liebknecht zur Annahme, nach welchem die Kreisversammlung das Ausschreiben des alten Kreisvorstandes bedauere und dem Genossen Paris Dank für seine Tätigkeit ausspricht. Zur Verhandlung kamen darauf folgende, von Falkenhagen-Seegefeld gestellte Anträge:

- 1. Bei Verlegung des Kreisvorstandes nach Spandau sind die beiden Weisiger aus anderen Ortschaften zu wählen.
2. Dem Kreisvorstand ist ein bestimmter Zuschuß zu gewähren pro Jahr als persönliche Entschädigung.
Der Antrag 1 wurde abgelehnt, Antrag 2 angenommen mit der Mahnung, daß die Entschädigung für den neuen Kreisvorstand auf monatlich 30 M. festgesetzt wird. Anschließend hieran fand die Neuwahl des Kreisvorstandes statt. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß Genosse Paris-Velten aus Gesundheitsrücksichten das Amt des Vorsitzenden nicht mehr weiter führen kann und daß in Velten zurzeit die geeigneten Kräfte fehlen. Die Wahl hatte folgendes Resultat: 1. Kreisvorsitzender: Emil Schubert-Spandau, 2. Vorsitzender: Wilhelm Pieper-Spandau, 1. Kassierer: E. Stahl-Spandau, 2. Kassierer: Ernst Hornig-Spandau, Schriftführer:

Grügerchen-Spandau, Weisiger: Karl Ganzer-Spandau, Freiß Vöhle-Spandau. Zum Kreisrevisor wurde an Stelle des Genossen Hornig der Genosse Paris-Velten gewählt.

Der Genosse Dr. Karl Liebknecht hielt sodann einen etwa zweistündigen Vortrag über den preussischen Parteitag. Es gelangte im Anschluß daran folgende Resolution zur Annahme:

„In Erwägung, daß die preussische Reaktion die Klassenbewußte Arbeiterschaft und ihre Bewegung immer rücksichtsloser und insamer belämpft und daß der Einfluß der preussischen Reaktion auf Verwaltung und Gesetzgebung des Deutschen Reiches immer mehr zunimmt; in weiterer Erwägung, daß das elende Dreiklassenwahlrecht und der gesamte preussische Scheinkonstitutionalismus eine wichtige Stütze der Reichsregierung der preussischen Reaktion bildet, fordert die Kreisgeneralversammlung des Kreises Potsdam-Spandau-Osthavelland, der preussische Parteitag wolle beschließen: Der Wahlrechtskampf in Preußen zur Erroberung der politischen Macht durch das Proletariat, zur Vernichtung der politischen und wirtschaftlichen Macht der preussischen Reaktion, ist mit aller Energie und mit den schärfsten Mitteln aufzunehmen.“

Zu Delegierten zum preussischen Parteitag wurden gewählt die Genossen Paris-Velten, Stab-Potsdam und Schubert-Spandau; zum Stellvertreter Genosse Balkowski. Als Ort für die nächste Kreisgeneralversammlung wurde Seegefeld in Vorschlag gebracht, jedoch soll die bestimmte Festsetzung des Ortes wegen der mißlichen Lokalverhältnisse in Seegefeld dem neuen Kreisvorstand, an den die Geschäfte zum 1. Januar 1910 übergeben werden, überlassen bleiben.

Nach einigen Schlussworten schloß Genosse Paris die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Der Theaterverein „Spandauer Volkshöhle“ brachte alsdann noch zwei kleine einaktige Theaterstücke: „Rot und Blau“ und „Der entlarvte Spigel“ zur Aufführung und erntete großen Beifall.

Aus der Partei.

Denkmal für Wilhelm Schmidt.

Im August des Jahres 1907 war es, als die Frankfurter Arbeiterschaft ihren Führer, den langjährigen Reichstagsabgeordneten für Frankfurt a. M. Wilhelm Schmidt, zur letzten Ruhestätte geleitete. Er wird ihr für immer ein leuchtendes Vorbild mutvollen Kampfes für ihre Sache sein; nur setzte sie ihm auch ein äußeres Zeichen ihrer Liebe und Verehrung. Am Sonntag wurde auf seiner Grabstätte ein Denkmal enthüllt. Einfach und schlicht, wie Schmidt im Leben war, ist er gehalten: ein großer Kammusblock mit dem Bildnis Schmidts, in Bronze gegossen. Darunter steht: Wilhelm Schmidt 1851-1907. Einfach und schlicht war auch die Enthüllungsfest. Obwohl keine besonderen Vorbereitungen getroffen worden waren, strömten die Parteigenossen in Scharen herbei, und eine dicke Reihe von dankbaren Schülern Schmidts umringten das Grab. Ein alter Freund des Toten, der seit 1875 mit ihm zusammen für unsere Ziele kämpfte, Genosse Emil Fleischmann, hielt eine Ansprache. Er gab ein kurzes Lebensbild Schmidts, und hob besonders sein Wirken und seine Verbienste um die Arbeiterbewegung während des Sozialistengesetzes hervor. Dann erklangen nochmals die Stimmen der Sänger, die die Feier auch eingeleitet hatten: „Ein Sohn des Volkes wohnt er sein und bleiben.“ ...

Die Sozialdemokratie und das südslawische Problem.

Am 21. und 22. November tagte in Laibach, der Hauptstadt Krains, wie wir schon kurz gemeldet haben, eine Konferenz der südslawischen sozialdemokratischen Parteien und zwar der slowenischen in Oesterreich, der kroatischen in Ungarn-Kroatien, der bosnisch-herzegowinischen, die jetzt mitten im Kampfe um die Europäisierung des neu annektierten Gebietes steht und soeben erst bei den Krankenlaffenwahlen in Serajewo und Dolna-Luzla große Siege errang. Als Gäste waren anwesend die Vertreter der deutsch-österreichischen Partei, Genossen Abgeordneten Adler und Renner, Parteisekretär Bruha und Generaldirektor Schmalz für die tschechische Partei, Abgeordneter Scabar für die italienisch-österreichische, Lucovic für die serbische Sozialdemokratie. — Nach den Referaten der Genossen Kristan-Laibach und Demetrovic-Agram wurde eine Programmlösung über die südslawische Frage beschlossen, die folgendes enthält:

Der in der Unionen Boznien, dem bürokratischen Regime in Oesterreich und der Aufrechterhaltung des feudalo-ligarchischen Systems in Ungarn sich ausdrückende Zug der österreich-ungarischen Politik ist der Imperialismus. Gegenüber dem

war das Spielchen bisher nur in Weimar aufgeführt — vor etwa vier Jahren.

Nach sonst bewährt sich Direktor M. Alfieris Unternehmen anscheinend besser, als man in der Erinnerung an frühere Schicksale des Hauses erwarten möchte, und als unser knapper Kritikraum es im einzelnen nachweisen könnte. — Orchester leiser, Regie manchmal deutlicher und lebhafter — das wären so einige Randbemerkungen.

Humor und Satire.

Der Fund.

„Gestern fand ich — wer beschreibt mein Erstaunen? — beim Gähnen Vettelstod eine Wachsblase, die ich sofort dem Ungeheuer zuschrieb und bei näherer Prüfung mit Sicherheit als absolut monodasieles erkannte.“

„Es erword das herrliche Kunstwerk um die Väterlichkeit von hunderttausend Mark für unsere Galerie und trug es voll innerlichen Jubels dorthin.“

„Ja, meine Herren, nun steht sie hier, eine Perle unserer Sammlung, jede Linie ein Mino da Fiesole! Wie sie und hinüberleitet vom aufgehenden Ungeheuer in das anbrechende Secento! Ja, meine Herren, dieses Werk der Wachsplastik usw. usw.“

Zeitungsnachricht: Der Wachslopf, den unsere Galerie als Mino da Fiesole angekauft hat, gehörte noch vor drei Jahren dem Friseur Fritz Ancke und war von diesem selbst in seinen Plafestanden angefertigt worden.

Nachsch: Der Großherzog von Gerslein tröstete den Galeriedirektor und versicherte, daß er nach wie vor den Kopf für einen Mino da Fiesole halte.

(„Simplicissimus“)

Notizen.

— Kunstchronik. Die Arbeiter-Dilettanten-Ausstellung (Potsdamer Str. 4) bleibt bis zum 15. Dezember geöffnet.

— Neue Dramen. Während Björnson schwerkrank in Paris daneberliegt, wird in Deutschland sein neues Lustspiel „Wenn der junge Wein blüht“ erprobt. Das Werk, das Liebesanspielungen alterer Männer mit Humor behandelt, hatte in Dresden und jetzt auch in München starken Erfolg.

— Die Millionenerbischaft des Pasteur-Instituts. Das Pasteur-Institut in Paris, die Witteranstalt aller ähnlichen und gewöhnlich auch gleichbenannten Institute, die jetzt über die ganze Erde verbreitet sind, wird binnen kurzem in den Besitz einer Erbschaft von dem stattlichen Betrag von ungefähr 30 Millionen Frank gelangen. Diese Summe ist der geschätzte Wert des gesamten Vermögens des schon bei seinen Lebzeiten viel genannten Herrn Dstis, der vor etwa einem Jahre verstarb.

Kleines feuilleton.

Eindrücke einer sehend gewordenen Frau. In einem Londoner Hospital hat eine Frau von 38 Jahren, die seit ihrer Geburt blind gewesen war, infolge einer Operation die Sehkraft erlangt. Sie wurde natürlich sofort von zahlreichen Journalisten bestürmt und gefragt, wie ihr die Welt, die ihr so plötzlich erschlossen ist, gefalle. Die Frau erzählte, daß alle Dinge, die von ihr berührt worden waren, als sie nicht sehen konnte, in ihrer Phantastie und in ihrer durch bloß vier Sinne bewirkten Wahrnehmung eine Gestalt hatte, die durch das willkürliche Erschauen der Dinge nicht die geringste Aenderung erfahren habe: sie sehe alles, was sie jemals betastet habe, genau so, wie sie es sich vorgestellt habe. Steinen und eine gewisse Verwirrung und Furcht tiefen bei ihr nur die Dinge hervor, die sie niemals berührt hatte: es schien ihr, als ob sie sich unter dem vielen Neuen, das sich ihr plötzlich darbot, niemals würde zurechtfinden können. Von den Farben machte den größten Eindruck auf sie das Grün, das ihr auch jetzt noch eine gewisse Furcht einflößt. Verwirrt und manchmal geradezu erschreckt wurde sie durch den Anblick solcher Dinge, von denen sie durch häufige Schilberungen und Erzählungen eine gewisse Kenntnis hatte. Sie hatte z. B. niemals ein Pferd berührt, wachte aber ganz genau, was ein Pferd ist und wie es aussieht. Als sie aber zum erstenmal ein solches Tier erblickte, begann sie, obwohl sie auch während ihrer Blindheit sehr oft von Pferden gezogene Wagen benutzt hatte, am ganzen Leibe zu zittern, und dieses primitive Angstgefühl steigerte sich zum Entsetzen, als sie das Pferd laufen sah. Sie konnte zuerst durch nichts, auch nicht durch die Versicherung, daß das Pferd ein ganz harmloses Tier sei, beruhigt werden; troy alledem freut sie sich sehr, daß sie alles, was sie bisher nur geahnt hat, jetzt wirklich sehen kann.

Die Wrights im Großbetrieb. Aus New York wird berichtet: Der erste Schritt zu der Umwandlung, die die Flugmaschine vom Sportinstrument zu einem Verkehrsmittel machen soll, ist getan. Die Brüder Wright werden ihre Apparate fortan in größerem Maßstabe herstellen lassen und jedem Interessenten verkaufen. Mit Hilfe einer Reihe von Großkapitalisten ist eine Gesellschaft gegründet, die über ein Kapital von zunächst 5 Millionen verfügt. Eine große Fabrik, in der die Apparate konstruiert werden, ist bereits so gut wie fertiggestellt; sie liegt in Dayton (Ohio). Die Erfindung tritt jetzt in das Stadium kapitalistischer Ausbeutung. Sie hört auf, eine Sache zu sein, an der man nur Interesse hat, sie wird ein Mittel, Geld zu machen. Man macht Nelecke, man baut Lebnungsplätze, man verspricht den Luftfreunden, das Fliegen sei die leichteste Sache von der Welt. Die Patentrechte werden mit einer Schärfe wahrgenommen, als ob die Wrights ganz allein Luftmaschinen erfinden könnten. Schon werden auch Schuzy

zölle verlangt, die den europäischen Apparaten den Weg verwehren sollen. Die Amerikaner „aller Klassen“ sollen dafür aber die Flugmaschine schon zu 30000 M. geliefert bekommen.

Musik.

Das Entdeckergeschick Hugo Riemanns führt der Musikgeschichte immer wieder neue Schätze zu. Jetzt hat er in allem Wust ein Tänzchen gefunden. Allen äußeren und inneren Anzeichen nach sind es die „Wödlinger Tänze“, die Veetshoven im Jahre 1810 für eine Kapelle von sieben echten Virtuosenkomponisten der „Drei Raben“ in der Vorderbrühl bei Wödling komponiert hat. Die Siedeln sind zwei Violinen, eine Bassgeige, zwei Klarinetten und zwei Hörner; ersatzweise treten gelegentlich zwei Fiedeln und ein Fagott ein. Neben vier Walzern stehen fünf Menuette und zwei Ländler (Ländler oder Dreher — ein ruhiger Walzer). Am Sonntag belamen wir sie in einer Walzine zu hören und gewannen jedenfalls die Ueberzeugung, daß sie lauterer Gold bedeuten; in solchen einfachen Formen alles — Thema wie Klangwirkung — hoch über der Schablonen zu halten, ist jedenfalls Sache eines ersten Musiklers.

Verwandt sind die Stücke früheren Tänzen Veetshovens und dann den „Deutschen Tänzen“ F. Schuberts und F. Zellners. Hier ist aber schon das Klavier an die Stelle des Kleinorchesters getreten. Die vor kurzem angelegte erste Wiener Aufführung der „Wödlinger“ sollte eine Uebertragung ins Streichquartett bringen. Da haben wir wieder den Verlust an Instrumenten und an Klangfarben seit der Klassikerzeit: die Vorherrschaft des Klaviers und daneben der Geige läßt musikalische Reichtümer verkümmern; die Wiederaufnahme des Bläserquartetts sowie des Ensembles anderer Instrumente mit Bläsern ist ein dringender Bedarf unserer Tonkunst.

Nach eine Klavierneuheit gab's am Sonntag: ein von Richard Wotta herausgegebenes Singquartett von Mozart: „D' Wäurin hat d' Kay verlor'n“. Und wir haben die künstlerische Unschuld verloren. Was da sonst noch an „Humor in der Musik“ in Gestalt von halb belommenen Singberzen unserer Klavier aufgeführt wurde, zeigt ebenso wie die beiden Neuheiten eine Schaffenweise, die eine zwar äußerlich gebläute, aber an Sinn für das Wesentliche reiche Kultur erkennen läßt.

mal wieder ein schlichtes Singpiel: unter diesem Zeichen gab es Sonntagabend in der Volksoper eine einaktige Reubheit: „Der Müller von Sausfouci“. Die unechte Schickale von der „historischen Wäble“ bei Potsdam, deren Eigentümer dem Untergangswillen Friedrich II. getroyt haben soll, ist hier textlich geistlos, musikalisch zwar nicht an Geist, aber an Melodie und Rhythmus einigermassen reich behandelt worden. Karl Eduard Goepfert (geb. 1859), ein Weimarer, wohlangehender als Chorbrigade und als Chor- und sonstiger Komponist, läßt seine Tonfolgen in freundlicher Hofsollommeten tänzeln und schmalzen, daß man manches Auserkennere überdören und am ganzen so viel Freude haben kann, wie sie das Publikum gehabt hat. Wie mit berichtet wird,



absolutistisch völlerberührenden Tendenzen der Herrschenden stellt die Demokratie das Programm der nationalen Autonomie auf, die Umgestaltung Oesterreich-Ungarns in der Richtung, daß innerhalb des einheitlichen Wirtschaftsgebietes ohne Rücksicht auf die historischen Grenzen jeder Nation die volle Selbständigkeit, Einheit und Selbstverwaltung in allen nationalen kulturellen Angelegenheiten gewährleistet wird.

Programmatisch gefordert wird als letztes Ziel des nationalpolitischen Strebens die vollkommene nationale Vereinigung aller Südslawen ohne Unterschied des Namens, Glaubens, der Schriftzeichen oder dialektischer Sprachverschiedenheiten.

Als wichtigstes Mittel zu diesem nur in der Demokratie zu erreichenden nationalpolitischen Endziele wird der Kampf gegen das ungarische Unterparlament, um die Parlamentarisierung Oesterreichs und für das allgemeine Wahlrecht zu allen Landtagen Oesterreichs, auch in dem böhmischen Bezirke, bezeichnet. Die Differenzierung des Wahlrechts durch Vererbung mit verschiedenen Werten und Wirtschaftsklassen wird festgesetzt, aber erklärt, daß diese Differenzierung nicht weit genug fortgeschritten sei, um den Separatismus der vier südslawischen Völker zu rechtfertigen. Die Sozialdemokratie betrachtet diese Völker erst als Elemente, die ein einheitliches Volk schaffen sollen.

Die Konferenz setzte ein permanentes südslawisches Komitee (Bureau) ein, das zunächst aus je drei Vertretern der kroatischen, bosnisch-herzegowinischen und österreichisch-südslawischen Sozialdemokratie besteht.

Der Kampf gegen den Alkohol in der schwedischen Sozialdemokratie.

Die abstinenten Arbeiter Schwedens forderten schon lange, daß aus dem Annoncenteil der sozialdemokratischen Presse alle Empfehlungen alkoholischer Getränke verdrängt werden sollten. Bildung war es jedoch aus finanziellen Gründen nicht leicht, dieser Forderung überall nachzukommen. Auch im Zentralorgan der Partei glaubte man bis vor kurzem nicht auf die Einmahnen aus den „Kausgetränktsammonen“ verzichten zu können. Infolge des Großverkaufs hat jedoch „Socialdemokraten“ Abonnentenzahl, wie die der sozialdemokratischen Presse Schwedens im allgemeinen, demmaßen zugenommen, daß bei der verbesserten Finanzlage des Blattes jene Beschränkung nicht mehr auslagend sein können. Seit Anfang November nimmt „Socialdemokraten“ keine Alkoholanzeige mehr auf. Einzelne solcher Anzeigen erscheinen zwar vorläufig noch, weil kontraktliche Verpflichtungen ihrer sofortigen Beendigung entgegenstehen, werden aber ebenfalls verdrängt, sobald die Kontrakte abgelaufen sind. Damit ist dann die Forderung der abstinenten Genossen, daß das Blatt auf allen Seiten „ganz nüchtern“ sein soll, erfüllt.

Der Phonograph im Dienste des Sozialismus.

Die „Humanität“, unser Pariser Parteiorgan, gibt bekannt, daß sie mit einer Phonographengesellschaft Agita abkommen getroffen, wonach diese sozialistische und andere Freiheitlieder auf ihre Platten nehmen wird. Die erste Liste zählt 10 solcher Gesänge auf, darunter die Internationale, 1. Mai-Marsch u. a. m. Die Phonographen werden von der Agita-Gesellschaft gegen Leihzahlung abgegeben. Die „Humanität“ sagt in ihrer Ankündigung: „Die Sozialisten dürfen kein Propagandamittel unbenutzt lassen. Der Phonograph wird die sozialistischen Lieder ebenso gut im Volk tragen wie die anderen. In den sozialistischen Gruppen, an Freuden- und Siegesfesten, bei den sonntäglichen Zusammenkünften und bei den Versammlungen, bei den sonntäglichen Zusammenkünften mit Freunden wird man häufig andere Klänge hören können, als den patriotischen Refrain des Colongers.“

Die Lieder sind von Künstlern, die Chöre von Choristen der Oper in die Apparate gesungen worden.

## Soziales.

Vorschriften über freiwillige Mitglieder einer Ortskrankenkasse.

Eine für Krankenkassen und Versicherungsberufstätige sehr wichtige prinzipielle Entscheidung hat das preussische Oberverwaltungsgericht gefällt. Es handelte sich u. a. um die Frage, ob die Kassen im Interesse ihrer Finanzlage die freiwilligen Mitglieder durch Statut auf bestimmte höhere Versicherungsbeiträge beschränken können. Die gemeinsame Ortskrankenkasse zu Wiesbaden glaubte die Erhöhung gemäss zu haben, daß ihre 90 Proz. der Mitgliedschaft umfassenden freiwilligen Mitglieder, denen die Wahl der Versicherungsbeiträge freigestellt war, die niedrigen Versicherungsbeiträge bezogen, weil es ihnen zumest nicht auf freien Arzt und Heilgeld als auf das Krankengeld ankam. Die Beschränkung an diese Mitglieder stand nach Berechnungen der Kasse in einem für die Kasse ungünstigen Verhältnis zu den von diesen Mitgliedern entrichteten Beiträgen. Die Kasse beantragte deshalb den § 5 ihres Statuts, der die freiwillige Mitgliedschaft betrifft. Es wurde bestimmt, daß die Masseneinstellung der freiwilligen Mitgliedschaft Berechtigten (§ 19 Absatz 3 des Krankenversicherungs-gesetzes) auf Grund ihres nachzuweisenden Gesamteinkommens zu erfolgen hat, jedoch mit der Maßgabe, daß ihnen die Wahl einer höheren als dem Gesamteinkommen entsprechenden Klasse freisteht. Ferner soll nach der neuen Fassung den statutarisch zur freiwilligen Mitgliedschaft Berechtigten (§ 20 Abs. 2 Ziffer 5 des Gesetzes) zwar die Wahl der Mitgliedsbeiträge freisteht, jedoch mit der Einschränkung, daß männliche Erwachsene von der 1. bis 5. Klasse, weibliche Erwachsene von der 1. bis 4. Klasse und jugendliche Arbeiter und Lehrlinge von der 1. und 2. Klasse ausgeschlossen sind. (Die erste Klasse ist die niedrigste Beitragsklasse.)

Der Bezirksausschuß zu Wiesbaden verfasste der Statutenänderung die Genehmigung und blieb auch in der mündlichen Verhandlung dabei. Die neue Fassung sei gesondert. Abgesehen von einigen, hier nicht in Betracht kommenden Ausnahmeregelungen enthält das Gesetz keine weiteren Ausnahmeregelungen bezüglich der Beitragsberechtigten. Daraus folge, daß im übrigen diese (die freiwilligen Mitglieder) nicht anders behandelt werden dürften, als die Pflichtmitglieder. Wie bei diesen, sei ihre Masseneinstellung nach Maßgabe ihres Arbeitsverdienstes vorzunehmen und es könne ihnen die Wahl einer anderen, als der dem Arbeitsverdienst entsprechenden Klasse weder freigestellt noch aufgezwungen werden. Wo ein Arbeitsverdienst nicht vorhanden sei, komme natürlich nur die Zuteilung zur niedrigsten Klasse in Frage.

Auf die vom Kassenvorstand eingeleitete Revision hat der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts am Donnerstag die Entscheidung auf und genehmigte die Statutenänderung der Kasse als gesondert. Begründend wurde ausgeführt: Der Senat sei im Gegensatz zum Bezirksausschuß der Ansicht, daß die Kassen bei denjenigen, die statutarisch zur freiwilligen Mitgliedschaft berechtigt sind, bezüglich der Zuteilung in die Mitgliedsklassen freie Hand haben. — Bei denjenigen, die gesetzlich berechtigt seien, beizutreten, müsse man unterscheiden zwischen denen, die Zwangsmitglieder der Kasse waren und sich nach Aufheben dieses Verhältnisses die freiwillige Mitgliedschaft sichern und den anderen, die vor ihrem freiwilligen Beitritt nicht Zwangsmitglieder waren. Bei ersteren richtete sich die spätere Masseneinstellung nach dem bisherigen Verhältnis, wo sie Zwangsmitglieder waren. Bei den übrigen gesetzlich Berechtigten haben die Kassen aber freie Hand bezüglich der Masseneinstellung. Und es sei auch die Verdrängung des Gesamteinkommens zulässig. Beitragsberechtigte ohne Einkommen können selbstverständlich in die unterste Klasse. — Somit sei die Statutenänderung aufzuheben und die gesonderte Statutenänderung zu genehmigen.

Die Wahlen der Arbeitervertreter für unsere Sozialversicherung.

Unter verhältnismäßiger Stille vollzogen sich gegenwärtig zum dritten Male die Wahlen der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden auf Grund des § 89 des Invalidenversicherungsgesetzes: der Ausschüsse und Vorstände unserer Versicherungsanstalten, der Beisitzer bei den Schiedsgerichten für Arbeiterver-

sicherung, der Vertreter zu den Landesversicherungsämtern, dem Reichsversicherungsamt und den Berufsvereinigungen zur Begünstigung der Unfallverhütungsvorschriften. Die Wichtigkeit der Wahlen für die Arbeiter tritt schon außerlich dadurch in die Erscheinung, daß es sich dabei um circa 7000 Arbeitervertreter für die unteren Verwaltungsbehörden, 350 derartige Vertreter bei den Ausschüssen und 54 bei den Vorständen der Versicherungsanstalten, 4300 Arbeitervertretern bei den Schiedsgerichten, 250 Arbeitervertretern bei dem Reichsversicherungsamt und den Landesversicherungsämtern und 2200 Vertretern zur Begünstigung der Unfallverhütungsvorschriften, also rund 14200 Personen, handelt. Ein ziemlich umfangreicher Apparat!

Die Wahlen der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden, die in der Hauptsache von den Krankenkassenvorständen vorzunehmen sind, finden gleichzeitig die Urwahlen. Für sie bestehen in allen Bundesstaaten Wahlordnungen, die meist die Vorname der Wahl für die Zeit vom 1. Oktober bis 15. November vorsehen. Die Wahlen sind dabei fast überall erlernt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind sie vielfach nicht so günstig für die Arbeiterschaft ausgefallen wie das letztmal. Das liegt in letzter Linie an den ungünstigen Bestimmungen der Wahlordnungen. Diese räumen erstens für jene Berufsarten, die keiner Orts-, Berufs- oder Innungsvereinigungen angehören, den Gemeinheitsmitgliedern das Wahlrecht ein, und zweitens bevorzugen sie in ganz auffälliger Weise die kleinen Betriebs- und Innungsvereinigungen gegenüber den großen Ortsvereinigungen. So haben nach der preussischen Wahlordnung jene Wahlkörper, die nicht mehr als 50 Versicherte besitzen, eine Stimme; bei mehr als 50 haben sie zwei, bei mehr als 100, aber nicht mehr als 200, drei Stimmen. Für je weitere 100 Versicherte kommt eine Stimme hinzu. Im Reichsland Sachsen haben Wahlkörper bis 100 Versicherte eine Stimme, bei 100 bis 500 Versicherten zwei, bei 500 bis 1000 drei, bei 1000 bis 2000 vier Stimmen. Für je weitere 1000 Versicherte kommt eine Stimme mehr dazu. Ähnlich sind die Wahlordnungen in den übrigen Bundesstaaten. Es ist danach möglich, daß eine Anzahl kleiner Betriebs- und Innungsvereinigungen eine große Ortsvereinsklasse mit weit mehr Mitgliedern, als jene Klassen zusammen haben, doch überstimmen kann. Dazu kommt noch, daß die Gemeinheitsmitglieder, da sie ja das Wahlrecht mit besitzen, mitunter selbst Kandidaten vorgeschlagen haben. Mehr als früher sind auch Ueberrumpelungen vorgekommen; so haben z. B. auf Veranlassung der Behörden Versprechungen der Kassenvorstände stattgefunden, bei denen man die Ortsvereinsklassen ausgeschaltet hat um. Im Königreich Sachsen verlegte man die Wahlen auf jene Tage, in denen die Wogen der Landtagswahlbewegung am höchsten gingen. Bei den zukünftigen Wahlen, die voraussichtlich unter anderen gesellschaftlichen Einrichtungen stattfinden, wird die Arbeiterschaft rechtzeitig darauf bedacht sein müssen, solche Beschränkungen ihres Wahlrechts zu verhindern. — Die gewählten Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden haben in der Zeit vom 15. November bis 31. Dezember, nach Bezirken geordnet, zusammenzutreten und die Mitglieder der Ausschüsse der Versicherungsanstalten zu wählen. Die Ausschüsse der Versicherungsanstalten nehmen sodann die Wahlen der Vorstände der Segentämter der Unfallverhütungsvorschriften und der Beisitzer bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung vor. Die Schiedsgerichtsbereisitzer treten dann wieder, nach Bezirken geordnet, zu Wahlversammlungen zusammen und wählen die Arbeitervertreter für das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter. Sämtliche Wahlen erfolgen auf die Dauer von 5 Jahren. — Die organisierte Arbeiterschaft wird gut daran tun, den nachfolgenden Wahlen die größte Aufmerksamkeit zu widmen, um vor Ueberraschungen gesichert zu sein. Unsere Gegner lassen kein Mittel unversucht, und auch auf diesem Gebiete den Wählerfolg und somit den Einfluß auf die in Betracht kommenden Institute und Körperschaften freitrag zu machen.

Es ist selbstverständlich, daß bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung dies komplizierte Wahlverfahren wie bei den früheren Beratungen zu belämpfen ist.

## Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Zuckerpriese.

Für den Monat Oktober standen im Vergleich zum Vorjahre die an vier der wichtigsten Marktorde gezahlten Großhandelspreise für Rohzucker und für Raffinade pro Doppelzentner wie folgt:

	Rohzucker			Raffinade		
	Oktober 1907	1908	1909	1907	1908	1909
Braunschweig	18,17	19,20	21,85	—	—	—
Berlin	19,78	20,69	22,11	41,10	41,87	44,25
Magdeburg	18,23	18,97	21,69	38,17	39,56	42,58
Stettin	18,90	19,95	22,50	39,50	40,50	43,50

Während im ersten Quartal 1909 die Preise ungefähr auf der Höhe des Vorjahres standen, waren sie im zweiten Vierteljahr sogar niedriger als in der Vergleichszeit des Jahres 1908. Im dritten Vierteljahr erfolgte dann der Anstieg infolge der Steigerung der Zuckerpriese im August.

Die Preissteigerung.

Die Buchfabrikanten Mitteldeutschlands beschlossen, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ meldet, einen Aufschlag auf die Preise ihrer Waren zu erheben. Alles „wächst“ ab auf die Konsumenten. Dabei schwaufen die Unternehmerblätter fortgesetzt vom sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse.

Ergebnisse der Fleischschau 1908. In einer besonderen Weise zu den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes werden die vorläufigen Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischschau im Jahre 1908 mitgeteilt. Tauglich befunden wurden in Prozent der Schlachtungen:

	Kinder	Kälber	Schweine	Schafe
1904	96,88	99,29	99,85	99,72
1905	96,18	99,18	99,84	99,71
1906	96,87	99,17	99,84	99,69
1907	96,30	99,18	99,86	99,65
1908	96,29	99,26	99,40	99,67

Der Gesundheitszustand des Kinderkapfels war mittelmäßig im vorigen Jahre, mit Ausnahme von 1906, am schlechtesten, bei Schafen nicht besonders, bei Schweinen gut.

Inserenten-Vereinigung.

Der „Zeitungsvorlag“, das Organ des Vereins der Deutschen (bürgerlichen) Zeitungsvorleger, beschäftigt sich in seiner Nummer vom 26. November mit der Inserenten-Vereinigung, die vor einiger Zeit von Großinserenten gegründet worden ist. Der Verein will die Interessen der Inserenten gegenüber den Zeitungen und Annoncen-Expeditionen vertreten. Er beschäftigt sich in einem streng vertraulichen Zirkular, das der „Zeitungsvorlag“ zu veröffentlichen in der Lage ist, mit den Verhältnissen im Annoncen- und Reklamewesen. Viele Zeitungen geben einzelnen Inserenten Sondervergünstigungen, die anderen nicht gewährt werden, und machen über die Höhe der Aufträge unrichtige Angaben. Die Annoncen-Expeditionen nehmen das Interesse ihrer Auftraggeber nicht in hinreichender Weise wahr, indem sie über die von ihnen vertretenen Zeitungen ungenügende oder unvollständige Auskünfte erteilen. Die Inserenten-Vereinigung will diese Verhältnisse durch den Zusammenstoß der Inserenten, durch Errichtung einer Austauschstelle über die Inserentenorgane und eventuell durch den Boykott unzuverlässiger Zeitungen beseitigen. Auch wird die Errichtung einer eigenen Annoncen-Expedition erwogen. Man darf auf den Verlauf des Kampfes zwischen den kapitalmächtigen Großinserenten und der Organisation der bürgerlichen Zeitungsvorleger gespannt sein. Insbesondere beziehen auf dem Gebiete des Inseratenwesens die größten Missetaten. Doch aber die Inserenten-Vereinigung, die als kapitalistische Organisation

ihre Hauptbestrebungen auf das Herabdrücken der Inserentenpreise richten und verstanden wird, die bürgerliche Presse ganz in ihre Gewalt zu bekommen, diese Missetaten beseitigen wird, ist nicht anzunehmen. Die bürgerliche Pressekorruption ist an ihre Ursache, die kapitalistische Wirtschaftsweise, gebunden, erst mit dieser wird sie verschwinden.

Zerfallsgewinn. Der Unwille gegen die amerikanischen Trustmagnaten, die durch die Verdrängung der notwendigen Lebensbedürfnisse die Existenzmöglichkeit des kleinen Mannes außerordentlich verengert haben, wächst immer mehr. In New York hat sich ein „Volksinstitut“ gebildet, das Untersuchungen über die Zerlegung anstellt. Der Vorsitzende des Instituts erklärte in einer großen Versammlung, nicht Angebot und Nachfrage regeln den Markt, sondern einzig und allein die Willkür der Trustmagnaten. Die Armour-Gesellschaft, die den größten Teil des Fleischbedarfes der Bevölkerung der Vereinigten Staaten kontrolliert, habe im vergangenen Jahre noch Abzug sämtlicher Steuern, Ausgaben und der Zinsen, die sie für ihre laufenden Verbindlichkeiten und ihre Obligationen zu zahlen habe, die horrenden Summe von nahezu 90 Millionen Mark verdient. Dies sei eine Verzinsung von 25 Proz. ihres Aktienkapitals. Eine derartige Verzinsung habe selbstverständlich nur auf Kosten der Kasse des kleinen Mannes erzielt werden können.

Die Wirtschaftslage in der Schweiz.

Die wirtschaftliche Lage in der Schweiz bei Beginn des Winters zeigt kein einheitliches Bild. Die bedeutende Stahlerindustrie der Ostschweiz ist gut beschäftigt, die Uhrenindustrie in der Schweiz dagegen nicht, obwohl eine leichte Besserung gegenüber dem Tiefstand im letzten Winter eingetreten ist. In der Maschinenindustrie besteht zum Teil Betriebsverdrängung; so wird in einer großen Fabrik mit dem freien Sonnabendnachmittag nun auch am Vormittag nicht gearbeitet, so daß der Betrieb am ganzen Sonnabend eingestellt ist. Wie bescheiden die im allgemeinen eingetretenen wirtschaftliche Besserung ist, läßt auch die nur kleine Erhöhung der Holzeinnahmen von 50,83 auf 51,66 Millionen Frank, um 827 707 Fr., in den ersten drei Quartalen 1908 bezw. 1909 erkennen. Die Lage der Arbeiter ist unbefriedigend, namentlich im Hinblick auf die von den Bauern unter der Führung ihres Sekretärs Dr. Bur nach dem schlechten Vorbild des deutschen Bundes der Landwirte fortwährend betriebenen Preissteigerungen, die zuletzt eine Erhöhung des Milchpreises von 22 auf 24 Cts. pro Liter brachte, was eine neue Verringerung der Konsumenten durch die unerfülllichen Agrarier und Lebensmittelwucherer um Millionen von Franken jährlich bedeutet.

Auf dem Arbeitsmarkt kamen im Oktober auf hundert offene Stellen für Männer 128,2 Arbeitssuchende gegen 121,7 im September. Die Winterausichten sind für die Arbeiter in der Schweiz wenig hoffnungsvoll.

Krise und Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Dieser Tage fanden in Wien große Metallarbeiterversammlungen statt, die sich unter anderem mit den Arbeiterentlassungen in der Lokomotivindustrie befaßten. Wie in der von 10 000 Metallarbeitern besuchten Wiener Versammlung, die in und vor dem Rathaus tagte, Reichsratsabgeordneter Genosse Veer mitteilte, hat sich der Arbeiterstand der drei niederösterreichischen Lokomotivfabriken um 1203 Personen vermindert, die Fabriken haben nur mehr auf ganz kurze Zeit Aufträge. Der Abfall des Eisenarfs ist in den ersten 10 Monaten 1909 um 604 708 Meterzentner geringer gewesen als im gleichen Zeitraum 1908. Wenn das so anhält, geht der Eisenarbeitsmarkt bis Jahresende um 7 Proz. zurück. Und dieser Arbeitsmangel bei der fortschreitenden Teuerung! In den L. 1. Tabakfabriken war der Durchschnittslohn 1890: 346,57 Kr., das pro Kopf erzeugte Quantum war 4928 Kr. wert. 1900 waren die Verhältniszahlen zwischen Verdienst und Produktionswert 469,71 und 6810 Kr., 1907 aber 618 und 6560 Kr. Der Lohn betrug 1890 14,41 Proz., 1900 12,74 Proz., 1907 10,74 Proz. des Produktionswertes! Rohrfeilenproduktion: Löhne und Beamtengehälter betragen 84 Heller oder 5,15 Proz. der Beschäftigungskosten und 3,9 Proz. von den Verkaufspreisen. Dabei stieg die Arbeitsintensität ganz kolossal, pro Hektoliter von 4080 Zentner in 1879 auf 89 644 Zentner in 1908. Ganz ähnliche Verhältnisse ergibt die Statistik des Kohlenbergbaues, wo die Löhne in Prozenten des Meterzentnerpreises von 19,85 Proz. in 1902 auf 13,23 Proz. in 1906 gefallen sind, während der Kohlenpreis ganz ungeheuerlich hinaufgetrieben wurde und heute schon fast 2 Kronen pro Meterzentner beträgt! Das Parlament erörtert „nationale“ Fragen, und wenn es arbeiten wird, werden neue Steuern und neue Auflagen bewilligt werden!

## Aus der Frauenbewegung.

„Die häusliche Erziehung“ lautete das Thema des 3. Christenbrottrages, den Genosse Heinrich Schulz am Mittwoch den 24. November, im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt. Alle bürgerlichen Pädagogen — so begann der Referent seine Ausführungen — verherrlichen noch heute die Familie als einen Hauptfaktor der Erziehung. Für frühere Zeiten, so noch für das Zeitalter Pestalottis oder des Hallenser Pädagogen Kiemeier war das sehr viel zutreffender als für die Gegenwart. Will man unter unseren heutigen wirtschaftlichen Umständen noch der häuslichen Erziehung einen hohen Wert beimessen, so zeigt das nur von Unwissenheit oder Selbstbetrug. Denn das häusliche Leben hat sich völlig gewandelt, wie die Familie selbst sich gewandelt hat. Ueberblicken wir noch einmal die gesellschaftliche Entwicklung, so finden wir unter der Herrschaft des unwürdigen Kommunismus weder Einzel- noch Familienleben. Die Erziehung der Kinder, die der Gesellschaft zugehört, war damals in ihrer Zeit eine freie und gute. Mit der Herrschaft der Einseitigkeit tritt darin eine bedeutende Veränderung ein. So in Griechenland, wo die Stellung der Ehefrau und Mutter gesellschaftlich eine sehr untergeordnete war und im alten Rom, wo die Gewalt des Familienvaters, wenigstens unter höherer Achtung der Mutter in der Familie eine fast grenzenlose wurde. Die typische Zeit des starken häuslichen Einflusses in der Erziehung ist die Epoche des Mittelalters mit seiner Vorkerkerschaft des Kleinhandwerks. Durch praktisches Beispiel, von Stufe zu Stufe voranschreitend, erlernten die Kinder im Hause vom Vater das Handwerk, dem auch sie sich dann widmeten, wie der Schwerpunkt des ganzen Lebens damals wirklich im Hause lag. Diese Zustände zu erneuern, ist denn auch noch jetzt das Ideal aller Reaktionen, aber ein unerfüllbares Ideal.

Heute scheidet sich die Gesellschaft in allen Kulturländern in zwei scharf getrennte Klassen: in Reiche und Wohlhabende. Durch die Form, welche die menschliche Produktionsweise angenommen hat, geht der Zusammenhalt der Familie, insbesondere im Proletariat, mehr und mehr verloren. In der an Wohl reich anwachsenden Klasse der gewerblichen und Fabrikarbeiter sieht der außerhalb des Hauses schaffende Vater kaum mehr seine Kinder und recht so ihrem Leben vollständig fern. Aber auch die Mutter ist dem Heim in zahlreichen Fällen entzissen, denn der Kapitalismus zieht auch die Frau in immer steigendem Maße in den Produktionsprozess hinein. Nach einer 1890 aufgenommenen Enquete zählte man bereits gegen 900 000 gewerblich tätige Frauen, zu denen die in der Landwirtschaft beschäftigten hinzuzurechnen wären, daneben die große Zahl von Frauen, deren Erwerbsarbeit durch die Statistik nicht erfassbar ist. Ueberdies finden wir in der Hausindustrie auch heute noch einen bedeutenden Bruchteil gewerblich arbeitender Proletarier im engeren Heim tätig; doch liegen für die Heimarbeit die Bedingungen für die Erziehung der Kinder fast noch ungünstiger. Dazu kommt die Unsicherheit der Existenz in der Proletariatsfamilie — jeden Augenblick kann der Vater arbeitslos werden — und die miserablen Wohnverhältnisse. Die Kinder selbst werden bereits im jungen Alter der Erziehung entzogen, um durch gewerblige Mitarbeit aller Art zu dem kurzen Verdienst der Eltern beizutragen. Nach der Vermögenszählung von 1896 waren allein 200 000 Kinder im Hauptberuf gewerblich tätig, nach einer







**Zirkus Schumann**  
 Dienstag, den 30. November,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Gala-Vorstellung**  
**Debüt** des Amerikaners **Mstr. Niblo**  
 in seinen konversierenden  
 Papageien Cokoo und Laura.  
**Wiederauftreten**  
 des  
**Dir. Alb. Schumann.**  
 Um 9 Uhr Ende 11 Uhr  
 Die große Fecre  
**Die drei Rivalen**  
 oder Das mysteriöse Schloß  
 in der Normandie  
 phantastische Fecre in 5 Akten  
 Am 2. Akt: Aus dem Schloße des  
 Ritters de la Champagne. Am  
 3. Akt: Die Wildschweinsjagd.  
 Feenhafte Schloßapotheose.



**Letzter Tag!**  
**Anne Dancrey.**  
**Bernh. Mörbitz.**  
**Lalla Selbini.**  
**The great Weiland.**  
**Sisters Harvey**  
 und die übrigen Attraktionen!

**Herrnfeld**  
 Theater  
 Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5063.  
**Der größte Herrnfeld-Erfolg!**  
**„So muß man's machen“**

**Herrnfeld**  
 Theater  
 Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5063.  
**Der größte Herrnfeld-Erfolg!**  
**„So muß man's machen“**

**Herrnfeld**  
 Theater  
 Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5063.  
**Der größte Herrnfeld-Erfolg!**  
**„So muß man's machen“**

**Ein Rettungsmittel**  
 Komödie in 1 Akt von Ludwig Quidde.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorverkauf 11-2 Uhr Theaterkasse.

**Passage-Theater.**  
**Abschieds-Vorstellung**  
**Henry Bender**  
 in der tollen Burleske  
**Der süße Doktor.**  
 Ferner: **Claire Waldoff**  
 und das großartige  
**November-Programm!**  
 Morgen Mittwoch, 1. Dezember:  
**Premiere!**  
**Gussy Holl**  
 und die neuen  
**Spezialitäten.**

**Passage-Panoptikum.**  
 Neu: Im Reiche des Königs Aqua.  
 Geheimnisse der Wassertiefe.  
 Plastische Riesendinosaurier.  
 Das lebende Skelett.  
 Das anatom. Rätsel.  
**Die Traumalerin.**  
 A.G.A., die schwed. Jungfrau  
 Tamburitzin-Brigantosa.  
 Panophon-Vorträge.  
 Alles ohne Extra-Entree!

**Hygienische Bedarfsart.**  
 Drogerie Zaremba  
 Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenhofer  
 Tor. Billigste Bezugsquelle!  
 Versuch f. zur dauernden Kundenschaft.

Unserem Genossen  
**Franz Wedemeyer**  
 zu seinem am 27. Nov. 1909 statt-  
 gefundenen 60. Geburtstag senden  
 die besten Glückwünsche  
 die Genossinnen und Genossen  
 des 316. Bezirks. 2680b

**Hygienische**  
 Bedarfsartikel. Neues Katalog  
 m. Empfohl. viel Aerzte u. Prof. grad. u. f.  
 H. Vagur, Gummiwarenfabrik  
 Berlin NW. Friedrichstraße 11/12

**Blumen- und Franzbinderei**  
 von Robert Meyer,  
 nur Mariannen-Straße 2.

# 7 große Versammlungen

für

## Frauen und Mädchen

Männer haben Zutritt

**Dienstag, den 30. November 1909,**  
 abends 8 Uhr,

in den Lokalen:  
**Zühlke, Dammwischstr. 13.**  
**Gewerkschaftshaus, Engelufer 15**  
 (Saal 4).  
**Kellers Festsäle, Inhaber Freyer,**  
 Kopenstr. 29.  
**Obiglio, Schwedter Str. 23/24.**  
**Germania-Festsäle, Chausseestr. 110**  
**Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/48**  
**Hoppe, Rixdorf, Hermannstr. 49.**

**Tagesordnung:**  
 Warum haben die erwerbstätigen Frauen und Mädchen kein Wahlrecht zu den  
 Gewerbe- und Kaufmannsgerichten?

Referentinnen: Genossinnen **Baader, Hoppe, Ihrer, Tietz, Weyl, Wurm** und **Zietz.**  
 Um den Versammlungen ein würdiges Aussehen des Protestes gegen die bestehende  
 Ungerechtigkeit zu geben, ersuchen um recht regen Besuch der Versammlungen

Der Ausschuss der  
 Gewerkschaftskommission.  
**Alwin Kürsten, Engelufer 15.**  
 Zentralvorstand des Verbandes  
 sozialdemokratischer Wahlvereine.  
**Eugen Ernst, Böhlertstr. 9.**

**Leihhaus**  
 Gelegenheitskäufe vorfall. Gold-  
 und Silbersachen, Brillanten etc.  
 Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I  
 Eke Ritterstr.

**Verein für Frauen u. Mädchen**  
 der Arbeiterklasse.  
 Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Neuen  
 Klubhause“, Kommandantenstr. 72; 55/19  
**Die öffentliche (Schul-) Erziehung.** Referent:  
**Heinrich Schulz.**  
 Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Spezialgeschäft f. Uhren**  
 in größter Auswahl,  
 gut gehend, genau reguliert:  
 Royal-Rent-Uhren v. 5 Mk.  
 Silberne Rent-Uhren 7 Mk.  
 Goldene Rent-Uhren 12 Mk.  
 Schlag-Repert.-Uhren 9 Mk.  
 Joh.-Bed.-Uhren v. 2 Mk. an  
 Reelle schriftliche Garantie.  
**E. Möbis,**  
 14 Benth-Strasse 14  
 n. Café Aschinger a Spittelmarkt

**Zentralverband der Lederarbeiter.**  
 Filiale I Berlin.  
 Donnerstag, den 2. Dezember, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokal  
 des Herrn Schmidt, Prinzenallee 33:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl des Vorstandes. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Berichtliches.  
 Zahlreiches, als auch pünktliches Erscheinen erwartet.  
 144/17 Die Ortsverwaltung.

**Möbelgeschäft Gottschalk & Co.**  
 Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dichts an der Potsdamer Straße, 8555L  
 gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen  
**monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in  
 einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger**  
**Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Ueberteuerung ausgeschlossen, da  
**an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung  
 bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung  
 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.  
**Kein Abzahlungs-Geschäft.**

**Schultheiß-Restaurant**  
 altes, gutgehendes Geschäft, wegen  
 Todesfall zu verkaufen.  
 2692b **Wilhelmstr. 24.**

**Neue Armin-Hallen** Kommandantenstraße 58/59  
 (Amt IV, No. 10155).  
 am **Silvester**  
 sowie Sonnabende und Sonntage in diesem und nächstem  
 Jahre noch frei! 2601b

**Kranken-Wäsche**

wirkt bekanntlich stets ansteckend und verbreitet die Krank-  
 heiten mehr als man glaubt. Sie wird aber steril und

**verbreitet nicht Krankheiten**

wenn man sie eine halbe Stunde in nur einprozentiges  
 Automors-Wasser legt und dann wie gewöhnliche  
 Wäsche weiter behandelt. Automors vernichtet Typhus,  
 Diphtheritis, Cholera, Scharlach, Schnupfen- etc. Bazillen.

Flaschen zu 80 Pl., 1,75 M. u. 8 M. in den Apotheken u. Drogerien.

**Dankfagung.**  
 Für die zahlreiche Beteiligung sowie  
 die vielen Kranzpenden bei der  
 Beerdigung meines Sohnes **Hugo**  
**Sprenger** und seiner Braut  
**Lucie Kay** sagen allen Be-  
 teiligten, ferner dem Gefangenverein  
 der Pauer für seinen erbedenden  
 Gehalt, auch den Arbeitskollegen  
 und Kolleginnen meines Sohnes und  
 seiner Braut hiermit im Namen der  
 trauernden Hinterbliebenen unseren  
 tiefgefühltesten Dank. 23642  
**Goilob Sprenger,** Beihenlee,  
 Westluisstr. 92.

**Dankfagung.**  
 Für die Teilnahme sowie Kranz-  
 sende des Zentralverbandes der  
 Zimmerer Deutschlands bei der  
 Beerdigung meines lieben Mannes, des  
 Zimmerers

**Otto Seifert**  
 spreche ich hiermit meinen herzlichsten  
 Dank aus. 2691b  
 Witwe **Ida Seifert.**

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am  
 Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Gelegenheitskäufe!**  
 Vorjährige  
 Herrenanzüge und Paletots  
 aus feinsten Maßstoffen  
 früherer Wert 60 bis 90 Mark  
 jetzt 20 bis 45 Mark.  
 Nie wiederkehrende  
 Kaufgelegenheit!!  
**Cavalier-Club**  
 Unter den Linden 61, II.  
 Sonntags geöffnet!

**Große Firma**  
 vergibt durch Preisabhand **Decken**  
 jeder Art, **Gardinen, Teppiche,**  
**Stores, Portieren, Bilder**  
 und **Uhren.** Ohne Anzahlung bei  
 kleinen Monatsraten.  
 Keine Kaffeezer. Offert. U. W. 100  
 an „Bismarck“ (Spektion, Auguststr. 50).

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
 des  
 6. Berl. Reichstagswahlkreises.  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 24. November verstarb unser  
 Mitglied, der Satirer  
**Franz Otto**  
 Wolliner Str. 38.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Dienstag, den 30. November,  
 mittags 1 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des städtischen Friedhofes  
 in Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 232/20 **Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungskasse Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Bildner  
**Franz Otto**  
 gestorben ist. 129/10  
 Die Beerdigung findet heute  
 Dienstag, den 30. November, nach-  
 mittags 1 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Bartholomäus-Kirchhofes  
 in Weihenfeld, Halberger Weg,  
 aus statt.  
 Ferner stand unser Mitglied, der  
 Schlosser  
**Otto Kellermann.**  
 Die Beerdigung findet heute  
 Dienstag, den 30. November, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Bartholomäus-Kirchhofes  
 in Weihenfeld, Halberger Weg,  
 aus statt.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Rege Beteiligung erwartet.  
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Verband.**  
 Ortsverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Hilfs-  
 arbeiter  
**August Hausdorf**  
 am Sonnabend, den 27. d. M.,  
 im Alter von 24 Jahren an Ge-  
 birnenverwundung gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag, den 30. d. M., nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Moabit Krankenhaus  
 aus nach dem Gellert-Kirchhof,  
 Seestraße, statt.  
 71/13 **Die Verwaltung.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse**  
 der deutschen Wagenbauer.  
 Berlin 6.  
 Am Sonnabend, den 27. No-  
 vember, verstarb plötzlich unser  
 Mitglied  
**Eduard Kopiske.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag, den 30. November,  
 nachmittags 3 Uhr, auf dem  
 städtischen Friedhof, Müllerstraße  
 66e Seestraße statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet  
 256/1 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokrat. Kreiswahlverein**  
**Nieder-Barnim.**  
 Bezirk Weissensee.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Tapezierer  
**Otto Rehfeldt**  
 verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Dienstag, den 30. November,  
 nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
 des Gemeindefriedhofes Weihen-  
 feld, Röldestraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 18/6 **Der Vorstand.**

**Orts-Krankenkasse**  
 der  
**Steindruckerei u. Lithographen.**

Am **Mittwoch, 8. Dezember,**  
 abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshause,  
 Engel-ufer 15, im  
 großen Saale, die  
**II. Orientliche**  
**General-Versammlung**  
 pro 1909 statt.  
 Sämtliche Herren Vertreter der  
 Arbeitgeber und der Kassemittglieder  
 werden hierzu ergebenst eingeladen.  
**Tagesordnung:**  
 1. Wahl des Ausschusses für die  
 Prüfung der Jahresrechnung.  
 2. a) Neuwahl zum Vorstande, sechs  
 Personen aus der Zahl der Vertreter der  
 Verleiher (§ 35 des Statuts); b) Neu-  
 wahl zum Vorstande, drei Personen  
 aus der Zahl der Vertreter der Ar-  
 beitgeber (§ 38 des Statuts); c) Neu-  
 wahl von drei Vorstandsmitgliedern  
 (auf Grund des § 49 des Statuts).  
 3. Antrag des Vorstandes auf Ab-  
 änderung der §§ 11, 12, 15 und 30  
 des Statuts. 2685b  
 4. Verschiedenes.  
 Berlin, 29. November 1909.  
**Der Vorstand.**  
**J. H.: M. Stuhlmann,** Vorsitzender.

**Ohne** **Teppiche, Gar-**  
**Anzahlung** **dinen, Portieren,**  
**Bilder, Spiegel,**  
**Uhren**  
 Auf Teilzahlung.  
**L. Matzner, Auguststr. 50.**  
 Nur Karton erbot.

**Sozialdemokrat. Kreiswahlverein**  
**Nieder-Barnim.**  
 Bezirk Weissensee.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Tapezierer  
**Otto Rehfeldt**  
 verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Dienstag, den 30. November,  
 nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
 des Gemeindefriedhofes Weihen-  
 feld, Röldestraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 18/6 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokrat. Kreiswahlverein**  
**Nieder-Barnim.**  
 Bezirk Weissensee.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied, der Tapezierer  
**Otto Rehfeldt**  
 verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Dienstag, den 30. November,  
 nachmittags 3 Uhr, von der Halle  
 des Gemeindefriedhofes Weihen-  
 feld, Röldestraße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 18/6 **Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
 Für die rege Teilnahme bei der  
 Beerdigung meines lieben Mannes,  
 unseres guten Vaters und meines lieben  
 Sohnes sagen wir allen, insbesondere  
 dem Führer Herrn Röldecke, den Kollegen  
 des Friedhofes, dem Pfarrerverein  
 „Friedrichs“, dem sozialdemokratischen  
 Arbeiterverein Rixdorf sowie dem Herrn  
 Baldes Kanakke für die trostreichen  
 Worte unseren herzlichsten Dank.  
**Berta Röldecke nebst Kindern.**  
**Minna Röldecke als Mutter.**

**Dankfagung.**  
 Für die uns bewiesene Teilnahme  
 bei dem Begräbnis meines lieben  
 Mannes, unseres guten Vaters, sagen  
 wir hiermit den Kollegen des  
 Deutschen Holzarbeiterverbandes, den  
 Kollegen der Firma G. Wehstein, den  
 Mitgliedern der Firma Weis u. Co.,  
 sowie allen Verwandten, Freunden  
 und Bekannten unseren herzlichsten  
 Dank. 26845  
**Anna Arndt nebst Kindern.**



Die Abgeordnetenwahlen im V., VI. VII. und XII. Landtagswahlbezirke

finden am heutigen Dienstag, den 30. November, in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr statt und zwar in folgenden Lokalen:

- V. Wahlbezirk im großen Saale der Ruhsschen Festhalle, Manteuffelstr. 95, Hof parterre,
VI. „ im großen Saale der Andreas-Festhalle, Andreasstr. 21, parterre,
VII. „ im großen Saale der Brauerei Pagenhofer, Landsberger Allee 24/26, part.,
XII. „ im großen Saale des Brauerei-Ausschanks Pagenhofer, Turmstr. 25/26.

Die Wahlhandlung wird pünktlich um 7 Uhr nachmittags geschlossen, und dürfen nach dieser Zeit Wahlmänner, die ihr Stimmrecht noch nicht ausgeübt haben, zur Abstimmung nicht mehr zugelassen werden, auch dann nicht, wenn sie vor Verkündung des Schlusses der Wahl schon im Wahllokale anwesend waren.

An die Wahlmänner unserer Partei ergeht die Aufforderung, am heutigen Dienstag während der festgesetzten Zeit von 9 bis 7 Uhr ihren Auftrag auszuführen und ihre Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abzugeben.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Kaulsdorf a. Ostbahn veranstaltet am 4. Dezember cr. der dortige Schwimmklub „Welle“ mit dem Vergnügungsverein „Rordost“ in Berlin in „Hamanns Gesellschaftshaus“, Kaulsdorf, Frankfurter Chaussee einen gemeinsamen „Theaterabend“ mit Tanz. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß der Inhaber obigen Lokals uns erst vor kurzem seine Räume entzogen hat. Es steht uns jetzt in Kaulsdorf kein einziger Saal zu Versammlungszwecken zur Verfügung. Wir ersuchen daher alle dortigen Veranstaltungen streng zu meiden und etwa angebotene Billetts entschieden zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 58/59: Versammlung mit anschließendem geselligen Beisammensein. Eintritt inkl. Garderobe und Tanz 20 Pf.

In der Ukraine ist anlässlich der am Sonntag, den 28. November, veranstalteten Vorstellung ein Armband gefunden worden. Abzuholen bei Sitmer, Zeitnerstr. 11.

Rixdorf. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet in Poppes Festhallen, Hermannstr. 49, die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent Genosse Dr. Silberstein. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Bibliothek des Wahlvereins wird nach Fuldastr. 55-56 verlegt. Dieselbe bleibt daher am Donnerstag, den 2. Dezember geschlossen. Wiedereröffnung Freitag, den 3. Dezember. Die Ausgabe der Wähler erfolgt täglich von 7-10 Uhr abends. Außerdem findet Mittwoch und Sonnabend in der Zeit von 4-7 Uhr die Ausgabe der Jugendchriften statt.

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr findet die Wahlvereinsversammlung in den Neuen Rathhausgassen, Reiningers Straße 8 statt. Tagesordnung: 1. Der Aufmarsch der Sozialdemokratie. Referent Genosse H. Ritter. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes.

Mitwoch, den 1. Dezember, abends 8 Uhr findet in den Neuen Rathhausgassen, Reiningers Straße 8 der erste Abend des Lichtbilderzyklus: Die Entwicklung des Menschen statt. Der Lichtbilderzyklus besteht aus sechs Vorträgen. Der Eintrittspreis beträgt für die gesamten Vorträge 60 Pfennige.

Charlottenburg. Wir machen auf heute abend 8 1/2 Uhr stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Auf der Tagesordnung steht „Der preussische Parteitag“ und wichtige Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Halensee. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die monatliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Gesellschaftshaus“, Wilhelmstraße 112, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Herzfeld über: „Die Steuerlast des deutschen Volkes und die auswärtige Politik“. 2. Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Steglitz. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Schellhose, Ahornstraße 15a. Tagesordnung: 1. Religion und Naturezerkenntnis. Referent Genosse Albus. 2. Diskussion. 3. Anträge zum preussischen Parteitag. 4. Wahl der Delegierten zur Vorstandssitzung und Generalversammlung des Kreises. 5. Sonstige Angelegenheiten. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute, 8 1/2 Uhr abends findet im Lokal von Paul Schwarz, Mühlendammstr. 25/26 die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Preuentag. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Bohagen-Rummelsburg. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Saale des Café Bellevue die Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Reichstagsabgeordneter Etzolden wird über unsere politische Lage referieren. 2. Stellungnahme zum Preuentag. 3. Verkündung des Berliner Landtagswahlergebnisses. 4. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Treptow-Baumgartenweg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Treptow in der Nordbahn eine Mitgliederversammlung bei der Ortsteile mit nachstehender Tagesordnung statt: 1. Stellungnahme zum Preuentag, Anträge dazu. 2. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung, Anträge zu derselben (Antrag zur Trennung des Wahlvereins). Wahl der Delegierten. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Ober-Schönweide. Heute Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus eine Verkündung von Handzetteln sowie Flugchriften statt. Der Vorstand.

Pankow. Am kommenden Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr findet im „Gesellschaftshaus“ von Rozdy, Kreuzstraße 3/4, eine große öffentliche Frauen-Versammlung statt, in der Genossin Frau Luise Hiez über „Die Wirkung der neuen Steuern für die Hausfrau“ sprechen wird. Genossinnen und Genossen, sorgt dafür, daß diese Versammlung sich durch Massenbesuch zu einer wichtigen Demonstration gegen den Steuerraub des Schnapsbros gestaltet. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet bereits am Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Wuschinsky, Kaiser-Wilhelm-Straße, statt. Tagesordnung: 1. Vereinsfachen. 2. Bericht über die Kreisgeneralversammlung. 3. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Berliner Nachrichten.

Bauernfängerei am Schlesiſchen Bahnhof.

Durch Zuschriften aus unserem Leserkreise werden wir auf Vorgänge im Wartesaal 4. Klasse auf dem Schlesiſchen Bahnhof hingewiesen, die dringend einer Remedur bedürften. Wir haben uns nun von den dortigen Zuständen überzeugt und fanden die Angaben vollinhaltlich bestätigt. Gegen Abend ist der kahle, düstere Raum von Duzenden armer Familien aus den östlichen Provinzen angefüllt. Der kahle Schein einiger Gaslampen erleuchtet nur spärlich die weite Halle. Den Eintretenden empfängt eine dicke, verdorbene Luft und fremde, verworrene Laute umschwirren sein Ohr. Den Fußboden bedeckt eine dicke Schicht Strohenseltes, außerdem zieren ihn Stullenpapier, Obstreste, Zigarrenstummel usw. Zwischen, hinter und auf Bergen von Truhen, Kisten, Koffern und Bündeln haben sich Familien gruppiert. Auch die wenigen Bänke sind besetzt. In den Gängen stehen Männer und Burſchen und rauchen aus kläbigen Pfeifen einen Tabak, der nicht gerade das beste Aroma verbreitet. Dazwischen krabbeln Kinder in jedem Alter umher, suchen nach Nistern und umgesehen. Manche der Kleinen sind auf Bündel schmutziger Wäsche und Kleidungsstücke gebettet und wiegen sich im sorglosen Schlaf der Kindheit. Hier säugt eine Mutter, auf einer Truhe kauend, ihr Kleinstes, nicht weit davon läßt ein Vater seinen Zwei- oder Dreijährigen einen Schuß Fusel aus der Pulle trinken. Der Knirps scheint daran schon gewöhnt zu sein, denn er verzehrt keine Miene dabei. Da öffnet eine Frau einen Kasten und holt ein kleines Brot heraus, das sie sorgsam wägend in sechs Teile schneidet. Sie selbst verzichtet auf jeden Biſſen. Eine Gruppe junger Mädchen nicken sich mit einem hochgewachsenen Burſchen — sie haben das herzerweichende Lachen in der grauen Monotonie noch nicht verlernt. Die meisten der Anwesenden stieren jedoch teilnahmslos vor sich hin. Einzelne sind vom langen Warten ermüdet und nicken hin und wieder im Halbschlummer. Dort malt eine Frau in mittleren Jahren mit ungelackter Hand kalligraphische Buchstaben auf eine Postkarte, während eine andere, die ein blinkendes Kreuzchen auf der Brust trägt, aus einem dicken Gebetbuch Trost und Hoffnung schöpft. Eine Gruppe hat sich um eine Frau gebildet, die allerhand Kleinramm verkauft, und ein angetrunkenen Mann in hohen Schaffstiefeln sucht vergebens, ein altes Messer für einen Groschen anzubringen. „Gefuggert“ wird hier überhaupt viel. Was das schlimmste ist, ist die Bauernfängerei, die hier in hohem Maße im Schwange ist. Die armen durchreisenden Polen bieten in ihrer trostlosen Unwissenheit und Hilflosigkeit ein sehr geeignetes Objekt für jenes Geſicht, das selbst aus der Not und Armut seiner Mitmenschen Kapital zu schlagen weiß. Wie uns berichtet wurde, sind hier Diebstähle, Repperereien usw. an der Tagesordnung. Es soll kein Tag vergehen, wo nicht dem einen oder anderen dieser Aermsten seine Barschaft und sonstigen Wertgegenstände durch irgendeinen Trid abgenommen werden. Eine große Anzahl dieser Hyänen lüchelt den Tag über in dem Raume umher, um eine günstige Gelegenheit zu einem lähnen Griff abzupassen. Wir selbst konnten beobachten, wie solche Burſchen im jovialsten Ton und in der Mutterprache der Reisenden sich diesen als „Landleute“ vorstellten und sich recht schnell anbiederter. Da die „Landleute“ mit allen Verhältnissen vertraut sind, so fällt es ihnen in der Regel nicht allzu schwer, das naive Landvolk zu überlisteln. Und Vater Staat arbeitet diesen Tagedieben ja in die Hände, indem er ganze Volksschichten in Unwissenheit und Finsternis aufwachsen läßt, zur Freude unserer Agrarier und Unternehmer, die dieses Menschenmaterial wohl zu schätzen und — auszubilden wissen. Wenn aber unsere liebe Polizei, statt die Arbeiterjugend in ihrem Bildungsstreben zu behindern und sozialdemokratische Wahlvereine zu bespödeln, ein paar polnisch sprechende Beamte nach dem Wartesaal 4. Klasse am Schlesiſchen Bahnhof senden würde, um die armen Durchreisenden vor Gaunereien zu bewahren, so würde sie sich ein Verdienst erwerben.

Uebrigens eine Frage an die Eisenbahnverwaltung: Wie oft löst die Verwaltung diese Räume reinigend?

„Wahlterroridmus“ wurde dem „Christlichsozialen“ Agitator Grabeur Kluge nachgesagt in einer von der Demokratischen Vereinigung einberufenen Versammlung, an der er selber als Gast teilnahm. Bei den Stadtverordnetenwahlen dritter Abteilung habe er im 2. Wahlbezirk am Tage der Hauptwahl (3. November) im Wahllokale Behrenstraße einem Wähler, der nicht so gewählt hatte, wie Kluge es wünschte, in Aussicht gestellt, es werde nun nichts mehr bei ihm gekauft werden. Zwei in der Versammlung anwesende Personen, die angeblich Ohrenzeugen gewesen zu sein, wiederholten das dem Herrn Kl. ins Gesicht hinein. Diese Beschuldigung wurde dann auch von uns („Vorwärts“ Nr. 275) wiedergegeben, damit sie zur Kenntnis einer größeren Öffentlichkeit gelangte und so vielleicht Aufklärung herbeiführt würde. In der Versammlung hatte Kl. zunächst versichert, von der ganzen Geschichte nichts zu wissen, schließlich aber erzählte er, es handle sich um den Künstler Schönfelder von der Dreifaltigkeitskirche, dem er seine Bewunderung darüber ausgedrückt habe, daß er nicht für den Kandidaten der Konservativen gestimmt hatte. Wir haben nun bisher nicht bemerkt, daß jener Angelegenheit noch von einem anderen Blatt irgendwelche Beachtung geschenkt worden wäre. Wie kommt sie sonst so tapfer schmälen, die alle ehrliche „Freisinnige Zeitung“, wie tapfer mit ihr die biederere „Deutsche Tageszeitung“ und all das übrige Zeitungsgeschwister freisinniger und konservativer Couleur, wenn sie der Sozialdemokratie „Wahlterroridmus“ vorwerfen zu können meinen. Am Ende genügt diesen sonst so rasch sich sittlich entrüstenden „Antiterroristen“ die von Herrn Kluge gegebene wunderliche Erklärung, daß er dem Künstler, als der sich entschuldigte, es nütze ja doch nichts, geantwortet habe, dann lohn es sich wohl nicht mehr, zu ihm in die Kirche zu gehen. Wie in der Versammlung die beiden, die sich als Ohrenzeugen bezeichneten, dabei blieben, in dem von ihnen mitangehörten Gespräch sei vom Kaufen die Rede gewesen, so versichert und jetzt eine dritte Person, gleichfalls als Ohrenzeuge gehört zu haben, daß Kl. dem Wähler auf dem Flur ankündigte, es werde nun nichts mehr bei ihm gekauft werden. Wer nicht annehmen will, daß den Herrn Kl. sein Gedächtnis täuscht, der wird vermuten müssen, daß hier drei Personen übereinstimmend sich verhört haben. Zu der betreffenden Zeit standen auf dem Flur acht Zettelverteiler der vier an der Hauptwahl beteiligten Parteien. Wer von ihnen, der noch das Gespräch zwischen Kl. und dem weggehenden Wähler mitangehört hat, könnte uns näheres mitteilen? Und kann uns jemand sagen, wann Künstler Schönfelder gewählt hat?

Da wir gerade vom Wahlterroridmus bürgerlicher Parteien reden, möchten wir hier noch auf eine andere in dieses

Kapitel gehörende Affäre zurückkommen, über die wir schon vor vier Wochen („Vorwärts“ Nr. 256) berichteten. Bei der Landtagswahl in Berlin XII (Moabit) hatte am Tage der Urwahlen die freisinnige Partei im Bezirk 1258, zu dem das Krankenhaus Moabit gehört, die Wahlkontrolle durch einen Krankenhausaussagestellten, den Kassierer Brauer, ausführen lassen. Auch über diese Ungehörigkeit, die geeignet war, manchen der anderen Angestellten des Krankenhauses einzuschüchtern, so daß er vielleicht sich der Wahl enthielt oder gar gegen seine Ueberzeugung wählte, hat die bürgerliche Presse sich völlig ausgeschwiegen. Jetzt hören wir, daß aus den kontrollierenden Aufzeichnungen über die Stimmabgabe im Bezirk 1258 dem Verwaltungsdirektor des Krankenhauses ein Auszug zugestellt worden sei, der ihn informiert, wie sein in der Anstalt wohnendes Personal gestimmt hat. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen müssen wir annehmen, daß der Herr Verwaltungsdirektor Vorhart schon am Tage der Wahl sich sehr dafür interessiert hat, ob und eventuell für wen die unteren Angestellten ihre Stimme abgaben. Wer hat es verschuldet, daß im Bezirk des Krankenhauses Moabit die für die freisinnige Partei gemachten Aufzeichnungen über die Stimmabgabe des Personals dem Verwaltungsdirektor in die Hände kamen? Bis zur Klärung wird die freisinnige Partei es sich gefallen lassen müssen, daß auf ihr der Verdacht haftet, Wähler ihrem Arbeitgeber angezeigt zu haben. Auch der Magistrat sollte es für seine Pflicht halten, Aufklärung zu schaffen. Oder wird man im Magistratskollegium ebenso wie in der Freisinnigepresse meinen, das sei — kein „Wahlterroridmus“?

Rugdand Kachsch.

Der Stadtverordnete Dr. Rugdand ist durch die Koffierung seiner ungültigen Wahl auch durch das Oberverwaltungsgericht nicht mehr in der Lage, als Stadtverordneter zu fungieren. Seine Parteifreunde und er selbst haben das Gefühl, daß er bei der erforderlichen Nachwahl gegen den sozialfortschrittlichen Gegenkandidaten mit Eleganz durchfallen würde. Sie wollen deshalb den Geheimen Sanitätsrat Dr. Herzberg an seiner Stelle als Kandidaten aufstellen. Von sozialfortschrittlicher Seite ist der als Bakteriologe bekannte Geheimne Medizinalrat Professor Dr. Wolff als Kandidat nominiert.

Zwei Motoromnibuslinien der Großen Berliner Motoromnibus-Gesellschaft gehen am 1. Dezember ein. Die Direktion der genannten Gesellschaft teilt hierzu mit: Mit Rücksicht auf die schlechten Ergebnisse, die der Betrieb der Motoromnibuslinien A (Gartenfeld-Steinliner Bahnhof) und B (Kreuzberg-Kenninplatz) dauernd zeitigt, und weil auch für die Folge eine Besserung in den Einnahmen infolge der ungünstigen Linienführung ausgeschlossen ist, sieht sich die Verwaltung der Großen Berliner Motoromnibus-Gesellschaft genötigt, den Betrieb auf diesen Linien mit dem 1. Dezember d. J. einzustellen. Dagegen soll der Ausflugsverkehr während der günstigen Jahreszeit in ausgedehnterem Maße fortgesetzt werden.

Eine scharfe Kontrolle über die nach Berlin und den Vororten von außerhalb eingeführten Weihnachtsbäume sowie über die auswärtigen Händler über die Polizeireviere aus. Die Direktion für die direkten Steuern hat sich an die Polizei gewandt mit dem Ersuchen, den auswärtigen Händlern (mit Weihnachtsbäumen) den Handel erst dann zu gestatten, wenn sie im Besitze eines Gewerbescheines sind. Die Ausfertigung eines solchen Scheines kann hier beantragt werden. Händler aus Berlin und den Vororten müssen im Besitze eines Ausweises sein, also einer Steueranmeldebekräftigung oder einer Gewerbesteuerquittung. Bei auswärtigen Händlern genügt eventuell eine Bescheinigung ihrer Gemeindebehörde.

Wie die Wahl des Hotelbesizers Leis gemacht wurde, zeigt ein Zirkular, das Herr Stadtverordneter Feuerstein an Gastwirtsinhaber verhandelt, und das uns nachträglich zugeht. In diesem Zirkular schreibt Herr Feuerstein über Herrn Leis:

Herr Robert Leis steht als langjähriger Hotelbesitzer und infolge seiner vielfältigen Beziehungen zum Gastwirtsstande unserem Verufe sehr nahe. Er kennt die gedrückt Lage desselben aus eigener Anschauung und hat ein warmes Herz für die Gastwirte. Mein Freund Leis ist in der Stadtverordnetenversammlung Seite an Seite mit mir stets für den Gastwirtsstand eingetreten.

Falls dagegen die politischen Freunde des Herrn v. Gerlach mit ihren ungemessenen Forderungen an den Stadtsäckel die Oberhand gewinnen sollten, so sind neue städtische Steuern die unausbleibliche Folge. Einkommensteuer, Betriebssteuer, Gewerbesteuer müßten erhöht werden. Die Gastwirte aber wissen am besten, daß sie, die eben erst durch die neuen Reichsteuern auf das härteste getroffen worden sind, wieder in erster Linie bluten müßten.

Es handelt sich hier lediglich um einen Kampf zwischen bürgerlichen Parteien; die Sozialdemokratie kommt diesmal nicht in Betracht.

Ich bitte Sie deshalb dringend, in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse, für meinen Freund Leis zu stimmen und möglichst frühzeitig zur Wahl zu kommen.

Gohaftungsvoll  
Feuerstein, Stadtverordneter,  
früher langjähriger Vorsitzender des Vereins Berliner Gastwirte,  
S., Alte Jakobstr. 75.

Sonst reden unsere Freisinnigen immer stolz davon, daß sie das Wohl der gesamten Bürgerſchaft vertreten wollen. Rühmlich ist diese Redensart eine unsinnige, da die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsklassen sehr verschiedene sind. In dem Stichwahlkampfe zwischen Leis und v. Gerlach war Herr Leis Allertumskandidat. Das obige Schreiben des Herrn Feuerstein liefert einen Beitrag hierfür.

Die Arbeitslosen bei der Arbeit. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ will plötzlich entdeckt haben, daß sein Herz auch für die Arbeitslosen schlägt. Er gibt einer Zuschrift Raum, in der gesagt wird, daß die Nachwehen, welche die Arbeitswilligen (!) durch Erläuterung oder dergleichen von der vorübergehenden Beschäftigung des Schneeflegens haben, die Vorteile des vorübergehenden Verdienstes überwiegen. Man müsse nur beobachten, wie das Schmutzwerk dieser Armen beschaffen ist, dünn und gerissen, und damit haben sie dann Stundenlang in dem alles durchdringenden gefährlichen Schneewasser zu stehen. Sollte sich da nicht ein Wohltäter finden, der, um diesen Arbeitsfindigen und Arbeitswilligen zu helfen, der Stadt mal einen großen Posten Holzschuhe stiftet, die dann bei der Ausgabe des Handwerkszeuges den Leuten mit ausgehändigt und abends wieder abgehoben werden?

Dieser nur kleine Auszug aus den Winterleiden der Arbeitslosen paßt vortrefflich zu dem modernen Toilettenzug, den der „Lokal-Anzeiger“ bis auf die Strampfbänder seinen Lesern zu servieren gewohnt ist. Was oft eine einzige solche Toilette kostet, davon könnten nicht bloß Tausende von Holzschuhen mit Stroheinklebe bedacht, sondern auch Tausende von Arbeitslosen gefügigt werden. Den Schneeböden wird es natürlich nicht einfallen, gegen diesen unerhörten Luxus, der auf Kosten der Armut geht, ein einziges strafendes Wort zu sagen. Das könnte ja keine Lesern, zu denen gerade die arbeitseindlichsten Klassen gehören, vor den Kopf stoßen. Nicht mit ge-



prompten Holzschuhen ist den Arbeitlosen im Schnee geholfen, sondern mit anständig bezahlter, dauernder Arbeit.

Sparfameitsfanatismus bei der Eisenbahn. Mit der Bitte um Verbilligung geht um folgendes Schreiben zu: Am vergangenen Sonnabend bemalte ich in einem Coups 4. Klasse den Personenzug, der früh um 7.47 von Wörlitz nach Berlin fährt. In Wörlitz war das Coups schon angenehm durchgewärmt. Nach etwa einständiger Fahrt — der Zug hatte Weichwasser verlassen — bemerkte ich, daß es im Coups außerordentlich kühl wurde. Ich sah an das Heizungsröhr, es war kalt. In Spremberg machte ich den Schaffner auf diese Tatsache aufmerksam und der Mann brummelte etwas von „schon wärmer werden“. Es wurde aber im Gegenteil immer kälter in dem Coups und als der Zug in Rottbus einlief, herrschte in dem Raum eine geradezu eifige Temperatur. Eine nochmalige Beschwerde beim Schaffner war, wie ich bald bemerken konnte, wieder ohne Erfolg. In Weiskau bemerkte ich, daß Schaffnerwechsel eingetreten war und ich forderte nun den neuen Schaffner energisch auf, für Abhilfe zu sorgen. Ich erhielt zur Antwort, daß es gleich wärmer werde. Aber erst nach weiterer Fahrt von 20 Minuten konnte ich mich überzeugen, daß jetzt erst das Ventil aufgedreht wurde und der Dampf in die Röhre zuströmte. Nachdem ich so gezwungen worden war, zwei Stunden lang in einem völlig ungeheizten Coups zuzubringen, hatte ich das Vergnügen, die letzte Stunde bis Berlin warm zu sitzen. Wenn ich aber geglaubt hätte, diesen Effekt durch meinen Protest erreicht zu haben, so kannte ich die preussische Bahndirektion schlecht. Nachträglich nämlich fiel mir ein, daß von Weichwasser bis Lübben nur sehr wenig Leute im Coups waren, mitunter nur zwei. Von Lübben ab fiel die Zahl der Wagen zusehends mit nach Berlin strebenden Reisenden. Es war also klar, daß in den Zonen, die weniger Verkehr aufweisen, mit Wärme gespart wird, für den Reisenden in dieser Jahreszeit eine geradezu brutale Methode.

Eine Liebesstragale spielte sich am Sonntag früh in einem Hotel in der Invalidenstraße ab. Der 25 Jahre alte Nachtförster Gustav Gerull, der bei seiner Schwester in der Kastanienallee 89 wohnt, hat seit sechs Monaten ein Verhältnis mit der 19 Jahre alten Tochter Gerull des Tischlermeisters Dittmer aus der Dinnstraße 24, die in einer Schürzenfabrik in der Brunnenstraße arbeitet. Die Eltern des Mädchens waren gegen eine Verbindung. Die D. wollte aber von ihrem Geliebten nicht lassen und lieber mit ihm sterben als ihn aufgeben. Sonnabend abend fuhren die Verliebten um 9 Uhr in der Invalidenstraße als Ehepaar Gurelle ein. Sonntag früh um 8 Uhr wurde der Hausdiener durch schweres Röcheln auf ihr Zimmer aufmerksam, öffnete und fand beide bewusstlos auf dem Sofa liegen. Sie hatten sich mit Cyanid vergiftet und wurden in bedenklichem Zustande nach der Charité gebracht. Dort ist G. der Wirkung des Giftes erlegen.

Nicht Tage tot in seiner Wohnung geblieben hat der 56 Jahre alte Maschinenwärter Julius Schade in der Gartenstr. 60. Der Mann litt an Schwermut, seitdem ihm vor einem Jahre seine Frau nach 23 jähriger Ehe gestorben war. Wiederholt äußerte er, daß er auch gern dort sein möchte, wo sich seine Frau befindet. Es kam nun noch hinzu, daß er seit einiger Zeit keine Stellung mehr hatte. Vergeblich suchte er auch außerhalb Berlins neue Beschäftigung. Seit acht Tagen hatte man ihn nicht mehr gesehen. Gestern wollte sein Schwager ihn besuchen, fand aber keinen Einlaß. Er stieg nun von dem gemeinsamen Balkon des Hünemanns ein, nachdem er eine Scherbe zertrümmert hatte und fand ihn an der Kammertür hängen. Ein Arzt stellte fest, daß er schon acht Tage tot war.

Befremden erregte es gestern unter Kraftwagenführern, die auf dem Hofe des Eplanade-Hotels auf Fahrgäste warteten, daß ein Schutzmann erlähmt und Namen und Adresse eines Chauffeurs notierte, um ihn zur Anzeige zu bringen. Der Schutzmann steht auf dem Standpunkt, daß das Halten von Kraftwagen auf dem Hofe des Eplanade-Hotels unzulässig ist, weil dadurch die Wagen dem öffentlichen Verkehr entzogen würden. Nun besteht aber seit einem Jahre der Zustand, daß nach einer Vereinbarung der Bediengesellschaft mit der Direktion des Eplanade-Hotels Bediengewagen auf den Hof des Hotels fahren und dort Fahrgäste aufnehmen. Ob und inwieweit die Hotelverwaltung hierzu eine polizeiliche Zustimmung eingeholt hat, entzieht sich der Kenntnis der Kraftwagenführer; jedenfalls ist ihnen seit einem Jahr von keinem Polizeibeamten eine Vorhaltung gemacht worden, obwohl der Polizei diese Einrichtung nicht unbekannt geblieben ist.

Es entbehrt nicht eines besonderen Interesses, daß an der Bediengesellschaft und an dem Eplanade-Hotel ein und dieselbe Bankfirma beteiligt ist.

Feuerwehrbericht. Am Sonntag nachmittag um 4 Uhr kam in der südlichen Gemeindefabrik in der Dunderstr. 65/66 Feuer aus, das den Fußboden, die Balkenlage mit dem Zwischengebälk ergriff. Der 8. Zug aus der Oberberger Straße löschte die Flamme. Schwermüdigkeit wurde der 13. Zug nach der Luisenstr. 66 nachts um 2 Uhr gerufen. Der Täter ist unerkannt entkommen. Dedon, Stoffe, Polstermaterialien, Fußböden, Türen usw. wurden in der Kleinen Frankfurter Straße 5 ein Raub der Flamme, die in einer Tapetierwerkstatt im Keller des Hauses ausgebrochen waren. In der Wiltonstr. 61 brannten Fußböden mit Balken und im dritten Stock des zweiten Quergebäudes in der Christburger Straße 5 Betten, Kleider und Möbel. Ferner liefen Alarme aus der Paulstr. 12, Sportstr. 18, Vornholmer Straße 2, Unter den Linden und anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Zu den Entlassungen in der Charlottenburger Parkverwaltung wird uns noch folgendes berichtet: Dem im letzten Jahre gewählten Arbeiterausschuß war auf eine Eingabe an die Verwaltung zugesichert worden, daß, wenn im Winter wegen Arbeitsmangel Hilfsarbeiter entlassen werden müßten, zuerst nur jüngere unverheiratete Arbeiter resp. Hilfsarbeiter entlassen werden sollten. Demungeachtet wurden am Freitag, den 19. November, fast alle nicht festangestellten Arbeiter und Hilfsarbeiter, verheiratete und unverheiratete, auf Veranstaltung des Herrn Inspektors Rehler plötzlich entlassen, nur zwei unverheiratete Ausländer, Schweden, waren nicht entlassen worden. Deshalb wurde der Arbeiterausschuß bei dem Deputierten Herrn Stadtrat Stendel am Sonntag, 21. November, vorstellig. Derselbe erinnerte ihn an die oben wiedergegebene Zusicherung. Das gab der Herr Stadtrat auch zu und versprach, da ihm versichert wurde, daß noch genug Arbeit vorhanden ist, den Inspektor zu veranlassen, zunächst alle Verheirateten wieder einzustellen und möglichst auch einen Teil der Unverheirateten. Aber der Inspektor stellte am Dienstag von den 38 Entlassenen nur 8, nämlich 5 Verheiratete und 3 Unverheiratete ein. Dem Herrn Stadtrat wurde noch dargelegt, daß der Inspektor nur die ihm nicht genehmen älteren Arbeiter abstellen wollte, und daß diese Art Sparsamkeit nicht im Interesse der Stadt liege. Von den im letzten Jahre neu gepflanzten Straßenbäumen seien mehrere Hundert wieder eingegangen, weil sie in mangelhaft behandelten Kompost gepflanzt waren und aus Mangel an Arbeitern nicht genügend gepflegt werden konnten. Ähnlich seien aus solch angebrachter Sparsamkeit des Herrn Inspektors bei der Anstellung von Arbeitern noch andere große Verluste entstanden. Auch wären wieder in Berlin noch in einem anderen Vorort bis jetzt von den Parkverwaltungen Entlassungen vorgenommen worden. Nur die Tiergartenverwaltung habe es auch getan. Die übrigen 30, darunter etwa die Hälfte Verheiratete, die schon mehrere Jahre beschäftigt waren, wurden kurz abgemiesen, weil er nicht mehr Hilfskräfte brauche und die noch vorhandenen Arbeiten von den Festangestellten allein besorgt werden könnten. Auch seien die Mittel der Verwaltung erschöpft; vom Magistrat sei angeordnet, daß bei Anstellung von Hilfsarbeitern nur mit äußerster Sparsamkeit verfahren werden solle. Hiergegen trat man noch einmal mit einer Vorlesung an Herrn Stadtrat Stendel, aber erfolglos. Wohl war der Herr ersucht darüber, daß der Herr

Inspektor nicht alle Verheirateten wieder angestellt habe; er versprach, deshalb nochmals mit dem Herrn Inspektor zu sprechen. Allerdings sei vom Magistratsdirektor allen Parkverwaltungen aufs strengste eingeschärft worden, daß bei Anstellung von Hilfsarbeitern nur mit größter Sparsamkeit verfahren werden solle. So schenkt die Spitze der reichen Stadt Charlottenburg nicht, Arbeiter bei Beginn des Winters auf Pfahler zu werfen, um einige Mark Lohn sparen zu können, während sie Millionen für unnütze Brunnbauten, wie die Charlottenburger Brücke, Denkmäler usw. ausgibt, um nur der Brunnfucht hochgestellter Persönlichkeiten angenehm ins Auge zu fallen.

### Sichtenberg.

Jahob auf der Leiter. Wie nunmehr bekannt wird, ist in der Ausschaltung des früheren Stadtverordnetenoberster-Stellvertreters Fabritian Hirsch auch eine empfindliche Niederlage des Stadtverordnetenvorsitzers Herrn Plong verzeichnet. Herr Plong, bisher der eigentliche Spiritus rector der bürgerlichen Fraktion im Rathaus, wollte den Herrn Hirsch nicht fallen lassen. Er hatte auch den Erfolg, trotz des Herrn Schachtels Widerspruch, Hirsch als Stadtverordnetenkonkandidat proklamiert zu sehen. Herrn Schachtels Arm reichte aber über den formalen Rahmen hinaus, und seine politische Moral war kein Hindernis für das Spiellassen gewonnenen Einflusses. Er arbeitete unter der Hand dem Willen des Herrn Plong und der offiziellen Stellungnahme des bürgerlichen Wahlausschusses — dem er übrigens selbst angehörte — entgegen, nominierte selbstherrlich eine Kandidatur Plathen. Am Wahltag stellte er sodann zwei Autos in den Dienst seiner Sonderpolitik. Das alles hätte aber wohl noch nicht zum Ziele geführt, eine „geschickte“ Hand griff fortigerend und erfolgreich ein. Den Wählern ging eine gedruckte Aufforderung des Wahlausschusses zu, die auch die Namen der offiziell aufgestellten Kandidaten enthielt. In dem Verzeichnis war jedoch nachträglich der Name „Hirsch“ ausgestrichen und handschriftlich durch „Plathen“ ersetzt. Etwas weniger weitherzige Menschen als die Hirschkügel werden in solcher Sache eine Fälschung erblicken. Erfolgspolitiker lassen sich aber von dergleichen moralischen Zwangsmaßnahmen nicht aufhalten und Herr Schachtel erfreut sich des gewonnenen Sieges. Wäre an Stelle des Herrn Hirsch der Herr Plong als Stadtverordneter ausgelost worden, dann hätte das folgende Bild den Herrn Schachtel vielleicht noch auf eine höhere Stufe gehoben. Im Bürgerverein hat des emporkletternden Herrn Gehilf Be-wunderung hervorgerufen; anscheinend stehen ihm hier noch besondere Ehrenbezeugungen bevor, d. h. wenn man sie nicht auf höheres Kommando unterläßt.

Jugendausflug. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr hält Genosse Düssel im Lokal von Videnhagen, Scharnweberstr. 60, einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands“. Eintritt frei. Getränke werden nicht ausgeschlossen.

Parteilgenossen und Genossinnen, ermahnt die Jugend, an unseren Veranstaltungen teilzunehmen.

### Rixdorf.

Befestigung für Zeitkarten der Großen Berliner Straßenbahn für das Jahr 1910 werden in Rixdorf, bei H. Joseph u. Co., Berliner Str. 54/55, von heute bis zum 15. Dezember entgegengenommen. Auch findet der Kartenverkauf vom 28. des einen bis zum 5. des anderen Monats statt.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst drei Erklärungen erlesen. Der Gemeindevorstand Dr. Ehrenreich fühlte sich beleidigt durch einen Artikel im „Weißenseer Tageblatt“ über die Art seiner Hausbehandlung der Kranken. In seiner Tür befand sich ein Zettel mit folgender Aufschrift: „Bestellungen für Besuche werden nur in der Sprechstundezeit gegen Vorzeigung des Armenbuchs oder Armenbescheides entgegengenommen.“ Hieran schloß sich eine Kritik über das Gemeindefinanzsystem und ferner über das Liquidieren von hoher Speise bei festgefundenen Reisen nach der Ferienkolonie Virchow. Der Gemeindevorstand verteidigte sich damit, daß er den Auftrag habe, nur gegen Vorzeigung der angeführten Legitimationen eine Behandlung vorzunehmen, in den Sprechstunden sei er doch am besten zu haben, da er außer mit den Armen auch noch als Schularzt und in der Säuglingsfürsorge zu tun habe. Der bewusste Zettel sei inzwischen beseitigt. Was die Liquidation in Höhe von 30 M. für eine Reise anbetrifft, so sei darin ein Fahrgeld von 18 M. enthalten, da er für einen schleunigen Fall einen Taxameter nehmen mußte. Er getraue sich sein Gehalt von 5000 M. noch mit Privatpraxis zu verdienen und er würde seinen Posten niederlegen, wenn die Angriffe nicht aufhörten. Der Vorsitzende nahm den Gemeindevorstand in Schutz; auch hielt er das Gemeindefinanzsystem als anerkanntes an, da bereits mehrere Vororte sich diesem angeschlossen haben und noch anschließen werden.

Gemeindevorstand Rehmer hatte folgende Beschwerde: In der letzten Sitzung des Haus- und Grundbesitzervereins sei von einer Seite erklärt worden, daß ein Mitglied der Gemeindevertretung bei dem Anlauf des Elektrizitätswerkes verdient habe; er halte es für angebracht, daß die Angelegenheit amtlich untersucht werde, gegen solche Verdächtigungen müsse man den Schutz des Gemeindevorstandes anrufen. Der Vorsitzende versprach auch hier, die nötigen Schritte einzuleiten.

Eine ausgedehnte Debatte schloß sich der Erklärung an, die der Gemeindevorstand Dr. Böck bereits in der Finanzkommission zur Erörterung gebracht hatte. Ein Herr Köhler hatte in einem Zeitungsartikel behauptet, die Gemeinde habe beim Verkauf des Kieffeldes an den Tiefbauunternehmer Alers 1-1/2 Millionen Mark „verschwenkt“. Das Kieffeld sei zum Preise von 12 600 resp. 13 500 M. pro Morgen verkauft, während fünf Monate früher das in der Nähe gelegene Rennbahngelände mit Gebäuden usw. für 11 000 M. pro Morgen veräußert worden ist, mithin sei die Köhlersche Behauptung als unverständlich zu bezeichnen. Ueberhaupt solle der Bürgermeister dem Alers mit Uebertragung von Tiefbauarbeiten (sowohl in die Beschaffung von Geldmitteln beihilflich sein. Auch würden der Sohn und Schwiegersohn mit Arbeiten bedacht; Alers gehe beim Bürgermeister aus und ein und habe zu seinem Dienstzimmer stets den Vortritt. Alle diese Behauptungen rügte der Gemeindevorstand als böse Verleumdungen und betraf sich auf die betreffenden Verhandlungen in den Kommissionen. Solche Angriffe und Mittelungen bezweckten, das Ansehen des Ortes und seiner Verwaltung aufs höchste zu schädigen. Alle Disziplinordner nahmen obige Angriffe als schwere Beleidigungen auf. Genosse Fuhrmann kennzeichnete dieses Gebahren des Köhler als vom Standpunkte der Terrainspekulanten aus, der als gewiegter Geschäftsmann gelten wolle, von einem Gewiegteren anscheinend aber reingelegt worden sei und nun zu seiner Rechtfertigung die Öffentlichkeit benutzte, um sich reinzuwaschen, was ihm leider bei einem großen Teil der Haus- und Grundbesitzer gelungen sei. Seinen Hausbesitzerkollegen schloß es an Ruf, solchen Angriffen auf solcher Tat entgegenzutreten. Natürlich verwahrten sich die Hausbesitzer dagegen; Herr Köhler, als Vorsitzender des Hausbesitzervereins, erklärte, die Sache erst genau untersuchen zu wollen, um dann seine Erklärung abzugeben.

Nach zweistündiger Debatte kam man dann im Eiltempo zur Erledigung der Tagesordnung. Eine ganze Reihe Wahlen für die Armenkommission, Einschüßungskommission usw. fanden nach dem Vorschlage des Wahlausschusses ihre Erledigung. Dem kirchlichen Hilfsverein wurden 300 M. als Beihilfe zur Anstellung eines Krankenpflegers und dem Jugendchriftenauschuß des Lehrervereins 50 M. zur Bekämpfung der Schundliteratur bewilligt. Außerdem wurde der Ankauf von 44 Morgen Land in Virchow zum Preise von 450 M. für den Morgen beschlossen.

### Pankow.

Eine imposante Volksversammlung, in der Genosse Dr. Karl Liebknecht über „Die politische Lage“ referierte, tagte am Mittwoch im größten Lokale Pankows. Etwa 1500 Personen lauschten dicht gedrängt im Eberbachschen Saale dem zweistündigen

trefflichen Referate. Insbesondere kennzeichnet der Redner den jetzigen Reichskanzler, den eine feile Presse als Philosophen beweihräuchere; er zeigte an der Hand von Beispielen, wie gerade dieser jetzige Reichskanzler schon als Regierungspräsident alle Gesetzgebungen mit seinem Namen gedeutet habe. Treffend gliederte Liebknecht den Zuhörern die unerhörte Art, in der Preußen regiert werde, besonders an dem Verhalten des Militärs im Mansfelder Streikrevier. Bei Erörterung des Wahlrechtskampfes in Preußen forderte er eine kluge, aber energische Taktik. Stärkliche Zustimmung fand der Referent, als er sich entschieden gegen einzelne Genossen in unserer Reihen wandte, die eine Verbindung mit dem Bürgertum suchend, unsere prinzipielle Taktik und Stellungnahme durch eine Einlassungspolitik zu verwischen suchten. Redner forderte in begeisterter Weise zum Schluß zur Mitarbeit, zur Organisation, zum Lesen unserer Presse auf und schloß unter dem minutenlangen Beifall der Versammelten, die sich unter dem Besange der Arbeitermarckelaise trennten. Diese Versammlung hatte für die Organisation einen erfreulichen Erfolg.

### Potsdam.

Mit der Frage der Verwendung städtischer Gelder zur Sanierung des Hochwassers Baunternehmens beschäftigte sich die letzte Stadtverordnetenversammlung. Nobbe hat die ehemals Stieffischen Wiesen der Bedammung erschlossen und darauf jetzt 30 größere Wohnhäuser erbaut; das unbesetzte Gelände ist ihm bereits im Vorjahre von der Stadt zum Preise von 850 000 M. abgekauft in der Absicht, dadurch das Unternehmen wieder finanziell zu sichern. Außerdem sind der Firma im Laufe der Jahre mehrere Vergünstigungen gewährt (Zuschuß zu den Straßenregulierungskosten, Erlass von Expropriationskosten usw.), alles ohne Erfolg. Der Magistrat beschloß nun, mit Hilfe städtischer Gelder eine Sanierung herbeizuführen und legte der Versammlung zwei Vorschläge vor. Nach dem ersten sollten einer Gesellschaft 200 000 M. aus dem Reservefonds des Elektrizitätswerkes und des Wasserwerkes zur Verfügung gestellt werden. Mit Zustimmung dieses Kapitals und den Mietsüberschüssen sollten die Schulden gedeckt werden. Bei genauer Rechnung stellte sich aber heraus, daß die Verwaltungskosten höher waren als die Lieberüberschüsse. Die Versammlung lehnte den Vorschlag ab. Nach dem zweiten Vorschlag sollen fünf Potsdamer Gläubigern aus dem Kapitalvermögen der Stadt 60 000 M. zur Verfügung gestellt werden, davon 30 000 M. zinsfrei und 30 000 M. gegen 4 Prozent Zinsen; für die letzteren sollen die Gläubiger die persönliche Haftung übernehmen. Außerdem sollen die Gläubiger von anderer Seite 50 000 M. aufnehmen. Von diesem Gelde sollen dann die übrigen Gläubiger mit 20 Proz. abgehoben, sowie 30 000 M. vorberechtigte Forderungen beglichen werden und 30 000 M. als Betriebsfonds dienen. Von den Mietsüberschüssen sollen die geliehenen Gelder zurückgezahlt und die fünf Gläubiger ihre Forderungen innerhalb zehn Jahren voll gezahlt erhalten. Ein großer Teil der Stadtverordneten wollte sich überhaupt mit dieser Sanierungspolitik auf Stadtkosten nicht einlassen. Schließlich nahm man mit 18 gegen 15 den Vorschlag an, demzufolge den fünf Gläubigern 60 000 M. zu 4 1/2 Proz. gegen persönliche und solidarische Haftung der Beteiligten und gegen Verpfändung ausreichender dinglicher Sicherheit geliehen werden sollten und bestimmte zur Prüfung der Sicherheiten einen Ausschuß. — Bei Beginn der Sitzung kam der Oberbürgermeister Vosberg auf die Unterstellungen und Verdächtigungen einer „Freien Bürgerversammlung“ anlässlich der Stadtverordnetenwahlen zurück. Er selbst hatte bei der schwierigen Lage der Firma eine Garantie für eine Hypothek von 30 000 M. übernommen und der Bürgermeister Nobbe hatte für Verwandte zwei abgetroffene Hypotheken zu je 5000 M. übernommen. Gegen die Verleumder hat der Magistrat Strafantrag gestellt. — Zur Beschäftigung von Stadtarmen bei der Straßenreinigung wurden 4000 M. zur Verfügung der jetzt schon verbrauchten Staatsmittel bewilligt. Das ist die ganze soziale Arbeitslosenfürsorge. Nur diejenigen Arbeitlosen, die sonst der Armenpflege anheimfallen, werden im Winter — bei einem unverhältnismäßig niedrigen Lohn von der Stadt beschäftigt. Da ist es denn auch erklärlich, daß im vorigen Winter fast kein organisierter Arbeiter Potsdams bei den eingerichteten Koststandsarbeiten der Stadt Beschäftigung fand. — Diese beiden Vorlagen der einen Stadtverordnetenversammlung zeigen schon den sozialen Geist einer fast ausschließlich konservativen Stadtverordnetenversammlung.

Die Stühwahlen zur Stadtverordnetenversammlung zwischen unseren Genossen Staab, Stoof und Lindemann und den Bürgerlichen sind auf Dienstag, den 14., und Mittwoch, den 15. Dezember, anberaumt. In der ersten und zweiten Abteilung sind die vom konservativen Neuen Wahlverein nominierten Kandidaten gewählt. Eine Gegenliste brachte es nur auf 33 Stimmen. In der ersten Abteilung hat man den bisherigen Stadtv. Anders, der sich durch seine Opposition unbedeutend gemacht hat, noch am Tage der Wahl fallen lassen und dafür den in der dritten Abteilung zur Stichwahl stehenden Stadtv. Köpfer gewählt.

### Nowawes.

Geradezu vorstufstufliche Verhältnisse in bezug auf Straßenreinigung, die sich besonders bei dem jetzt herrschenden Schmutzwetter in recht unangenehmer Weise fühlbar machen, herrschen noch im Neuwendorfer Ortsteil. Neuwendorf hatte vor seiner Einverleibung in Nowawes kein Ortstatut über Straßenreinigung, so daß es jedem Grundbesitzer überlassen war, die Straße vor seinem Grundstück zu reinigen oder nicht. Bei der Einverleibung Neuwendorfs in Nowawes war der Gemeindevorstand letzteren Ortes nun der Meinung, daß das Nowaweser Ortstatut über die Straßenreinigung auch für den eingemeindeten Ortsteil Geltung habe. Diese Ansicht ist aber nunmehr durch gerichtliche Entscheidung, welche ein Neuwendorfer Hausbesitzer herbeigeführt hat, als nicht zu Recht bestehend anerkannt worden. Die Begleichungskommission beantragte deshalb in der letzten Gemeindevorstandssitzung einen Ruchtrag zum Ortstatut, wonach auch die Neuwendorfer Grundbesitzer verpflichtet werden, für die Straßenreinigung in derselben Weise zu sorgen, wie es im Nowaweser Ortsteil üblich ist. Dieser Antrag wurde von mehreren Vertretern, die in Neuwendorf Hausbesitzer sind, lebhaft bekämpft, da ihnen derselbe einseitig zu große Lasten auferlege, andererseits aber auch die Möglichkeit bestehe, daß derselbe keine rechtliche Gültigkeit erlange, sondern ein neues Ortstatut geschaffen werden müsse. Von den Sozialdemokraten wandte sich Genosse Grubel in energischer Weise gegen die fadenstehenden Einwände der Gegner des Antrages; Redner machte den Vorschlag, die Straßenreinigung in Gemeindegeld auszuführen zu lassen und die Kosten auf die Hausbesitzer zu verteilen. Die Debatte endete damit, daß der Bürgermeister, jedenfalls nicht zur Freude der Passanten des Neuwendorfer Ortsteils, den Antrag der Begleichungskommission zurückzog. Hoffentlich wird in der nächsten Gemeindevorstandssitzung ein neuer Antrag vorgelegt, der in irgendeiner Art die Neuwendorfer Hausbesitzer zwingt, die Lasten der Straßenreinigung zu tragen, denn die jetzigen Verhältnisse sind dearrat, daß bei Schnee und Kälte die größten Anfälle passieren können, ohne daß man weiß, wer dafür zur Rechenschaft gezogen werden kann. — Da vielfach von den Besitzern landwirtschaftlicher Grundstücke Reklamationen wegen zu hoher Bewertung derselben eingelegt werden, wurde die Grundversteigerungs-Einschüßungskommission durch die Herren Bauerngutsbesitzer Ruhs und Wärschebesitzer Böhmow verstärkt. — Die durch die Herstellung eines Rosalfußsteiges in der Großbeerenstraße verursachten Kosten im Betrage von 1787 M. werden derzeit verleiht, daß die Anlieger 50 Proz., d. h. 893 M. pro tausenden Meter, zu tragen haben. — Dem Erlass eines Ortstatuts über die Verunstaltung von Straßen und Plätzen gab die Vertretung debattelos ihre Zustimmung. Dasselbe verlangt besonders die architektonische Ausschmückung von sichtbaren Giebeln und Fassaden und versagt die Genehmigung zur Ausführung von Gebäuden, die dem Charakter des Ortsteils in ungeschöner Weise



widersprechen; ferner wird bestimmt, daß an der Albrechtstraße, sowie im Gebiete zwischen der Chaussee nach Klein-Glienide, Kleiner Weg und der Gemarkungsgrenze Klein-Glienide nur Gebäude errichtet werden dürfen, welche den Charakter von Landhäusern erhalten.

#### Spandan.

Unter Beteiligung von circa 500 Genossen wurde am Sonntag der Genosse Karl Kogelaff zur letzten Ruhe geleitet. Am Grabe wurden acht Kränze mit roten Schleifen niedergelegt. Die Grabrede hielt der Genosse Schütte-Berlin. Der Arbeitergesangsverein „Hoffnung“ sang am Grabe „Zum Reich der Erdben tief und die Freundschaft“. Die Polizei hatte sich von der Beerdigung ferngehalten. Um so würdiger war das Begräbnis.

### Vermischtes.

#### Oberleutnant Hofrichter und die Wiener Giftbriefe.

Die Meldung aus Linz am Sonntagabend, der Oberleutnant Hofrichter habe eingeklinken, der Absender der Giftbriefe zu sein, wird durch spätere Mitteilungen nicht bestätigt. Am Sonntag früh ist Hofrichter unter Bedeckung in Wien eingetroffen und dem dortigen Garnisongericht überwiesen worden.

Eine Meldung aus Wien besagt: Trotzdem sich das Beweismaterial sowohl bezüglich der Richtigkeit der Handschrift des Begleiterschreibens als der Schwätzen und Oblaten sowie des Aufenthalts Hofrichters in Wien immer mehr zu einem Schuldweis verdichtet, verblieb Hofrichter nach übereinstimmenden Meldungen bisher bei seinem hartnäckigen Leugnen und es ist immer noch nicht vollständig ausgeschlossen, daß es sich um eine unglückliche Verletzung von Umständen handelt. Hofrichter, der die Kadettenschule mit ausgezeichnetem Erfolge absolvierte, galt als ein überaus ehrgeiziger Offizier, und in seiner Charakteristik begegnet man vielfach dem Vorwurf des Strebertums. Während einerseits das sympathische Wesen und die allgemeine Beliebtheit Hofrichters hervorgehoben werden, wird er andererseits als ein verschlossener, wenig kameradschaftlicher und bei der Mannschaft nicht sehr beliebter Offizier geschildert. Während der letzten Studienzeit auf der Kriegsschule soll Hofrichter aufgeregtes Wesen und Nervosität gezeigt haben. Im weiteren Verlaufe der Untersuchung ist ermittelt worden, daß Hofrichter in der ersten Woche des November in Linz ein Schapirographenblatt gekauft hatte von gleichem Format wie die dem Gispulver beigelegten Prospekte. Die Platte ist aber nicht vorgefunden worden. Hofrichter gibt an, sie verbrannt zu haben, da er sie nicht habe verwenden können.

#### Ein Attentat auf einen französischen General.

Aus Paris wird unterm 28. November gemeldet: Auf den General Berand wurde heute von einem Manne in der Rue Castiglione ein Revolveranschlag verübt. Der General erlitt am Kopfe zwei Verwundungen, die für leicht gehalten werden. Der Angreifer wurde verhaftet. — Weiter wird über das Attentat noch gemeldet: Der General, der in großer Uniform war und dem ein Blutstrom über Gesicht und Rücken floß, begab sich, von zwei Personen geführt, in die dem Restaurant Continental gegenüberliegende Apotheke, wo ihm ein Rotverband angelegt wurde. Die Stirnwunde ist nur oberflächlich, dagegen die Rückenwunde schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich. Anwesende Polizisten nahmen den Attentäter, der zu fliehen suchte, fest. Mehrere Spaziergänger stürzten sich auf ihn, schlugen mit den Stöcken auf

ihn los und riefen: „Ins Wasser mit dem Mörder!“ General Berand war bis 1908 Kommandeur der republikanischen Garde in Paris gewesen und vor ungefähr drei Jahren zum Befehlshaber des mazedonischen Gendarmerielagers im Sandtschal Terrés ernannt worden. Der Urheber des Nordanschlags heißt Robin Endelfi und stammt aus Guelma in Algerien. Er war früher Sekretär des arabischen Bureaus in Du-Saada und behauptet, er sei entlassen worden, weil er die von den Offizieren begangenen Unregelmäßigkeiten zur Anzeige gebracht habe. An 200 Offiziere hätten Strafarbeiten von Soldaten der Strafkompagnie ausführen lassen und die dafür von den Eingeborenen bezahlten Beiträge eingekesselt. Man habe ihn ermorden wollen, weil er die Wahrheit gesagt habe. Er habe darüber an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, doch sei es unbeantwortet geblieben, und so habe er sich selbst zu seinem Recht verhalten wollen.

Der Attentäter trug zwei geladene Revolver und einen langen Dolch bei sich. Seiner Lieberwältigung durch die Polizei setzte er heftigen Widerstand entgegen und wurde dabei verwundet. Der Verteidiger Endelfi erklärte einem Berichterstatter, Endelfi sei weder Anarchist noch Antimilitarist, sondern ein verzweifelter, wahrscheinlich verrückter Mensch. Endelfi habe sich nach der Entlassung aus dem Dienst an die Liga für Menschenrechte und einen sehr bekannten sozialistischen Deputierten gewandt mit der Bitte, ihm zu einer Entschädigung zu verhelfen, doch vergeblich. Ein von ihm im Auftrage Endelfis fürzlich an den Staatsrat eingereichtes Gesuch um Anerkennung einer Schadenersatzsumme in Höhe von 20 000 Frank sei noch nicht erledigt. — Die Verletzung General Berands ist sehr ernst, aber nicht lebensgefährlich. Die eine Kugel des Revolvers ist auf der rechten Seite in den Hals eingedrungen, hat die Wirbelsäule gestreift und ist auf der linken Halsseite wieder hinausgegangen.

**Zusammenstoß in Ungarn.** Auf der ungarischen Station Nagybajos fuhr, wie aus Grad gemeldet wird, der Budapest-Lastzug 643 in den Lastzug 679 hinein, von dem zwölf Wagen zertümmert wurden. Der darin befindliche Viehtransport wurde vernichtet, ein Transportbegleiter wurde getötet, sieben andere Personen wurden schwer verletzt.

**Im Schacht verunglückt.** Aus Bochum wird gemeldet: Auf der Zeche Dannebaum fiel bei der Abteufung des neuen Schachtes Hugo auf dem Maurergerüst ein Kessel um, wodurch vier Mann abstürzten. Zwei sind lebensgefährlich und zwei leichter verletzt.

**Die vulkanischen Ausbrüche auf Teneriffa** scheinen jetzt ihrem Ende entgegenzugehen. Wie aus Madrid depechiert wird, ist auf Teneriffa nur noch ein Krater in Tätigkeit. Die Lava ist zum Stehen gekommen und erkaltet allmählich.

#### Eine Schiffskatastrophe.

Die Azoreninseln sind, wie aus Lissabon berichtet wird, von einem schweren Orkan heimgesucht worden. Ein großes Schiff ist an der Küste der Insel Pico gestrandet; 20 Mann der Besatzung ertranken. Man befürchtet noch weitere Schiffskatastrophen.

**Frau Steinheil verkauft ihre Memoiren an die Sensationspresse.** Frau Steinheil ist, wie aus London gemeldet wird, unter dem Namen Diamond in London eingetroffen und gestern im Hotel St. Pancras abgestiegen. Mehrere Journalisten, hauptsächlich Vertreter französischer Blätter, versuchten vergeblich, sie zu interviewen. Als hierdurch erhebliche Unruhen im Hotel hervorgerufen wurden, ersuchte der Direktor Frau Steinheil, das Hotel zu verlassen. Um nicht erkannt zu werden, verließ sie das Hotel durch einen Seitenausgang; angeblich ist sie nach Liverpool weitergereist. Vor ihrer Abreise von Paris hatte sie einem Journalisten ihre Erlebnisse diktiert und dafür 15 000 Frank erhalten. Die „Daily Mail“ hat ihr für ihre Memoiren die Summe von 25 000 Frank geboten.

**Ein Ballon von Schneemassen niedergebückt.** Einer Meldung aus Kopenhagen zufolge wurde der gestern nachmittag zu einem Wettfluge mit dem deutschen Ballon „Harburg“ dort aufgestiegene dänische Ballon „Danmark“ durch starken Schneefall niedergebückt und fiel am Abend südlich der Insel Oyen ins Wasser. Die Insassen, Ingenieur Krebs und Premierleutnant Ramm, suchten im Ballonring Zuflucht und konnten sich, da sie von der See gegen die Küste von Oyen getrieben wurden, an Land retten. Der Ballon wurde von den Wellen fortgeführt. Der deutsche Ballon „Harburg“, der von Stüder geführt wurde, landete glatt an der Nordspitze der Insel Oyen.

**Tele- und Diskutterklub „Noah“.** Mittwoch, 1. Dezember, bei Bachstein, Salzweider Straße 15: Schillerfeier. Gäste willkommen.

#### Eingegangene Druckschriften.

Die soeben erschienene Nummer 25 des „Volkstons“ enthält an Vollbildern und Illustrationen: Die Harzjule. — Sie hatten gebaut ein halbes Haus. — Die Irkulation des Kapitals. — Eine neue Genossenschaft usw. Aus dem Text erwähnen wir: Aus der Reichshauptstadt. II. — Verfassungsjubiläum der Freien und Hansestadt Hamburg. — Die Verstoffdure. — Wahres Geschick. — Bayern und Bayern. — Industrielle Schär-macher-Revelle. — Briefe aus Sachsen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart zu beziehen.

**Wettertafeln.** Aphorismen von S. Baer. Oberdorf, 3 M. — Fern von Europa. Kurze Geschichten aus finsternen Zeiten von Sepp Schullerer. 2.50 M. L. Neudamm, München.

**La Chanson D'Arlequin.** Gedichtbuch von R. Henry. 3 M. Schmidt u. Günther, Leipzig.

**Stadt und Land.** 4. Kinderbuch der Münchener „Jugend“. 1.50 M. München.

**Die Studenten.** Roman von W. Bittmann. 352 Seiten. R. Piper u. Co., München.

**Sonntag Tage.** Roman von W. Hegeler. 3 M. E. Neufel u. Co., Berlin, Anstr. 16.

**Das eigene Heim und sein Garten.** Von Dr. Ing. G. E. Broß. 6 M. Westdeutsche Verlagsgesellschaft, Wiesbaden.

**Kant-Kalender.** Eine Darstellung der Kantischen Welt- und Lebensanschauung für den ungleichen Gebildeten aus Kant's Schriften, Briefen und mündlichen Äußerungen, zusammengestellt von Dr. F. Groß. Geb. 3 M. Necht u. Co., Berlin W. 9.

**Stunden im All.** Naturwissenschaftliche Wanderreisen von W. Böllig. 517 Seiten. 5 M., geb. 6 M. — Prent Euch des Lebend! Ein Blütenstrauch deutscher Lyrik von R. Prenter. 3 M. Deutsche Verlagshandlung, Stuttgart.

**Weltall und Leben.** Von Dr. F. Sauerland. Geb. 4.50 M. Berliner Zentral-Verlag, Berlin, Salowstr. 66.

**Kairo, Bagdad, Konstantinopel.** Wanderungen und Stimmungen von E. v. Hoffmeister, geb. 3 M. Verlag V. G. Teubner, Leipzig.

**Universal-Bibliothek 5141-5143.** — Friedemann Bach, Roman von A. G. Brachvogel. — 5144. Mutter und Tochter. Drama von W. Hehl. — 5145. Ein Bombenerfolg und andere Novellen von L. Merrid. — 5146. Drei Satiren des Lucian von B. Lindau. — 5147-5149. Schweizerisches Jünglingsbuch von Dr. D. Studer. — 5150. Nur eine Woge. Novelle von L. Wallen. Einzelnummer 20 Pf. W. Neumann, Leipzig.

**Japanische Myth.** Eingeleitet und übersetzt von Dr. F. Kurth. 1.50 M., geb. 2.80 M. — **Deutsche Weihnacht.** Spiel und Lied aus alter Zeit. Einführung von A. Bonnd. 1.50 M., geb. 2.50 M., R. Piper u. Co., München.

**Mehr Banarbeiterschuh.** Protokoll der Banarbeiterschuh-Konferenz zu Ragdeburg. 32 Seiten. Verlag: G. Königstedt, Ragdeburg.

**Antiker Marktbericht** der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Futur stark, Geschäft lau, Preise für Kalb, Hammel- und Schweinefleisch nachgehend. Wild: Futur genügend, Geschäft ziemlich lebhaft. Preise wenig verändert. Geflügel: Futur genügend, Geschäft still, Preise nachgehend. Fische: Futur gering, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Gutter und Käse: Geschäft ruhig, Preise verändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

# Ein wertvolles, praktisches Weihnachtsgeschenk!

Atlanten für

## 45,000 M. gratis!

Gratis und franko erhält jeder, der unseren Pracht-Globus bestellt, einen wertvollen, elegant gebundenen

## kompletten Handatlas.

Der Preis des Globus ist dadurch nicht erhöht.

Hunderte von freiwilligen Anerkennungen!

Bestellen Sie umgehend, bevor die Auflage vergriffen!

Garantie für gute Ankunft!

Um jeden Zweifel zu beseitigen, erklären wir uns zur Rücknahme innerhalb 5 Tagen bereit, falls der Globus nicht gefallen sollte.

Geographischer Verlag G. m. b. H., Leipzig, Göschenstraße 22.



Wir liefern unseren Pracht-Globus inklusive kompletten Hand-Atlas zum billigen Preise von 30 Mark gegen monatliche Zahlungen von

Geld ausscheiden und im Couvert einstecken.

Nr. 68. **Bestellschein!**  
Ich bestelle bei der Firma **Geographischer Verlag, G. m. b. H., Leipzig, Göschenstraße 22** — Erfüllungsort Leipzig — **1 Pracht-Globus** mit beiderseitig graduiertem Messing-Meridian, Kompaß und Meßband zum Preise von M. 30.— unter der Bedingung der Mitlieferung des als Prämie gratis offerierten gebundenen Hand-Atlas. Zahlbar: monatlich M. 3.— oder 4-jährlich M. 10.—, Lieferung unter Nachnahme der ersten Rate oder des ganzen Betrages. (Nichtgewünschte bitte zu durchstreichen.)

Name und Stand: \_\_\_\_\_  
Ort (Post) und Datum: \_\_\_\_\_

## Unser neuer Pracht-Globus

mit doppelseitig graduiertem Messing-Meridian, Kompaß und Meßband, **reichhaltig wie ein großer Atlas**, ist ein **unentbehrliches Auskunftsmittel**. Ein Werk von reichem Inhalt, wird sich jedermann seiner mit großem Nutzen bedienen. Streng wissenschaftlich, von größter Uebersichtlichkeit und Schönheit. In mehr als 20 Farben, 66 cm Höhe, 110 cm Umfang, 35 cm Durchmesser. Hochelegante Ausstattung, die kaum mehr zu übertreffen ist.

#### Professor Dr. Bludau,

die bekannte Autorität auf unserem Gebiete, sagt in einer langen Kritik über unseren Pracht-Globus unter anderem:

Unter den zahlreichen Globen, die heute im Handel sind und zum Teil auf eine längere Vergangenheit zurückblicken können, ist der 1908 vom Geographischen Verlag in Leipzig in den Handel gebrachte, durchaus neu hergestellte und nach dem neuesten Standpunkt der erdkundlichen Wissenschaft bearbeitete Globus ein Erzeugnis deutscher Wissenschaft und Technik, das in mehr als einer Hinsicht geeignet ist, sich die Aufmerksamkeit aller, die für eine derartige Darstellung unseres irdischen Wohnplatzes Sinn und Interesse haben, zu erwerben und in ihrem Heim ein Plätzchen zu beanspruchen.

# nur 3 Mark.

Telegraphische Bestellung nicht nötig, da wir Vorkehrungen getroffen, durch die wir in der Lage sind, jede Bestellung so zu effektuieren, daß die Sendung 4 Tage nach Eingang der Bestellung in Händen des Bestellers ist.

Geographischer Verlag G. m. b. H., Leipzig, Göschenstraße 22.



# H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18.

Veteranenstrasse 1-2.

## Billige Weihnachts-Verkaufs-Tage!

Alle Abteilungen unseres Hauses haben wir mit besonders preiswerten Artikeln, die sich für Geschenkzwecke hervorragend eignen, ausgestattet. Sie finden gediegene, gute Waren in reichhaltiger Auswahl zu wirklich billigen Preisen. — Besuch ohne Kaufzwang. — Wenn wir einerseits für das bevorstehende Weihnachtsfest dafür Sorge getroffen haben, dass unsere werte Kundschaft recht billige, vorteilhafte Einkäufe machen kann, so wollen wir darüber hinaus die Freude für die Weihnachtsbesorgungen dadurch steigern, dass wir (ohne Preisauflschlag) einen gratis Büchertisch arrangieren.

### Wir verabfolgen gratis

Bei einem Einkauf von:

**5 Mark an**

**Jugendschriften  
Erzählungen  
Märchen**

in dauerhaftem Halbleinband und mit Chromobildern

oder

**Romane** bedeutender Verfasser

in Ganzleinenband, mit Iris-Deckel-pressung.

Bei einem Einkauf von:

**10 Mark an**

**Jugendschriften**  
von erstklassigen Verfassern.  
**Romane**

eleg. gebunden, m. künstlerischen Vollbildern u. effektv. Titelbildern; Werke d. bekanntesten u. beliebtesten Autoren

**Klassiker**

(Körner, Lessing, Schiller, Göthe, Chamisso, Heine u. a. m.), gediegene Ausstattung, klarer Druck, gutes Papier.

Bei einem Einkauf von:

**15 Mark an**

**Fritz Reuters  
Gedichte**

und

**Poetische  
Erzählungen**

in Prachteinband.

Bei einem Einkauf von:

**20 Mark an**

**Gedicht-  
Sammlungen**

in hocheleganten Ganzleinenbänden, mit Goldschnitt und Goldpressung

oder

**Weltromane**

prachtvolle Werke; hochfeine Ausstattung.

### Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang KochstraÙe.  
**2. Wahlkreis**, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Kochpartei.  
 Osten und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.  
**3. Wahlkreis**: St. Fritz, Pringensstr. 31, Hof rechts part.  
**4. Wahlkreis**: Osten: Robert Bengels, Andreasstraße 17. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
**4. Wahlkreis**, Südosten: Paul Böhm, Laufenerplatz 14/15 (Laden).  
**5. Wahlkreis**: Leo Bucht, Gneisenaustr. 12 (Hof).  
**6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel)**: Karl Anders, Salzmedlerstr. 8, im Laden.  
**Wedding**: Karl Weise, Nazarethstraße 49.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt**: Hermann Rasche, Bernauerstr. 9, vorn part.  
**Gesundbrunnen**: F. Krapp, Stettinerstr. 10.  
**Schönhauser Vorstadt**: Karl Marx, Lohenerstr. 123.  
**Adlershof**: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.  
**Alt-Gliencke**: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 83 II.  
**Baumgartenweg**: H. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.  
**Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück**: Heinrich Bröse, Dohlestr. 74, part.  
**Bohnsdorf und Falkenberg**: Alois Laus, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.  
**Charlottenburg**: Gustav Scharnberg, Seifenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.  
**Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hanks Ablage**: Fritz Oldenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 81.  
**Erkner**: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.  
**Friedenau-Steglitz-Südende**: H. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, im Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Wöhr, Döppelstr. 82, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.  
**Friedrichshagen**: Ernst Berkmann, Friedrichstr. 67.  
**Grünau**: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.  
**Hohen-Neuendorf**: Wilhelm Tenischer, Stolperstr. 50 I.  
**Johannisthal**: Stielcke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
**Karlshorst**: Richard Rüter, Köpckestr. 9, II.  
**Königs-Wusterhausen**: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.  
**Köpenick**: Emil Wöhler, Nieberstr. 6, Laden.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg**: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4, I.  
**Mahlsdorf und Knautsdorf**: Hugo Scheibe, Mahlsdorf, Walderstraße 14.  
**Mariendorf**: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.  
**Neu-Weißensee**: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 106, partecore.  
**Nieder-Schönau**: Max Friedle, Brikerstr. 14 II.  
**Nowawes**: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
**Ober-Schönau**: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.  
**Pankow-Niederschönhausen**: Otto Rißmann, Mühlentstraße 20.  
**Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz**: H. Gursch, Rameistr. 12, I.  
**Rixdorf**: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.  
**Rummelsburg, Boxhagen**: A. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.  
**Schmargendorf**: Gustav Kaminski, Gumboldstraße 2.  
**Schöneberg**: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
**Spandau**: Köppen, Ragowstr. 9.  
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West**: Paul Rieck, Borsigwalde, Rüdigerstraße 10.  
**Teltow**: Wilhelm Bonow, Teltow, Zehlendorfer Str. 4.  
**Tempelhof**: Albert Tbiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.  
**Treptow**: Rob. Gramenz, Rieboldstraße 412, Laden.  
**Wilmsdorf-Halensee**: Wittnebel, Gasteiner Str. 4.  
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden.

**KUNEROL**

Nur unter diesem Namen

der auf allen Packeten, Dosen, Fässern angebracht ist, kauft man

**KUNEROL** das feinste Cocosspisgefett zum Braten Backen Kochen

Generalvertreter für Groß-Berlin: Erich Strokkorb, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30. Tel. A. 6, 3718

**Spielwaren** billig, 100 Bl. 3 bis 10 Bl., franz. Royal, Verdon, Merckel, H. 3.50, Glühl. 20-60 Bl., Schweden, Patel 25 Bl., Bier, Bildergl., Sunlichteife, Verfl., Knol, Blendol, Urbin, Scheuertücher, alles andere billig! Preis, Panlow, Bollenstr. 73. Jahrg. verg.

**Sämtliche Gewinne** der Königl. Preussischen Klassenlotterie werden sofort ausgezahlt durch Karl Gehria, Lotteriegeschäfte, Dresdener Straße 5, am Kottbuser Tor. Brunnenstraße 168, nahe Invalidenstraße.

**H. Pfau, Bandagist**  
 Berlin, Dirksenstraße 20  
 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksparkstadion. — Amt VII, 13799  
 Für Damen Frauen-Bedienung. •  
 Referent für alle Krankenkassen.

Morgen, Mittwoch beginnt der diesjährige **Weihnachts-Verkauf!**

Teppich-Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
 Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen!

**Weihnachts-Extralist** und Katalog enorm billiger Geschenkartikel (600 Abb.) gratis u. franko. **Auch Sonntags** bis Weihnachten geöffnet.



Der Reserveoffizier als Räuber.

Der räuberische Heberfall auf die Juwelierefrau Richter aus der Potsdamer Straße 35 gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung.

Die Anklage lautet auf verübten schweren Raub, gegen Szg auf Anstiftung zu diesem Verbrechen. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Dr. Seligmann.

Abkündigungsantrag.

Vor Eintritt in die Verhandlung erhebt sich der Angeklagte Szg und erklärt: er müsse den Vorsitzenden ablehnen. Dieser habe auch die vorige Verhandlung gegen die Angeklagten geleitet und er, der Angeklagte, habe das Gefühl, daß der Vorsitzende nicht ganz unbefangenen sei.

Nach geraumer Zeit übernimmt Landgerichtsdirektor Piepmann, als der zur Erledigung des Abkündigungsantrages bestellte Richter, den Vorsitz. Auf seine Frage nach den Gründen des Antrages erklärt der Angeklagte Szg: Er habe vor einigen Tagen das Urteil in der Strafsache bekommen, in welcher er am 12. November vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors verurteilt worden sei.

Verhandlung über die Besetzung des Gerichts.

Landgerichtsdirektor Dr. Seligmann übernimmt hierauf wieder den Vorsitz. Der Angeklagte Szg wünscht noch einmal Aufklärung darüber, woher es komme, daß der ordnungsmäßige Vorsitzende für diese Schwurgerichtssitzung, Landgerichtsdirektor Fischer, über dessen ordentlichen Stellvertreter nicht den Vorsitz führt.

Hr. Hohe verhandlungsfähig?

Bei den Fragen nach den Personalien erklärt der Angeklagte Hohe, er müsse um Vertagung bitten, er befinde sich infolge der Wegnahme einer Reihe von Papieren in solcher Aufregung, daß er sich nicht ausreichend verteidigen könne.

Der Vorsitzende erläutert den Geschworenen, daß am Donnerstag die Jelle des Hohe residieren worden sei und man dabei Schriftstücke gefunden habe, die auf einen heimlichen Verkehr des Angeklagten mit seiner Frau hinwiesen.

Das Gericht beschließt hierauf nach kurzer Beratung, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu verlagern.

Soziales.

Wegen des Fortbestehens der Betriebskrankenkassen.

Bekanntlich hat sich ein sogenannter Verband der Betriebskrankenkassen gebildet, der aber nur ein Verband von Betriebskrankenkassen-Unternehmern ist.

Am 27. November hat nun die Herbstgeneralversammlung der Textil-Betriebskrankenkasse in Oera (Neuh) zur Reichsversicherung Stellung genommen.

Die Textil-Betriebskrankenkasse in Oera (Neuh) erklärt: 1. Eine Aenderung der jetzigen Art der Beitragszahlung (1/2 zahlen die Versicherten, 1/2 die Unternehmer) und eine Aenderung der jetzigen Beitragsform für die Versicherten und die Unternehmer in der Generalversammlung und im Vorstände wird nicht gewünscht.

2. Die Übertragung des Vorsitzes in der Kasse und im Vorstände an einen „unparteiischen Vorsitzenden“, an einen Beamten, wird nicht gewünscht.

3. Die Generalversammlung spricht sich entschieden dagegen aus, daß die Zerstückelung im Krankenkassenwesen in Klassen verschiedener Art bestehen bleibt, wie es in dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung vorgesehen ist.

4. Ueber die Auslegung und die Tragweite der jetzigen §§ 25 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes und 30 des Unfallversicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft, insbesondere über die Dauer der Unterstützungspflicht der Krankenkassen in den Fällen von Erwerbsunfähigkeit, die durch Unfälle herbeigeführt werden, ist gesonderte Klarheit zu schaffen.

5. Ueber die Auslegung und die Tragweite der jetzigen §§ 25 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes und 30 des Unfallversicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft, insbesondere über die Dauer der Unterstützungspflicht der Krankenkassen in den Fällen von Erwerbsunfähigkeit, die durch Unfälle herbeigeführt werden, ist gesonderte Klarheit zu schaffen.

6. Ueber die Auslegung und die Tragweite der jetzigen §§ 25 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes und 30 des Unfallversicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft, insbesondere über die Dauer der Unterstützungspflicht der Krankenkassen in den Fällen von Erwerbsunfähigkeit, die durch Unfälle herbeigeführt werden, ist gesonderte Klarheit zu schaffen.

7. Ueber die Auslegung und die Tragweite der jetzigen §§ 25 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes und 30 des Unfallversicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft, insbesondere über die Dauer der Unterstützungspflicht der Krankenkassen in den Fällen von Erwerbsunfähigkeit, die durch Unfälle herbeigeführt werden, ist gesonderte Klarheit zu schaffen.

8. Ueber die Auslegung und die Tragweite der jetzigen §§ 25 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes und 30 des Unfallversicherungs-gesetzes für Land- und Forstwirtschaft, insbesondere über die Dauer der Unterstützungspflicht der Krankenkassen in den Fällen von Erwerbsunfähigkeit, die durch Unfälle herbeigeführt werden, ist gesonderte Klarheit zu schaffen.

Zur Verhandlung auf dem Lande.

Am 7. August d. J. verklagte sich der Rutscher Jakob Schwanitz bei seinem Dienstherrn, dem Gutbesitzer, Leutnant der Reserve Artur Erdmann aus Sachsenfelde bei Samter, daß er von dem Arbeiter Markowicz verprügelt worden sei.

Der Gutbesitzer und seine drei Helfershelfer wurden von der ersten Strafkammer des Landgerichts Vosen aus Anlaß dieser empörenden rohen Tat wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung angeklagt.

Das Gericht erkannte auf 150 Mk. Geldstrafe wegen Körperverletzung und auf Freisprechung von dem Vergehen der Freiheitsberaubung gegen alle vier Angeklagte.

Das heißt in der Tat die Zubilligung einer Prämie für brutale, feige Rohheitsdelikte.

Gerichts-Zeitung.

8000 oder 50 M.?

Eine sehr eigenartige Verwickelung bildete den Ausgangspunkt einer Betrugsanfrage, die einen bejahrten, bisher unbescholtenen Kaufmann vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte.

Chemannes, des Rentiers E. Sie trachtete danach, so schnell als möglich mit diesem verbunden zu werden, die Erfüllung dieses Wunschens stieß aber auf Schwierigkeiten.

Insichtlich erscheint die Annahme, die Unterdrückung des Hinweises auf die Summe sei die Unterdrückung einer wahren Tatsache, durch die der Angeklagte die Frau geschädigt habe, und damit die Verurteilung recht begründet.

Mit einem Nachspiel zu den Nischenunterstellungen des städtischen Bureauassistenten Fritsch Hauswirth

hatte sich gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrathes Meyner zu beschaffen. Wegen Begünstigung bezw. Hehlerlei war die Ehefrau Maria Hauswirth und deren Schwester, die Frau Anna Spange angeklagt.

Eine Meineidsaffäre

mit einem im gewissen Sinne romantischen Hintergrund beschaffte das Schwurgericht des Landgerichts III. Angeklagt wegen wissentlichen Meineids war die Frau Helene Salomon.



niemals gebuzt habe oder in nähere Beziehungen zu ihm getreten sei. Diese Angabe soll nach Behauptung der Anklage falsch sein. Es wurde erst Anklage wegen fahrlässigen Falschgebens erhoben. Die Strafkammer erklärte sich jedoch für unzuständig und verwies die Sache an das Schwurgericht, da die Angeklagte des wissentlichen Meineids, nach Ansicht der Strafkammer, dringend verdächtig erschien. — Die Geschworenen verneinten jedoch sämtliche Schuldfragen. Das Urteil lautete demgemäß auf Freisprechung.

#### Sittlichkeitsverbrechen.

Das Dresdener Landgericht verurteilte, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, gestern den verabschiedeten Leutnant der Reserve zur See und Offizier der Hamburg-Amerika-Linie Viktor Wolfgang Waldemar Schahn aus Krossen wegen eines in Dresden im November v. J. an einem dreizehnjährigen Mädchen begangenen Sittlichkeitsverbrechens zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

#### Verantwortlichkeit des Lehrers für Fahrlässigkeit der Lehrlinge.

Ein Lehrling des Wagenbauers L. in Dortmund schob am 3. August 1906 eine Handkarre vor sich her, die mit einem größeren Gestell belastet war. Dabei stieß er den Kaufmann W. in Dortmund zu Boden, als dieser den Fahrdamm kreuzen wollte. Infolge der dabei erlittenen Verletzungen hatte der Verunglückte gegen L. Schadenersatzansprüche erhoben neben einer Rentenforderung von täglich 5 M.

Das Landgericht Dortmund erklärte den Anspruch des Klägers dem Grunde nach für gerechtfertigt. Auf die Berufung des Beklagten erkannte das Oberlandesgericht Hamm im selben Sinne. Es tritt hier der sachlichen Ausführung des Landgerichts bei, daß die Beurteilung des Beklagten sich auf einen aus § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu beurteilenden Mangel der Aufsicht über die Tätigkeit des Lehrlings gestützt hatte. Der Beklagte habe, so erwägt das Berufungsgericht, zwar seinem Lehrling wiederholt eingeschärft, die Handkarre auf der Straße nicht zu schieben, sondern zu ziehen, damit er den Verkehr der Straße übersehen könne und Zusammenstöße vermieden würden. Das genüge aber nicht. Das Gestell, mit dem die Karre im gegebenen Falle beladen war, habe dem die schiebenden Lehrling nicht gestattet, darüber hinweg, auch nicht hindurch zu sehen, und der Weg habe ihn über eine stark belebte Straßenkreuzung geführt. Der Beklagte habe gesehen, wie der Lehrling die Karre vom Hofe durch den Torweg auf die Straße schob und habe ein Bedenken ausgedrückt, ob jener auch allein mit dem Transport fertig werden würde. Da sich die Karre, wie die hier gebrauchte, leichter schieben als ziehen läßt, habe der Beklagte sich auch denken müssen, daß der Lehrling die für seine Kräfte schwer beladene Karre nicht ziehen, sondern schieben werde, und daß dies für den Verkehr auf der Straße gefährlich werden könne. Er hätte den Transport einem Erwachsenen übertragen oder dem Lehrling eine zweite Person mitgeben müssen. Daß

er dies versäumt, stelle ein Verschärfendes dar, das ihn nach §§ 276, 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schadenersatzpflichtig mache.

Die vom Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision hatte keinen Erfolg und wurde vom 6. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

#### Schadenersatz für Ehebruch.

In neuester Zeit ist dem Reichsgericht die Frage vorgelegt, ob der § 172 des Strafgesetzbuchs, der den Ehebruch bestraft, als Schutzgesetz im Sinne von § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu gelten hat und ob demnach die von dem Ehegatten veranlaßte Scheidung als kausale Folge des Ehebruchs zu gelten hat, so daß auch für die aus der Scheidung sich ergebenden Folgen Schadenersatz verlangt werden kann. Der Kläger macht hierzu geltend, daß er infolge der Scheidung Unkosten durch die Erziehung seiner Kinder habe, welche Erziehung anderenfalls seine Frau besorgt haben würde. Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin erkannten die Ansprüche des Klägers gegen den Beklagten, der das ehebrüchliche Verhältnis mit der Frau des Klägers geführt hatte, als berechtigt an.

Das Reichsgericht trat dieser Auffassung nicht bei. Der VII. Zivilsenat hob vielmehr das angefochtene Urteil des Kammergerichts auf und wies den Kläger mit seiner Klage ab.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Ost, dritter Eingang, vier Treppen, **1. Jahreshälfte** wochentags abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. **Westseite** 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**Lübener Str. 10.** Wohlleile Wandbilder pflegen auch im Berliner Gewerkschaftshaus vor Weihnachten ausgestellt zu werden. Außerdem finden Sie solche in der Buchhandlung Bornhörs.

**Ruch's 100.** Ihr Freund ist nicht verpflichtet, sich von einem anderen Arzt untersuchen zu lassen, hat aber späterhin den Beweis für die Erwerbsunfähigkeit zu führen. — **Rixdorf 31.** Sie haben die Kosten nicht zu tragen. Legen Sie beim Oberpräsidenten Beschwerde ein. — **G. L. S.** Ihre Tochter ist zur Abnahme des Buchs oder zu Zahlungen nicht verpflichtet, weil sie minderjährig ist. Sie mag den Vorfall aber als Warnung für die Zukunft sich dienen lassen: man soll nichts unterschreiben, bevor man Abschrift erhalten und über die Tragweite der Unterschrift durch Rücksprache sich vergewissert hat. — **Tempelhof 60.** Sie müßten Ihre Forderung in einem Zivilprozeß beim Amtsgericht einbringen. **G. N. 26.** 1. Rein. 2. Ja. — **Sp. 13.** 1. Rein. 2. Der 181. bis 202. Tag vor der Geburt rechnet als Empfängniszeit. — **W. 777.** Beide können in einer Klage verklagt werden. Zuständig ist das Amtsgericht Köpenick. — **H. L. 100.** 1. Rein, er muß die preussische Staatsangehörigkeit erwerben. 2. Nein. — **W. S. 19.** Rein. Von Löhnen,

die für die Woche oder einen längeren Zeitraum vereinbart sind, dürfen Abzüge für Feiertage nicht gemacht werden. — **W. 100.** 1. Das neue Mietstempelgesetz ist am 1. Juli in Kraft getreten. Seine Hauptvorschriften sind im „Vormärts“ vom 1. Juli wiedergegeben. 2. Rein, für Räume, die für gewerbliche oder berufliche Zwecke bestimmt sind, bleibt die Hälfte des Mietstempels unerhoben. Sind Wohnungs- und gewerbliche Räume vermietet, so tritt die Ermäßigung nur ein, wenn in dem vom Vermieter zu führenden Stempelverzeichnis eine entsprechende Trennung des Mietzinses gemacht ist. — **H. S. 18.** Ja, für Wohnungen mit einer Jahresmiete von mehr als 360 bis 400 M. sind 50 Pf. Mietstempel, bei mehr als 400 bis 500 M. ist 1 M. Mietstempel zu zahlen. — **H. 1.** Sie könnten gegen den Verkäufer auf Schadenersatz klagen und Straf Antrag wegen Betrugs stellen. 2. Klagen Sie auf Beseitigung der Schäden und Unterlassung künftiger Schadenzuführung gegen den Fabrikhaber. 3. Sehen Sie sich mit Ihrem Vermieter in Verbindung: ein Recht auf Rücktritt steht Ihnen nicht zu. — **H. W. 100.** Rein. Klagen Sie auf Unterlassung und Schadenersatz. — **H. W. 81.** Klagen Sie auf Aufhebung des Vertrags und Schadenersatz beim Amtsgericht wegen gesundheitsgefährdender Beschaffenheit der Wohnung. Reichen Sie ein Mittel des Arztes mit der Bitte um Anderräumung eines nahen Termins mit der Klage ein. — **D. S.** Es kann auf Rechnungslegung geklagt und die eibliche Offenbarung des Vermögens im Prozeßwege verlangt werden. Die von Ihnen benannten Institute geben Privat in der Regel keine Auskunft. — **Ernst J.** Ein Verfahren auf Entziehung der Rente kann eingeleitet werden. Dem Arbeiter steht das Recht zu, in diesem Verfahren darzulegen, daß verminderte Erwerbsfähigkeit nach wie vor vorliegt. — **W. S. 12.** Wenden Sie sich mit dem Befehl oder dem Urteil, welches die Fürsorge anordnet, an einen Anwalt. Eine allgemeine Antwort, ob jemand, der sich in einer Fürsorgeanstalt befindet, herausgenommen werden kann, ist unmöglich. Die Beantwortung hängt von der Eigenartigkeit des Einzelfalles ab.

#### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 28.11.		am 27.11.	
	om	om <sup>1)</sup>	om	om <sup>1)</sup>
Remel, Mühl	211 <sup>1)</sup>	-8	211 <sup>1)</sup>	-8
Bregel, Ankersburg	28 <sup>1)</sup>	+13	28 <sup>1)</sup>	+13
Beichtel, Doon	100 <sup>1)</sup>	-23	100 <sup>1)</sup>	-23
Ober, Rathor	127	+27	127	+27
• Kroffen	110 <sup>1)</sup>	-8	110 <sup>1)</sup>	-8
• Frankfurt	129 <sup>1)</sup>	-1	129 <sup>1)</sup>	-1
Wartde, Schriem	82 <sup>1)</sup>	-20	82 <sup>1)</sup>	-20
• Landsberg	45 <sup>1)</sup>	+5	45 <sup>1)</sup>	+5
Rebe, Borsdamm	-20 <sup>1)</sup>	-12	-20 <sup>1)</sup>	-12
Eibe, Leimert	-12	+10	-12	+10
• Dresden	-167	-11	-167	-11
• Barba	181	+4	181	+4
• Magdeburg	118	+4	118	+4
Wasserstand	am 28.11.		am 27.11.	
	om	om <sup>1)</sup>	om	om <sup>1)</sup>
Saatz, Großh	143	+9	143	+9
Habel, Spandau <sup>2)</sup>	70	-2	70	-2
• Rathenow <sup>3)</sup>	74 <sup>1)</sup>	+6	74 <sup>1)</sup>	+6
Spree, Spremberg <sup>4)</sup>	82 <sup>1)</sup>	0	82 <sup>1)</sup>	0
• Seesow	74	+4	74	+4
• Rinden	-4	-9	-4	-9
Rhein, Raxen	112	+6	112	+6
• Raxen	357	-5	357	-5
• Rahn	170	-4	170	-4
• Rahn	202	-9	202	-9
Redar, Heilbrom	72	-8	72	-8
Rain, Berthel	184	-1	184	-1
Roel, Lier	100	+4	100	+4

<sup>1)</sup> + bedeutet Sturz. — <sup>2)</sup> Fall. <sup>3)</sup> Unterpostel. <sup>4)</sup> Eisstand. <sup>5)</sup> Eisreiben. <sup>6)</sup> Eisgang. <sup>7)</sup> Eisfrei. <sup>8)</sup> Schwaches Eisbeil. Auf der Ober bei Schwedt Eisstand. Auf der Rogal war der Eisstand gestern bis Bernersdorf, 9 km oberhalb Marienburg, aufwärts geschritten.

# H. Esders & Dyckhoff

## Ausverkauf

in fertiger Herren- und Knaben-Kleidung

enorm unter Preis  
wegen Filial-Aufgabe

Oranien-Strasse 48

1 Posten Damen-Jacken, Mäntel, Röcke  
und Blusen aussergewöhnlich billig.

Ausverkauf nur Oranienstr. Ecke Luckauerstr.  
am Moritzplatz.

HANS LINDENSTAEDT



Es gibt nichts Besseres als **MAGGI's** Bouillon-Würfel



1 Würfel  
für ¼ Liter

5 Pfg.

zur augenblicklichen Bereitung delikater Bouillon.

Natürlicher, feiner Fleischbrühgeschmack ist ihr großer Vorzug.

Nur echt mit dem Namen MAGGI  
u. der Schutzmarke Kreuzstern!







